Antifaschistisches Info Blatt
Antifaschistisches info Blatt
Nr. 74 | Winter 2006/2007 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG
Lager, Lieder, Lebensbund
Jugendarbeit im Geiste der HJ
Antifa
Der komplizierte Umgang mit den rechten Aussteigern



Inhalt

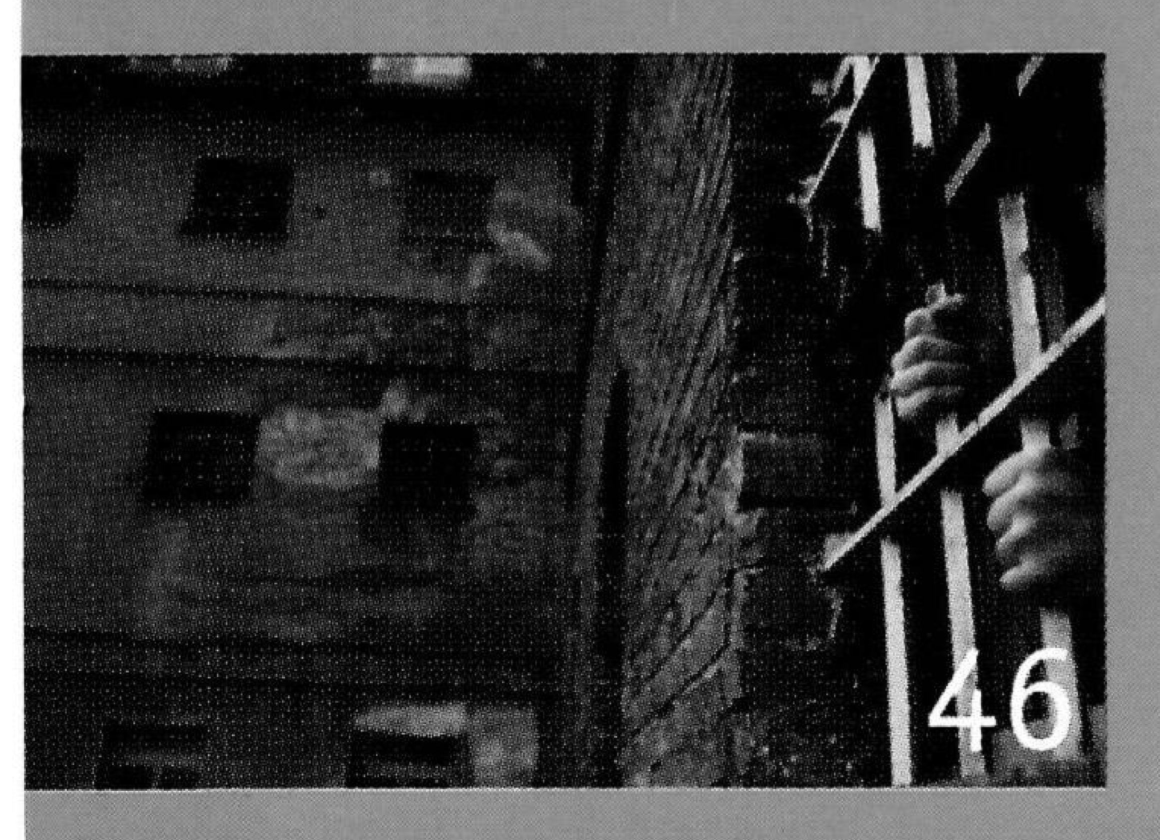
AIB 74 1 · 2007

Rubriken



20


38


46

Titel

NS-Szene

Rassismus

Antifa

Interview

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich auf stolzen zehn Seiten mit der neonazistischen völkischen Jugendarbeit im Geiste der Hitler-Jugend. Auch haben wir wieder einige historische Themen ins Heft genommen, so ein Interview, welches der Frage nachgeht, inwieweit der Umgang der DDR-Justiz mit NS-Verbrechen ein funktionalisierender war, ein Beitrag über den Wiederaufbau der Sicherheitsbehörden in der frühen BRD und einen Text über den Umgang der antifaschistischen Bewegung mit den noch lebenden NS-Verbrechern.

Nicht mehr ins aktuelle Heft geschafft hat es die sogenannte »Holocaust-Konferenz« in Teheran im Dezember 2006, deren TeilnehmerInnen staatsoffiziell mit einem Empfang beim iranischen Präsident Ahmadinedschad und einem Abendessen mit dem Außenminister Mottaki beehrt wurden. Während bekannten deutschen Neonazis wie beispielsweise Günter Deckert die Ausreise verweigert wurde, gelang es doch zumindest der bundesrepublikanischen »B-Prominenz«, sich hier in Szene zu setzen. Zu den Teilnehmern und Gästen gehörten bekannte Holocaustleugner und Revisionisten, ergänzt durch vermeintliche Historiker und »antizionistische« orthodoxe Rabbiner, welche den iranischen Präsident baten, er möge dabei helfen, dass der Staat Israel schnellstmöglich zu existieren aufhöre, damit »keine neuerliche Katastrophe über das jüdische Volk komme«. Offiziell aufgeführt wurde folgende illustre Teilnehmermischung, deren ausführliche politische Einordnung den Rahmen des Editorials sprengen würde: Ayre Friedmann, Wolfgang Fröhlich und Rechtsanwalt Dr. Schaller (Österreich), David Weiss, David Duke, Bradley R. Smith und Norman Finkelstein (USA), Ahron Cohen und Michèle Renouf, (England), Robert Faurisson und Serge Thion (Frankreich), Jan Bernhoff (Schweden), Frederik Toben (Australien), Gazi Hussein (Syrien), Leonardo Clerici (Belgien), Christian Lindtner (Dänemark), Mohammad Ali Ramin (Iran), Zariani Abdul Rahmann (Malaysia), Patrick McNally (Japan), A. Pengas (Griechenland), T. Boshe (Jordanien), Abu Ziad Edrisi (Marokko) und Shiraz Dossa (Kanada). Der neonazistische VRBHV (Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten) entsandte eine neunköpfige Delegation, darunter Markus Haverkamp, Arnold Höfs und Bernhard Schaub. Aus Deutschland nahm neben dem Kölner NPDler Benedikt Frings auch der Berliner »Nationalanarchist« Peter Töpfer teil.

Letzterer machte sich nicht nur durch die Veröffentlichung revisionistischer Schriften, sondern auch durch seine »Querfront«-Aktivitäten einen Namen. Hierzu gründete er am 20. April 2001 mit seinen Mitstreitern Erik Vogel, Heiko Baumert, Florian Suittenpointner, Ulrich Kappert und dem Funktionär der Anarchistischen Pogo Partei Deutschland (APPD) Markus Gäthke den Verein Bunte Hunde. Dieser Verein führte am 18. August 2001 eine Sitzung in Rotenburg durch, um die Satzung umzuändern. Die Sitzung fand im Zusammenhang eines »Querfront-Treffens« von Peter Töpfer und Mark Schenke statt, das polizeilich aufgelöst wurde, da man von einer Veranstaltung zum Gedenken an Rudolf Hess ausging. Bei dem Querfronttreffen übernachteten die Teilnehmer - die sich unter anderen aus einem Holocaustleugner und dem damaligen APPD-Frontmann Karl Nagel zusammensetzten - nicht nur auf dem Gelände der extrem rechten Protagonisten Gertrud und Friedrich Baunack, sondern auch im Haus seines Nachbarn. Bei diesem Nachbarn, der auch zu den Teilnehmern des Querfronttreffens 2002 zählte, handelte es sich um den als »Kannibalen von Rotenburg« bekannt gewordenen Armin Meiwes. Friedrich Baunack wird diesbezüglich mit den Worten zitiert: » (...) wenn mal was los ist, der ist uns wohlgesonnen...«. Während sich die meisten Teilnehmer im Nachhinein peinlich berührt zeigten, veröffentlichte Töpfer später einen mit Fotos bebilderten Bericht: »Die Querfront und der 'Kannibale von Rotenburg'«. Ob er sich mit diesen Referenzen auch bei der politischen Führung im Iran vorgestellt hat, ist nicht bekannt.

Am 18. November 2006 starb im Alter von 43 Jahren der Publizist und politische Wissenschaftler des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Alfred Schobert. Alfred Schobert war als politischer Denker und engagierter Antifaschist durch seine Vorträge und Artikel in Deutschland und darüber hinaus bekannt und angesehen. Zu seinen Hauptarbeitsgebieten zählten Parteien, Organisationen und Publizistik der extremen Rechten; Antisemitismus und Antizionismus; Geschichtspolitik und »Normalisierung«; extrem rechte Musik-Subkulturen und die Globalisierungskritik von Rechts. Seit Anfang der 90er Jahre arbeitete Alfred als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DISS, in dem er seine wissenschaftliche und politische Heimat gefunden hatte. Wir werden Alfred Schobert vermissen. ■

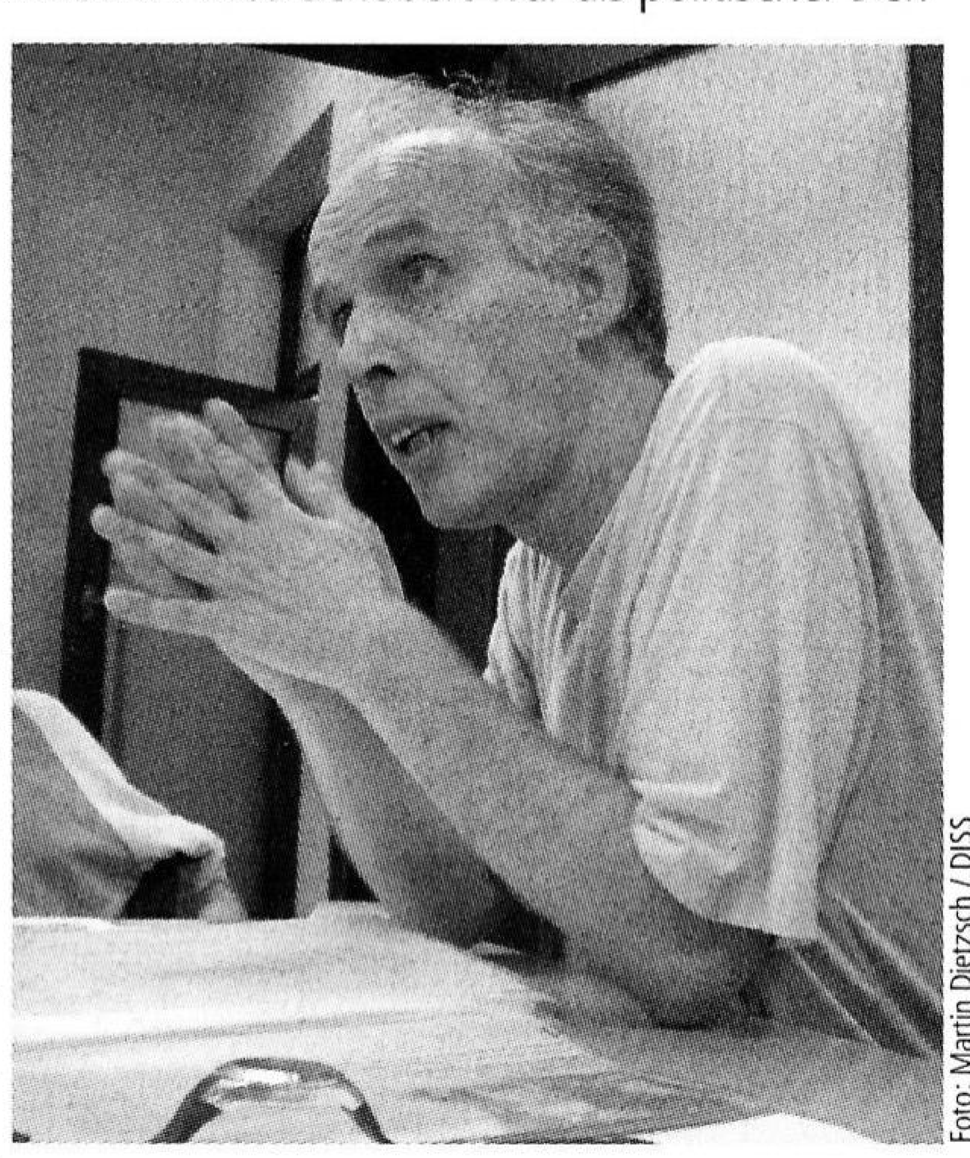


Foto: Martin Dietzsch / DISS

Neonazi Händler beraubt Neonazi Händler

Wegen eines Einbruchs in das Wohnhaus eines neonazistischen Händlers in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) muss der Betreiber des Berliner Neonaziladens »Parzifal« in Berlin Köpenick, Alexander Bahls, vermutlich mehrere Jahre ins Gefängnis. Bahls soll mit zwei Kumpanen am 5. Oktober 2006 gegen drei Uhr nachts in das Haus von Philipp Schlaffer eingedrungen sein, dort bedrohten sie ihn mit einem Totschläger, einem Brecheisen sowie einer Axt und forderten 10.500 Euro. Die Täter verlangten den Betrag für die unerlaubte Vermarktung von Neonaziartikeln, an denen sie die Rechte besitzen sollen.[1] Anschließend flüchteten sie mit 600 Euro und mehreren Kreditkarten. Bahls wurde kurze Zeit später in Berlin von Beamten des Landeskriminalamt festgenommen. Zu Redaktionsschluß des AIB saß er noch immer in Untersuchungshaft, die beiden anderen Täter wurden bisher nicht ermittelt. Bahls ist im Umfeld der neonazistischen Gruppe »Vandalen« aktiv und ist Gründungsmitglied der Neonaziband »Spreegeschwader«. Schlaffer war offizieller Mieter des »Parzifal« und ist Betreiber des Neonaziladens »Werwolfshop« in Wismar.[2] ■

1| Siehe Tagesspiegel vom 16. Oktober 2006.
2| Siehe Kurzmeldung im AIB # 73.

Showdown in Görlitz

Ende Oktober 2006 eröffnete der Neonazi Martin Pfitzner im ostsächsischen Görlitz ein Ladengeschäft seines neu gegründeten »Showdown-Versands«. Mitten in der Görlitzer Altstadt findet sich im Angebot das übliche Repertoire aus Neonazi-Musik-CDs und Bekleidung.

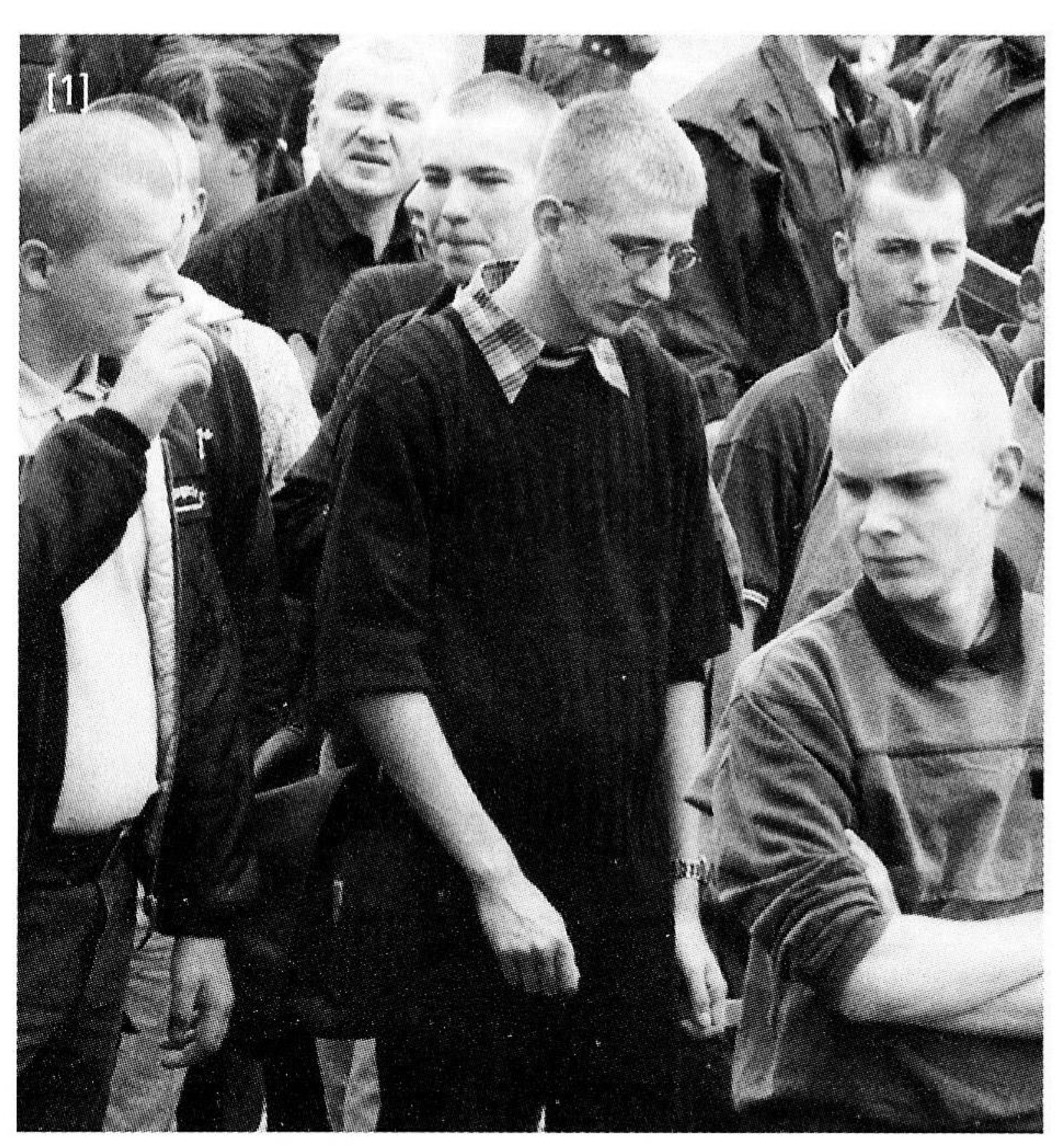
Pfitzner ist kein Unbekannter in der regionalen Szene. Seit Jahren ist er bei Aufmärschen dabei und war selbst Funktionär des JN Stützpunkts Oberlausitz. In dieser Funktion organisierte er im Dezember 2005 ein als JN-Veranstaltung deklariertes Neonazi-Konzert in Oderwitz/Ostsachsen. Die Neueröffnung des Laden`und des Versand stellen offenbar ein Versuch dar, in Ostsachsen nicht nur eine



eigene Existenz sondern auch einen neuen Treffpunkt für die Szene zu etablieren. Das gelingt Pfitzner jedoch bisher schlecht.

Unmittelbar nach der Eröffnung kam es am 2. November 2006 zu einer polizeilichen Razzia. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurden in seinem Laden und in seiner Wohnung in Zittau CD's und T-Shirts unter anderem mit Bezug zum verbotenen Musiknetzwerk Blood & Honour gefunden. Bei einer zweiten Durchsuchung, einen Monat später am 9. Dezember 2006, wurden erneut T-Shirts und CDs mit B&H Bezug beschlagnahmt, sowie weitere CDs und Zeitschriften wegen dem Verdacht des Verwendens illegaler Nazisymbole.

Offensichtlich mangelt es Pfitzner an der notwendigen »Professionalität« zum Betreiben eines derartigen Geschäfts. Es ist ohnehin nur stundenweise an einigen Wochentagen geöffnet. Unmittelbar nach der Eröffnung hatten offenbar Gegner seines Neonaziladens das Geschäft schon »begrüßt«. Das Loch in der Scheibe ist bis heute vorhanden. ■



[1] Martin Pfitzner (Mitte) im Juli 2002 bei einer Neonazidemonstration in Dresden

Juristische Schlappe für Heike Langguth

In einem Rechtstreit zwischen der als rechte Aktivistin bekannten Heike Langguth (Thüringen) und dem Unrast Verlag (Münster) musste Langguth eine juristische Niederlage hinnehmen.

Das Landgericht Münster beschloss am 31. Oktober 2006 dass ihre beabsichtigte Rechtsverfolgung des Verlages keine hinreichende Erfolgsaussicht habe. Langguth wollte eine Unterlassung der Feststellung erklagen, dass sie tief in die neonazistische Szene verwickelt sei. Die Klägerin ist Inhaberin der Rechte am Symbol »Wotansauge«, welches unter anderem von dem Nebelfee Klangwerken und der Deutschen Heidnischen Front verwendet wird. Die Klägerin hatte zudem die Domain nebelklang.de des gleichnamigen Szenelabels angemeldet in dessen Begleitheft ein Foto von Langguth, Ronald Möbus (Sänger der NSBM-Band Absurd) und ihrem gemeinsamen Kind veröffentlicht wurde. Zudem war sie auch verantwortlich für einen Spendenaufruf zu Gunsten des rechtskräftig verurteilten Neonazi-Satanisten Hendrik Möbus. Diese Umstände rechtfertigten nach Auffassung des Gerichts eine Verwendung eines Bildes zur Dokumentation ihrer Aktivitäten. Heike Langguth ist zweifache deutsche Vizemeisterin im Muay-Thai-Boxen und ließ sich im August 2005 als Covergirl der Lokalzeitschrift »marcus« (Saalfeldt) mit einer tätowierten »Schwarzen Sonne« – also einem zwölfarmigen Hakenkreuz – fotografieren. ■

Neonazistischer Thor Steinar Shop in Schweden – Norwegen interveniert

Schwedische AntifaschistInnen haben neue Belege für die Einbindung der Modemarke Thor Steinar in die extreme Rechte veröffentlicht. Laut der schwedischen Antifagruppe »AFA Dokumentation« wirbt ein Ladengeschäft der neonazistischen Schwedischen Widerstandsbewegung (Svenska motstandsrörelsen, SMR) im Stockholmer Vorort Huddinge auf Flyern damit, der »einzige Thor-Steinar-Laden in Schweden« zu sein. Die SMR nutze das Geschäft auch als Treffpunkt und verkaufe dort Propagandamaterial. Seit den 1990er Jahren betreibt die SMR Ladengeschäfte, um Gelder für die Organisation zu beschaffen. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Produktionsfirma Mediatex darauf bedacht ist, keine Verbindungen der Marke zu Neonazis öffentlich werden zu lassen, ist man in Schweden weniger zimperlich.

So war zum Beispiel Udo Siegmund, der frühere Anmelder der Internetseite thorsteinar.de, neben einigen Führungskadern der SMR im Juli 2005 zu Gast bei einem Konzert der Nationalsozialistischen Front in Schweden (siehe AIB # 71). Verantwortlich für den MSR-Laden in Huddinge ist der estnische Neonazi-Tätowierer Mart Plees. Einer Pressemitteilung der schwedischen AntifaschistInnen zufolge ist der Kontakt von Plees zu Thor Steinar über den in Kopenhagen lebenden deutschen Neonazi Stephan Günther vom Nordischen Hilfswerk zustande gekommen. In dem Laden in Huddinge arbeitet neben Plees auch Pär Öberg, Redakteur der SMR-Zeitung Nationellt Motstand. AntifaschistInnen filmten Öberg in dem Thor-Steinar-Geschäft mit versteckter Kamera beim Verkaufen eines Exemplars des Nationellt Motstand.

Währenddessen wächst der Druck auf die Firma Mediatex aus dem brandenburgischen Zeesen. Der norwegische Staatspräsident Jens Stoltenberg erkundigte sich Anfang Dezember 2006 bei einem Besuch in Berlin bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Firma und kündigte an, auf allen Ebenen dagegen vorzugehen, dass die Thor Steinar-Bekleidung mit der norwegischen Flagge verziert ist. Dem Verbraucherministerium in Brandenburg gegenüber stellt der norwegische Botschafter Bjørn Tore Godal klar, dass es für das Königreich Norwegen, welches durch die Nazis überfallen und besetzt wurde, im höchsten Maße inakzeptabel sei, dass »die Symbole unserer demokratischen Gesellschaft mit neonazistischen und rechtsextremistischen Gruppen und Gedankengut in Verbindung gesetzt werden«.[1] ■

1| Die schwedische Tageszeitung VG, 3. Dezember 2006, Krever stans av tysk klesmerke, Misbruker norske symboler i klær for nynazister og høyre-ekstreme, Hans Chr. Hansson.

Siehe auch: http://mot-kraft.net/index.php?view=news&id=2479



[1] Faksimile aus: Nationellt Motstand Nr. 12/2006 - Pär Öberg ist dort als Redaktionsmitglied ausgewiesen.

Kameradschafts-Sterben in Brandenburg

Die aus dem Nordosten Brandenburgs stammende und seit Ende 2004 mit einer »Sektion« auch in Berlin vertretene neonazistische Kameradschaft »Märkischer Heimatschutz« (MHS) hat sich kurz vor ihrem fünfjährigen Bestehen aufgelöst. Am 4. November 2006 hatte der Vorsitzende des MHS, Gordon Reinholz, diesen Schritt bekannt gegeben und angekündigt, man werde »nun den parlamentarischen Weg« gehen. Nach einiger Zeit im Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), kehrte Reinholz der NPD den Rücken und sah bei den »freien Kameradschaften« das größere Potential. Gerüchte um ein anhängiges Verbotsverfahren kamen bei der Auflösung beschleunigend hinzu. Am 13. November 2006 gab auch die »Berliner Sektion« des MHS ihre Auflösung bekannt. Seit 2005 war der MHS kaum noch in Erscheinung getreten. Protagonisten des MHS zogen sich politisch zurück oder waren in Strafverfahren verwickelt. Dem verbliebenen ehemaligen Kameradschaft-Treptow Anführer Henryk Wurzel kamen zunehmend die Berliner MHS Mitstreiter abhanden. Wurzel selbst hatte eine längere Haftstrafe abgesessen, da er 1995 einen linken Jugendclub in Treptow vollständig niederbrannte.[1] In Brandenburg ging der Auflösung ein erhebliches Kameradschafts-Sterben voraus, der Sturm Cottbus, die Lausitzer Front Guben und die Gesinnungsgemeinschaft Südostbrandenburg stellten ihre Arbeit ein. Am 6. Dezember 2006 durchsuchte die Polizei die Wohnungen von Mitgliedern des Sturm Oranienburg und nach Information der »Antifaschistische Gruppe Oranienburg« verkündete Johann Meyer aus Velten am selben Tag dessen Auflösung. Parteiskeptischen Neonazis in Brandenburg bleibt nur die Aktionsfront Brandenburg um den Golzower Rene Hermann, welche unter dem Label »Freie Kräfte Brandenburg« den Verlust wettzumachen versucht.[2] ■

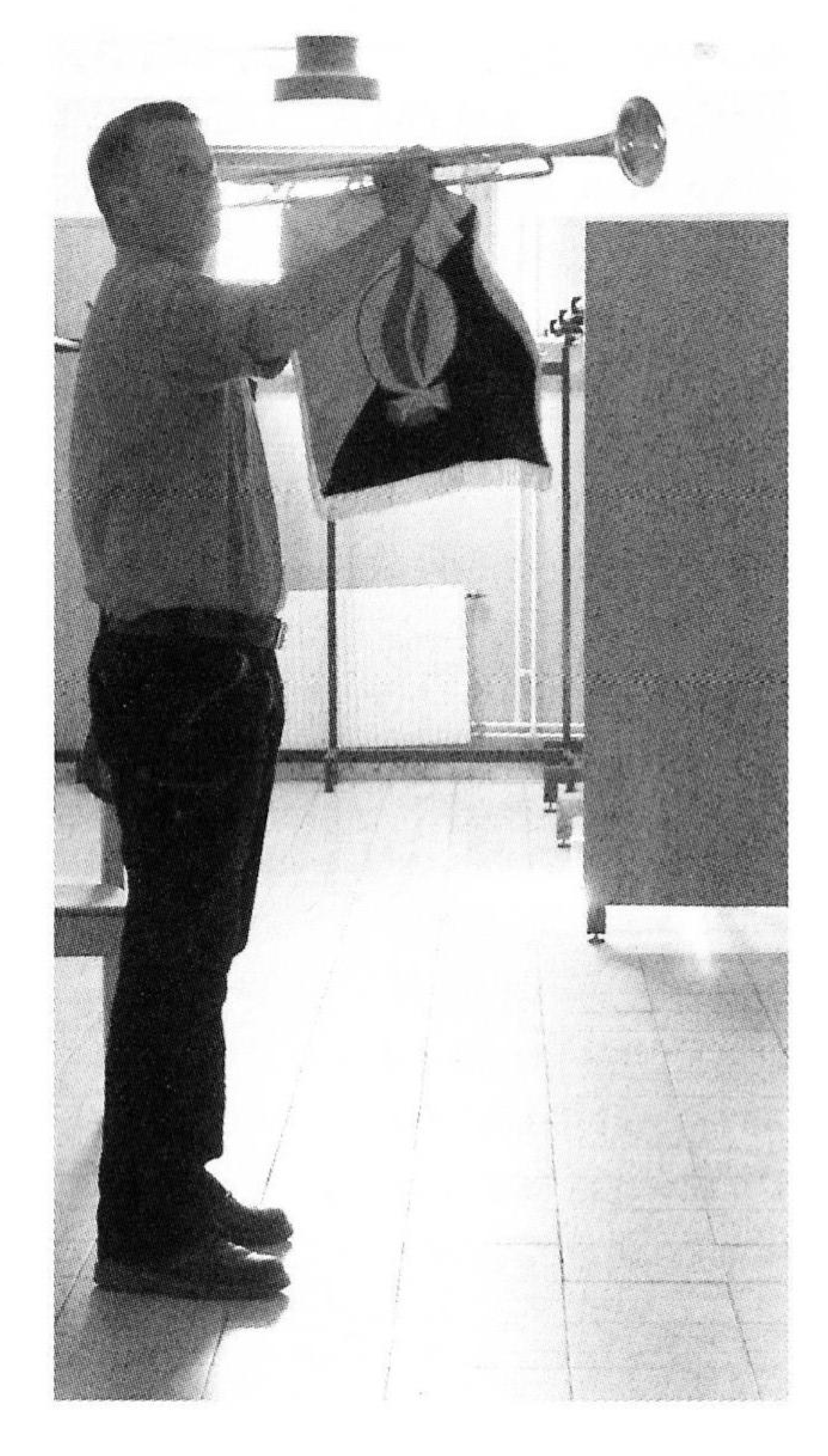
1| Vgl. AIB # 39 (Juli/August 1997), Seite 28.

2| Vgl. Monitor # 28 (Dezember 2006), Seite 4-5.

Lager, Lieder, Lebensbund

Völkische Jugendarbeit im Geiste der HJ

In den letzten Monaten geriet die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Gründe dafür waren nicht nur der Einzug eines Mitglieds in den Schweriner Landtag als Abgeordneter der NPD, sondern vor allem die Übergriffe aus den Reihen der HDJ auf JournalistInnen, die zu ihren Aktivitäten recherchierten. Bisher gelang es der HDJ durch konspiratives Agieren nahezu unbeobachtet und daher auch ohne öffentliche Kritik eine neue neonazistische Jugendorganisation aufzubauen. Der Verein konnte in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Ausbau seiner Strukturen und Mitgliederzahlen verbuchen. Der Erfolg ihrer Arbeit ist unter anderem in der jahrelangen Erfahrung einiger Funktionsträger in der völkischen Jugendarbeit begründet. Inzwischen wird die Heimattreue Deutsche Jugend als wichtigster Träger der völkischen Jugendarbeit in Deutschland auch von anderen rechten Gruppierungen in ihrer Arbeit unterstützt.



Die Jugend ist das Ziel

Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Heimattreue Deutsche Jugend nicht sehr von bündischen Jugend- und Pfadfindergruppen, aber bei näherer Betrachtung werden Unterschiede bezüglich ihres politischen Anspruchs und Weltbildes sowie ihre weitreichenden Verbindungen in das extrem rechte Spektrum schnell deutlich.

Der Verein trägt die offizielle Bezeichnung »Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.«, wird aber im allgemeinen Sprachgebrauch nur als Heimattreue Deutsche Jugend beziehungsweise HDJ bezeichnet.

Als seine Aufgabe sieht der Verein laut Satzung vor allem, »die Jugend zu dem Nächsten hilfreichen, der Heimat und dem Vaterland treuen und dem Gedanken der Völkerverständigung aufgeschlossenen Staatsbürgern« durch Jugendlager, Jugendfahrten, Sport- und Bildungsveranstaltungen heranzubilden. Nach außen gibt die HDJ das Bild eines weitestgehend unpolitischen Trägers der Jugendarbeit ab, in der Praxis hingegen ist der Verein für die neonazistische Nachwuchsarbeit verantwortlich.

In den Veröffentlichungen des Vereins finden sich zahlreiche Darstellungen von Kindern und Jugendlichen bei sportlichen Aktivitäten in der Natur. Jungen tragen das Grauhemd oder die Jungenschaftsjacke und Mädchen die Mädelbluse mit langem Rock. Die Internetseite spricht konservativ eingestellte Eltern, aber auch Jugendliche an, die auf der Suche nach einer Alternative zur alltäglichen Konsumwelt sind und diese in einer neuen Gemeinschaft finden wollen.

Kinder und Jugendliche sind die direkte Zielgruppe der Heimattreuen Deutschen Jugend, weshalb die ordentliche Mitgliedschaft auf die Altersgruppe vom 7. bis zum 25. Lebensjahr beschränkt ist. Über 25jährige sind nicht von der Arbeit der HDJ ausgeschlossen, sondern können sich in die Vereinsleitung oder in die Freundes- und Familienkreise einbringen. Diese nehmen eine wichtige unterstützende Rolle in der Vereinsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen ein.

Ähnlich wie der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) oder der Freibund baut auch die HDJ ihre Mitgliedschaft vor allem nach dem Familienprinzip auf. Die Familie ist nach völkischen Vorstellungen von Gemeinschaft die kleinste Einheit von Personen. Die Partnerwahl findet oft innerhalb der

Gemeinschaft der HDJ statt, Hochzeits- und Geburtsanzeigen werden in den Vereinsorganen publiziert, die gemeinschaftliche Freizeitgestaltung leistet ebenfalls der Verein. Der »Gedanke der Familiengemeinschaft« wird an einigen Familien in den Strukturen der HDJ deutlich. Sie betätigen sich seit Generationen in der völkischen Jugendarbeit, sei es in BHJ, WJ, Freibund oder HDJ. Beispielhaft ist hier die Familie um den ehemaligen Wiking-Jugend-(WJ)-Vorsitzenden Wolfram Nahrath zu nennen.

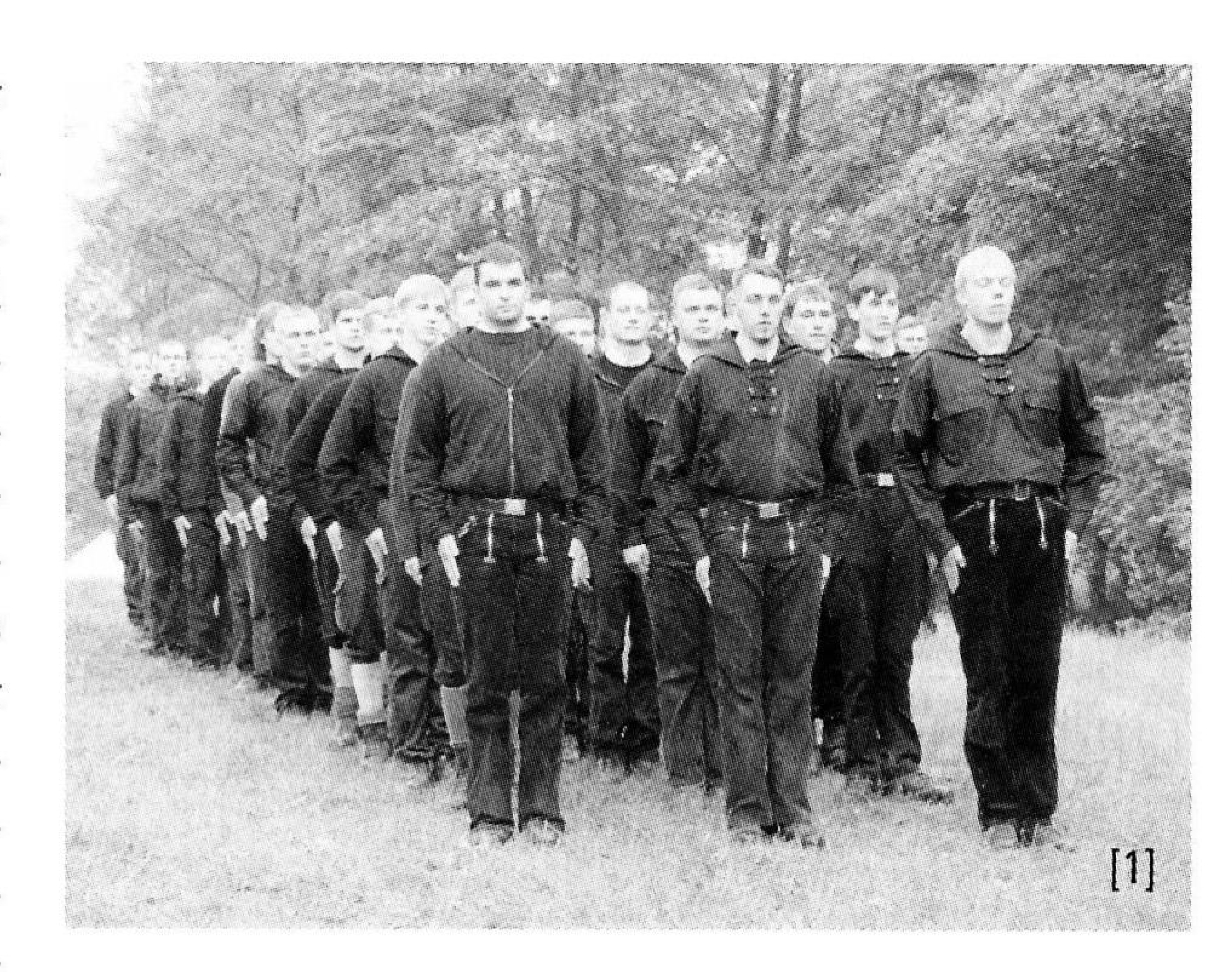
Bereits in der Vereinssatzung ist ein erster Hinweis auf die politische Ausrichtung zu finden. Im Falle der Liquidation fällt das Vereinsvermögen entweder an die »Stille Hilfe für Südtirol« oder an die »Deutschen Freundeskreise in Ostdeutschland«. Die Gruppierungen arbeiten für die deutsche Minderheit außerhalb der deutschen Staatsgrenze in Italien und Polen und liegen im äußerst rechten Spektrum.

»Sturmjugend eines Volks«

Dass sich ein Leser der HDJ-Verbandszeitung Funkenflug schon mal in seine Jugendzeit zurückversetzt fühlt und, wie er in einem Leserbrief schreibt, die »glückliche, zufriedene Vergangenheit in den 30er Jahren« erneut durchlebt, ist kein Wunder. In der Zeitschrift findet man ein Loblied auf die NS-Fliegerikone Hanna Reitsch ebenso wie eine Besprechung eines Buches über die Tapferkeit deutscher Kriegsteilnehmer aus der Feder eines ehemaligen Waffen-SS Angehörigen. Der Bundesführer Sebastian Räbiger wählt bei der Umschreibung des Leitsatzes für das Jahr 2006 martialische Worte: »Wenn für Dich Dein Volk alles ist und Du bereit bist, für das, was Du liebst, aufzustehen, alles zu wagen und zu kämpfen, dann ist Dein Platz bei uns!«. Der Vorgänger im Amt des Bundesführers meinte, weil »in der heutigen Zeit Vorbilder nur schwerlich zu finden sind, mußten wir in die Geschichte zurückgehen, um das Leben und Schaffen von wirklich vorbildhaften Menschen wiederzugeben. Einer dieser Vorbilder ist ganz sicherlich Oberst Rudel«. Dem »Kriegshelden« und ehemaligen BHJ-Ehrenmitglied Rudel widmete auch die Einheit Franken der HDJ am Volkstrauertag 2004 ihre Feierstunde. Kultur und Brauchtum sind wichtige Punkte im Selbstverständnis der HDJ. Dazu gehört das deutsche Volksliedgut ebenso wie der Volkstanz, der auf vielen Veranstaltungen geübt wird. Auch die Namensgebung des Nachwuchses der Mitgliederschaft verdeutlicht, dass besonders germanische Vornamen beliebt sind.

Sport oder Körperertüchtigung gehört zum Programm der meisten Zusammentreffen der HDJ. Doch es bleibt nicht nur bei einfachen Sportübungen. Das Ablegen von Leistungsabzeichen wie Edelweißmarsch, Messerprobe und 150km-Marsch dient der »Formung von Körper und Charakter«.

Die größeren Lager der HDJ haben durch die fast ausnahmslos uniformähnliche Kleidung aller Teilnehmer einen militärischen Charakter. Fahnenappelle, Geländespiele und Marschieren in Reih und Glied gehören zum Ablaufplan der Lager, vor allem für die älteren Teilnehmer. Der Autor »Sebastian« stellt im Funkenflug fest, dass eine Gemeinschaft gebraucht werde, die kompromißlos und idealistisch sei, »die Sturmjugend eines Volkes«. Bei dem Autor dürfte es sich um den Bundesführer Sebastian Räbiger handeln. Hierbei sieht sich die HDJ nicht nur in der Tradition der bündischen Jugendbewegung des 20. Jahrhunderts, deren Jungenschaftsjacke sie trägt, sondern auch in der Tradition des BHJ. Dies wird unter anderem deutlich am juristischen Bemühen um die Erlaubnis, die Odalsrune wieder zu benutzen, das mit dem Charakter der HDJ als Nachfolger der BHJ begründet wurde. Die Odalsrune war das Symbol der BHJ und ebenso der WJ. Mit dem Verbot der WJ 1994 war auch die Nutzung der Odalsrune untersagt worden. In ihrer Argumentation bezieht sich die HDJ selbstverständlich nur auf die Traditionsfolge zur BHJ, um nicht als Nachfolgeorganisation der WJ ebenfalls verboten zu werden.



[1] Die HDJ versteht sich als »Sturmjugend eines Volkes«. Der paramilitärische Charakter lässt sich auf diesem Bild von einem Pfingstlager im Juni 2006 gut erkennen.

Führungspersonal der HDJ

Der Verein ist im Vereinsregister der norddeutschen Kleinstadt Plön eingetragen, agiert jedoch vor allem von Berlin aus. Die Verbandszeitung Funkenflug und die HDJ selbst sind über ein Berliner Postfach erreichbar. Die Bundesführung besteht aus dem Bundesführer und seinem Stellvertreter, der Bundesmädelführerin, dem Bundeskassenwart sowie den Mitarbeitern der Bundesführung. Dazu gehören entsprechend der Vereinssatzung die Ämter des Bundesgeschäftsführers, der Leitstellenführer, des Bundesfahrtenführers, des Pressereferenten sowie der Pressesprecher der Familien- und Freundeskreise und des Leiters der Abteilung Beschaffung.

Das derzeitige Führungspersonal übernahm seine Ämter auf dem Bundesjugendtag der Vorgängerorganisation Die Heimattreue Jugend e.V. (DHJ) am 25. April 1999 in Berlin-Pankow. Die DHJ war zu diesem Zeitpunkt fast bedeutungslos im extrem rechten Spektrum und verfügte nur noch über einen kleinen Kreis von Aktiven. Der Generationswechsel wurde maßgeblich durch den neuen Bundesführer Alexander Scholz und seinen Stellvertreter Laurens Nothdurft vollzogen. In den weiteren Funktionen →



[1] Der HDJ-Bundesführer Sebastian Räbiger (rechts) lässt Jugendliche die Hand zum Schwur erheben.

→ wurden Hildegard Handke als Bundesführerin der Mädchen und Michael Gellenthin als Bundesgeschäftsführer gewählt. Als Verantwortliche für die Bundeskasse wurde Alexandra Aßmann ernannt. Nach außen wurde der Wechsel mit der Umbenennung des Vereins in Heimattreue Deutsche Jugend e.V. am Bundesjugendtag am 3. Oktober 2001 beendet. Als der bisherige Bundesführer Alexander Scholz am 6. Februar 2002 bei einem Verkehrsunfall in Berlin verstarb, wurde die kommissarische Führung des Jugendverbandes bis zum Bundesjugendtag 2002 von Laurens Nothdurft übernommen. Auf dem Treffen wurde Sebastian Räbiger zum neuen Bundesführer der Heimattreuen Deutschen Jugend gewählt, der dieses Amt bis zum heutigen Tage innehat. Als letzter Gauführer der sächsischen Wiking-Jugend verfügt Räbiger über jahrelange Erfahrung und Verbindungen in der völkischen Jugendarbeit. Als Stellvertreter wurde Laurens Nothdurft und Michael Gellenthin als Bundesgeschäftsführer gewählt. Das Amt der Bundesmädelführerin hatte für die folgenden Jahre Hildegard Nothdurft inne, die schließlich 2005 durch die heutige Bundesführerin der Mädchen Holle Böhm ersetzt wurde. Thomas Eichler übernahm 2002 das Amt des Kassenwarts und wurde auch 2005 wiedergewählt. Die heutige Bundesführung wurde 2005 durch Friedrich Kugler als Sprecher der Freundes- und Familienkreise und Dankart Strauch als Leiter der Abteilung Beschaffung vervollständigt. Die heutige Bundesführung unter dem Bundesführer Sebastian Räbiger ist gekennzeichnet durch kontinuierliche Aufbauarbeit der HDJ-Strukturen, die sich unter anderem in der personellen Beständigkeit der Führungsebene gründet. Den Grundstein für diese Entwicklung hatte vor allem Alexander Scholz als erster Bundesführer der HDJ gelegt. Seine Person erfährt weitreichende Verehrung, zum Beispiel durch die Veröffentlichung einer CD namens »Der Freiheit wildes Lied« zum Gedenken an den Verstorbenen. Ebenso finden sich jedes Jahr an seinem Todestag Mitglieder der HDJ an seinem Berliner Grab ein.

Strukturen der HDJ

Aktuell verfügt die Heimattreue Deutsche Jugend über insgesamt sieben Einheiten, nämlich die Einheiten Preußen, Mecklenburg und Pommern, Franken, Schwaben, Hessen, Hermannsland (NRW) und die im April 2006 gegründete Einheit Schleswig-Holstein. In diesen Einheiten sind die Mitglieder bis zum 25. Lebensjahr organisiert. Die älteren Mitglieder sind in den Freundes- und Familienkreisen organisiert, die parallel zu den Einheiten in den Regionen existieren und sie bei ihrer Arbeit unterstützen. Als übergeordnete Struktur existieren seit Mai 2004 vier Leitstellen: Nord, West, Mitte und Süd. Mitglieder in deren Nähe keine Einheit existiert, sind den nächstgelegenen Einheiten oder den zuständigen Leitstellen untergeordnet. Die vereinzelten Mitglieder im Ausland bilden bisher keine eigenen Strukturen, jedoch ist die Leitstelle Süd auch für Südtirol und Österreich zuständig. Unterstützt werden die Untergliederungen der HDJ durch die Arbeit des Technischen Dienstes, der für die Vorbereitung und Durchführung der verschiedenen überregionalen Lager verantwortlich ist. Der Leiter der Abteilung Beschaffung ist zudem für den Versandhandel zuständig. Zum Angebot gehören die Pflichtkleidung der Mitglieder wie Grauhemd und Jungenschaftsjacke oder die Verbands- und Sonderabzeichen. Auch Ausrüstungsgegenstände für Lager und Fahrten sind über diese Abteilung erhältlich. Als Schriften und Tonträger sind neben Fremdveröffentlichungen auch eigene Produktionen wie die Verbandszeitschrift Der Funkenflug, Liedersammlungen und die CDs der HDJ erhältlich. Als Vertretung der Ehrenmitglieder wurde der Ehrenrat geschaffen, der durch einen Sprecher in der Bundesführung vertreten ist.

Verbandsleben

Der Terminkalender der HDJ bietet über das Jahr eine Reihe von verschiedenen Veranstaltungen für die Mitglieder. In unregelmäßigen Abständen treffen sich die einzelnen Einheiten und behandeln theoretische Themen oder erledigen praktische Arbeiten. Vorträge von Mitgliedern oder Externen zu Themen wie Vertreibung oder der Bombardierung Dresdens gehören zur politischen Bildungsarbeit der HDJ. Praktische Arbeiten sind neben Plätzchenbacken oder Volkstanz auch (militärische) Sportübungen und »Heldengedenkfeiern« für die deutschen Soldaten des 2. Weltkrieges. Solche »Heldengedenkfeiern« finden bei jeder größeren Zusammenkunft der HDJ statt und haben ihren Höhepunkt zum »Volkstrauertag« im November parallel oder gemeinsam mit der extrem rechten Szene. Die Familien- und Freundeskreise (FFK) führen auch gemeinsam mit den dazugehörigen Einheiten Treffen durch, die sich gelegentlich über ein ganzes Wochenende erstrecken. Weitere wichtige Termine im Kalender sind neben dem Volkstrauertag die Sonnenwenden, die ebenfalls in der extrem rechten Szene als Fest begangen werden. Über das Jahr verteilt findet eine Reihe von überregionalen Lagern statt. Das größte und wichtigste ist das Pfingstlager mit mehreren hundert Teilnehmern. Das Pfingstlager im Jahr 2004

im thüringischen Sonneburg wurde in die Tradition der BHJ gesetzt und als 50. Pfingstlager gefeiert. Aufgrund der zunehmenden Größe der Lager werden sie oft in ein Jugend- und Älterenlager unterteilt. Beim letzten Pfingstlager kamen ungefähr 350 Personen zu Sportübungen, ideologischer Festigung und Volkstanz zusammen. Ergänzend zum Pfingstlager finden Sommer- und Winterlager und Lager mit Arbeitsschwerpunkten wie Fanfarenzuglager oder Fallschirmsprunglager statt, die entweder regional oder altersmäßig beschränkt sind.



[2] Die Bundesführerin der HDJ-Mädchen Holle Böhm als Teilnehmerin der Neonazidemonstrattion im Februar 2005 zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens

Auf dem jährlichen Bundesjugendtag wird die Planung für das kommende Jahr von der Bundesführung vorgenommen, die alle drei Jahre bei der gleichen Gelegenheit gewählt wird. Ein längeres Seminarwochenende für die »Führer« und »Unterführer« findet in der Regel ergänzend zum Bundesjugendtag statt. Diese behandeln Themen wie beispielsweise »Wachschutz und Sicherheit auf Lagern«. Ein weiterer regelmäßiger Termin ist der Märkische Kulturtag, der bereits zum sechsten Mal in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen durchgeführt wurde.

Märkischer Kulturtag

Seit 2001 veranstaltet die HDJ in Zusammenarbeit mit den neonazistischen Gruppen Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) und Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) den Märkischen Kulturtag. Zu der konspirativ organisierten Veranstaltung in Brandenburg kommen inzwischen bis zu 250 Besucher. Die HDJ verfügt seit Jahren über gute Kontakte zu den beiden Mitorganisatoren. So war beispielsweise der erste Bundesführer Scholz für die BKP tätig, seine Witwe Michaela Zanker ist Funktionärin der GDF.

Die Referenten der vergangenen Kulturtage repräsentieren die gesamte Bandbreite des extrem rechten Spektrums in Deutschland. Der Geschichtsrevisionist Udo Walendy, der ehemalige Angehörige der Waffen-SS und ideologische Vordenker der WJ Herbert Schweiger und der Vorsitzende der Artgemeinschaft und ehemaliges BHJ-Mitglied Jürgen Rieger sind unter den Referenten zu finden. Der ehemalige Bundesführer der WJ Wolfram Nahrath fehlt ebenso wenig auf der Rednerliste wie Ralph Tegethoff als Vertreter der Freien Kameradschaften. Dieser referierte am 22. Oktober 2005 auf dem Märkischen Kulturtag im brandenburgischen Groß Schulzendorf über das politische Soldatentum. Auf dem letzten Märkischen Kulturtag am 4. November 2006 im brandenburgischen Blankenfelde war der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag Udo Pastörs als Referent geladen. Pastörs nahm bereits 1994 an einem Treffen der WJ im damaligen Zentrum Hetendorf teil.

Einheit Mecklenburg und Pommern

Die Einheit Mecklenburg und Pommern ist eine der aktivsten regionalen Einheiten der HDJ. Das wohl prominenteste Mitglied ist der NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller, der sich in der Region vor allem einen Namen mit dem Aufbau Freier Kameradschaftsstrukturen, wie der Bürgerinitiative »Schöner und sicherer wohnen« in Ueckermünde gemacht hat. Im Landtag erklärte Müller, dass er sich nicht als Vorpommer verstehe und das Bundesland Mecklenburg und Pommern hieße. Diese revanchistische Bezugnahme auf das ehemalige Teilgebiet des Deutschen Reiches Pommern wird auch im Namen der Einheit fortgesetzt. Obwohl die Einheit erst am 29. Januar 2006 gegründet wurde, entwickelte sie schon weit reichende Aktivitäten, so reisten beispielsweise Vertreter dieser und anderer Einheiten im Juli 2006 nach Schweden. Dort wurde sich nicht nur mit einer Führungsfigur des Nordischen Hilfswerks, des derzeit wichtigsten Verbindungspunktes zwischen skandinavischen und deutschen Neonazis, getroffen, sondern auch an einem Treffen mit zahlreichen Vertretern verschiedenster nordeuropäischer Neonazigruppen teilgenommen. Hierbei traten die anwesenden HDJ-Mitglieder unter anderem mit einen Fanfarenzug und einer Volkstanzaufführung auf. In der Reisegruppe war auch Lutz Giesen, eine Führungsfigur der Kameradschaftsszene. Der frühere Berliner ist jetzt in Greifswald ansässig und wohnt dort gemeinsam mit dem ehemaligen Mitglied der verbotenen Berliner Kameradschaft Tor Marcus Gutsche und dem Führer der HDJ-Einheit Mecklenburg und Pommern Ragnar Dam zusammen. Mit auf der Reise zu den schwedischen Kameraden waren die Bundesmädelführerin Holle Böhm und der NPD-Landtagskandidat David Petereit, ein Führungskader der Mecklenburgischen Aktionsfront.

In Mecklenburg-Vorpommern existiert weiterhin der neonazistische Heimatbund Pommern. Dieser ver- →

→ sucht ebenfalls, angelehnt an die bündische Jugendbewegung, eine völkische Jugendarbeit samt Körperertüchtigung und politischer Bildung zu leisten. In der Vergangenheit wurden gemeinsame Veranstaltungen mit der HDJ durchgeführt und einige Personen sind in beiden Gruppierungen tätig. Der Heimatbund Pommern ist vor allem an die regionalen Freien Kameradschaften angebunden und verfügt über eine größere Anhängerschaft.

Einheit Preußen

Die Einheit Preußen ist die älteste Einheit der HDJ und bestand bereits zu Zeiten der DHJ als Einheit Berlin. Aufgrund des Mitgliederzustroms aus Brandenburg wurde sie umbenannt. Die Einheit unter der Leitung von Dennis Schauer verfügt mit Stella Palau und dem Liedermacher Jörg Hähnel über prominente Mitglieder aus den Reihen der bundesweiten Führungsebene der NPD. Neben den üblichen Einheitstreffen, die aus verschiedenen kulturellen, politischen und sportlichen Aktivitäten bestehen, nahm die Einheit auch an mehreren Fußballturnieren mit anderen »nationalen Verbänden« teil. Dazu gehörte das Turnier um einen nach dem Märtyrer der Nationalsozialisten und Freikorpsangehörigen Albert Leo Schlageter benannten Pokal, an dem auch Vertreter der NPD regelmäßig teilnehmen. In einem weiteren »nationalen Fußballturnier« geht es um den »Herbert-Norkus-Pokal«, der nach einem Hitlerjungen aus Berlin benannt ist. Dieses Turnier wurde in der Vergangenheit von der Wiking Jugend ausgetragen. Auch bei nichtsportlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel am Volkstrauertag nehmen Vertreter der Einheit Preußen am »Heldengedenken« mit neonazistischen Kameradschaften teil.

Einheit Hermannsland

Nach dem Pfingstlager im Jahre 2004 gründete sich der Freundes- und Familienkreis Westfalen und bildete damit die Grundlage für die spätere Gründung der Einheit Hermannsland, die schließlich im März 2005 erfolgte. Die Einheit Hermannsland ist vor allem in der Region Ostwestfalen beheimatet und verfügt, wie die für sie zuständige Leitstelle West, über ein Postfach in Detmold. Zu ihren bisherigen Aktivitäten zählen unter anderem eine Wanderung zum Hermannsdenkmal und zu den Externsteinen. Beides sind nicht nur für regionale Gruppierungen bedeutsame Wallfahrtsstätten der extremen Rechten. Eine Abordnung der HDJ wurde vom extrem rechten belgischen Vlaams National Jeugverbond (VNJ) zum traditionellen Aufstellen des Maibaums (Meiboomplanting) geladen und stellte den überwiegenden Teil der Anwesenden. Die Einheit Hermannsland organisierte außerdem das Bundessommerlager am 5. bis 13. August 2006 nahe Fromhausen bei Detmold. Das Treffen mit etwa 120 Teilnehmern sorgte für mediales Aufsehen. Die extrem rechte Ausrichtung der HDJ, die durch Zeltaufschriften wie »Führerbunker« und »Germania« sowie schwarz-weiß-roten Wimpel nur allzu deutlich wurde, blieb natürlich nicht unerwähnt. Eng an die Einheit Hermannsland angebunden scheint auch Gerd Ullrich aus Detmold zu sein, auf dessen Grundstück ein Kletterwochenende der Einheit stattfand. Für die diesjährige Julfeier der HDJ firmierte er als Kontaktperson. Ullrich war auch beim Bundessommerlager für den Ordnungsdienst mitverantwortlich, wofür er schon bei zahlreichen Veranstaltungen der NPD und Freier Kameradschaften Erfahrungen sammeln konnte. Am Rande des Sommerlagers versuchte Ullrich, Journalisten mit seinem Fahrzeug von der Straße abzudrängen. In seiner Jugend war Ullrich in der Wiking Jugend aktiv und wurde in der Vergangenheit wegen Handels mit Sprengstoff zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

HDJ und NPD

Neben den personellen Verbindungen zwischen HDJ und NPD gibt es auch eine Reihe von strukturellen Verbindungen. So nehmen immer wieder HDJ-Mitglieder an den verschiedensten Veranstaltungen des neonazistischen Spektrums teil. Beim Neonaziaufmarsch im Februar in Dresden zum Gedenken an die Bombardierung der Stadt, nahmen in den letzten beiden Jahren auch Vertreter der HDJ teil. Zwar verzichteten diese darauf, geschlossen als Organisation mit Transparenten aufzutreten, beteiligten sich aber im letzten Jahr sogar am Ordnerdienst der Demonstration. Ganz offen trat der Fanfarenzug der HDJ auf dem Deutsche Stimme Pressefest im August 2006 in Dresden auf. Die HDJ versuchte mit dem Verteilen von Infomaterial unter den Besuchern neue Mitglieder zu werben und stellte sich mit einer Tanzvorführung für das Kulturprogramm des Pressefestes zur Verfügung. Mit einem Infostand war die HDJ ebenfalls auf dem 2. Jugendthing der Jungen Nationaldemokraten (JN) in der Sächsischen Schweiz am 2. Dezember 2006 vertreten.

HDJ und DKG

Eine wichtige Rolle in der generationsübergreifenden Bildungsarbeit nimmt die Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) ein, die unter anderem eine jährliche Gästewoche mit zahlreichen Referenten aus dem extrem rechten Spektrum veranstaltet. An diesen Veranstaltungen nahmen nicht nur regelmäßig Vertreter der Wiking Jugend teil, auch die HDJ war in den folgenden Jahren gern gesehener Gast. Räbiger besuchte bereits ein Jahr nach dem Verbot der WJ die Gästewoche. »Das dort erlernte Wissen bildet die Grundlage der HDJ« stellte Alexander Scholz in einem Bericht über die 25. Gästewoche der DKG fest. Der DKG steht die langjährige Aktivistin in der neonazistischen Kulturarbeit Lisebeth Grolitsch vor, welche gemeinsam mit ihrem Ehemann Erhard im Jahre 2003

zum Ehrenmitglied der HDJ-Bundesführung ernannt wurde. Eng verbunden mit der DKG ist der Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. und die Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V. Im Vorstand dieses Vereins befinden sich neben Grolitsch mit Wolfram Nahrath, Axel Schunk und Hartmut Wilhelm eine Reihe von ehemaligen WJ-Funktionären. Die Notgemeinschaft hat sich das Ziel gesetzt, eine »nationale Stiftung zur Einbringung von Hinterlassenschaften der abtretenden Generation zu schaffen, um sie fördernd für die Zukunft unseres Volks einzusetzen«.

HDJ und WJ

Mit Sebastian Räbiger als derzeitigem Bundesführer steht der letzte WJ-Gauführer für Sachsen an der Spitze der HDJ. Auch der letzte Bundesführer der WJ Wolfram Nahrath war nicht nur Referent auf Veranstaltungen der HDJ, sondern wird nach zuverlässigen Insiderinformationen auch als Mitglied geführt. Der Verantwortliche der WJ für den Gau Niedersachsen Manfred Börm ist ebenso für die HDJ tätig wie eine Reihe seiner Familienangehörigen. Die Riege der ehemaligen Angehörigen der WJ-Führungsebene die nun in der HDJ sind, wird mit Dirk Nahrath, ehemaliger WJ-Gauführer Franken, vervollständigt. Das ehemalige WJ-Mitglied Gerd Ullrich stellt sein Privatgrundstück für die HDJ zur Verfügung und betätigt sich als Ordner im Dienste des Vereins. Ebenso stellte sich der ehemalige Angehörige der Waffen-SS und der WJ Sepp Biber auf einer Veranstaltung der Einheit Schwaben im November 2004 zum Volkstrauertag als Referent zur Verfügung. Auch optisch gibt es Kontinuitäten der Wiking Jugend zur HDJ. Das von der Abteilung Beschaffung angebotene Freizeithemd trägt den gleichen Aufdruck eines Adlers wie das Freizeithemd der WJ, lediglich die Organisationsnamen wurden ausgetauscht.

Internationale Kontakte

Vertreter der HDJ fahren zum Treffen mit der VNJ nach Flandern in Belgien und die Einheit Mecklenburg und Pommern zu einem Kameradschaftstreffen nach Schweden. Die HDJ verfügt über weitere internationale Kontakte. So besuchte in den vergangenen Jahren eine Abordnung den Tag der volkstreuen Jugend in Österreich. 2003 sorgte Jörg Hähnel für das musikalische Rahmenprogramm und seine Kameraden von der HDJ führten ein Laienspiel auf. Dieses Treffen verschiedenster rechter Jugendorganisationen und Verbände wird vom Bund Freiheitlicher Jugend organisiert.

Fazit

Mit der Heimattreuen Deutschen Jugend verfügt die deutsche Neonazi-Szene über eine Struktur, die einige der Lücken auszufüllen vermag, welche das Verbot der Wiking Jugend hinterlassen hat. Die Wiking Jugend stand für eine kontinuierliche politische Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Geiste der verbotenen Hitler-Jugend (HJ).

Die WJ wurde 1994 verboten, da sie in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit der frühen NSDAP und ihrer Teilorganisation HJ aufwies. Mit der HDJ gibt es nach über zehn Jahren wieder ein fraktionsübergreifendes Angebot innerhalb der Neonazi-Szene, um Kindern und Jugendlichen eine HJ/WJ-ähnliche politische Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Bei der HDJ werden, wie bei der HJ und der WJ, kulturelle Erlebnisse, sportliche Freizeitgestaltung und Lagerfeuerromantik mit völkischer Ideologievermittlung und politischen Schulungen verknüpft. Diese Form der kontinuierlichen Schulungen, verbunden mit dem auf Fahrten vermittelten Gemeinschaftserlebnis, führen zu einer Heranbildung von ideologisch gefestigten zukünftigen Kadern. Auch wenn sich die HDJ mit direkten programmatischen Bezügen zur HJ und WJ zurückhält, eine Wesensverwandtschaft zwischen der HDJ, WJ und HJ drängt sich Beobachtern der Szene geradezu auf. Der drohenden Gefahr eines möglichen Verbotes scheint sich die HDJ durchaus bewusst zu sein und so vermeidet sie die Propagierung von nationalsozialistischem Rassismus und Antisemitismus in ihren Publikationen. Deutlicher wird die Wesensverwandtschaft der HDJ zur HJ und zur WJ allerdings schon bei der Orientierung am nationalsozialistischen Sprachgebrauch. Beim WJ-Verbot wurden hierzu die Ähnlichkeit zwischen dem »HJ-Reichsführer« und dem »WJ –Bundesführer« und die Bezeichnung »Gaue« als Beleg herangeführt. Nicht nur, dass die Bezeichnung »Bundesführer« heute noch bei der HDJ Verwendung findet und in einer internen Reiseeinladung von »Gauen« die Rede ist, auf einem HDJ-Lager im August 2006 fand sich gar ein Schild »Führerbunker« an einem Zelt. Noch deutlicher tritt die Wesensverwandtschaft bei der Form des äußeren Erscheinungsbildes auf. Genau wie bei der HJ und bei der WJ prägen uniformähnliche Bekleidung, Marschkolonnen, Fahnenträger und Spielmannszüge mit Trommeln und Fanfaren die Lageratmosphäre. Auch an Bekenntnissen zu Repräsentanten des Nationalsozialismus wie dem »tapferen deutschen Soldaten« Hans Ulrich Rudel, der BDM-Reichsreferentin Jutta Rüdiger und das »leuchtende Vorbild« Kurt Eggers mangelt es bei der HDJ nicht. Durch eine Reihe von Übergriffen auf JournalistInnen stellte die HDJ in diesem Jahr auch eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung in der Tradition der WJ zur Schau. Das diese sich zumindest auch verbal gegen die »bestehende verfassungsmäßige Ordnung« richtet, zeigt ein Zitat aus der Rede von Ralph Tegethoff auf dem 5. Märkischen Kulturtag der HDJ: »(...) dieses System ist ein Fehler und wir sind angetreten, um dieses System abzuschaffen und durch einen freien deutschen Volksstaat zu ersetzen.« ■



[1] Die HDJ-Verbandszeitschrift Funkenflug.

Der BHJ: Völkische Jugendarbeit

Zwischen Nazi-Tradition und bündischer Erneuerung

1| HDJ-Bundesführung (Berlin): Rundschreiben vom 10. Januar 2001.
2| Die Jugendorganisation der Sozialistischen Reichspartei
3| Dudek, Peter und Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der BRD, Opladen 1984, Fallstudie 5f.
4| Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, Seite 228.
5| Gruber, Hans-Jürgen / BHJ Pressereferat: »Jugend-Pressedienst« Nr. 5/72, München 1972.
6| Mörig, Gernot (Bundesführer): »WER wir sind, WAS wir wollen...«, Braunschweig Oktober 1976.
7| Mörig, Gernot: »Jugend im Volk. Heimattreue Jugendarbeit« in »Nation Europa«, Heft 9, September 1977.
8| Meyer, Alwin/Rabe, Karl-Klaus: »Unsere Stunde wird kommen-Rechtsextremismus unter Jugendlichen«, Bornheim-Merten 1979, Seite 40.
9| 1970 bis 1976 wurden diese Pfingstlager wechselseitig von der WJ und der BHJ organisiert

Der BHJ als Großvater der HDJ ?

Die »Heimattreue Deutsche Jugend e.V.« (HDJ) sieht sich selbst in der Tradition des westdeutschen »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ). Doch diese unmittelbare Herkunft scheint, zumindest was strukturelle und personelle Kontinuitäten betrifft, eher Wunschdenken als Realität zu sein. Vorläufer der HDJ war »Die Heimattreue Jugend« (DHJ), welche 1999 nach Jahren des Bedeutungsverlustes von einer fast komplett neuen Führungsmannschaft der späteren HDJ übernommen wurde. Nach eigenen Angaben wurde dann auf einem Bundesjugendtag im Oktober 2000 beschlossen den Namen »Die Heimattreue Jugend e.V.« durch »Heimattreue Deutsche Jugend e.V.« zu ersetzen. Grund sei die Tatsache gewesen, »daß man ‚Die Heimattreue Jugend' nicht gescheit abkürzen kann, ohne das Kürzel einer seit '45 in Deutschland verbotenen Organisation zu nutzen.«[1] Doch auch die DHJ war nur ein Nebenprodukt einer Spaltung des BHJ im Jahr 1989/90, aus der »Der Freibund« als offizieller BHJ-Nachfolger hervorging. Dieser führte formal die alten BHJ-Strukturen weiter. Anbei der Versuch, Licht in die Geschichte der Spaltungen, Auflösungen, Zusammenschlüsse, Kooperationen und Konfrontationen der verschiedenen völkischen Jugendgruppen jenseits der verbotenen Wiking Jugend zu bringen. Trotz aller Flügelkämpfe zwischen und innerhalb der Gruppierungen wird deutlich, dass es seit 1945 im Grunde immer zwei Fraktionen rechtsextremer Jugendbünde in der BRD gab. Die eine, die sich relativ unbefangen in die Tradition der Hitler Jugend und damit der Jugendarbeit im nationalsozialistischen Sinne gestellt hat und eine zweite, die sich mehr oder weniger überzeugend davon abzusetzen versucht, ohne ihre völkischen und bündischen Traditionen aufzugeben. Diese zwei Fraktionen hatten über die Jahrzehnte auf die verschiedenen Organisationen unterschiedlich starken Einfluss und lassen sich nicht immer Eins zu Eins mit bestimmten Organisationen gleichsetzen.



BHJ: Zwischen Kontinuität und Modernisierung

Der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) wurde in Westdeutschland nach dem Vorbild des BHJ in Österreich aufgebaut. Hans Hübner (Ex-Reichsjugend)[2] gründete 1958 den BHJ in Franken. Es folgte der Aufbau weiterer, nur lose miteinander verbundener BHJ-Gruppen, bis 1960 der BHJ als bundesweite Organisation gegründet wurde. Doch der Bund zerfiel schon bald aufgrund innerer Streitigkeiten und staatlicher Repression. 1962 schlossen sich die übriggebliebenen Gruppen zum neuen BHJ in Form eines Vereins zusammen.[3] Die ersten Bundesführer wurden Fritz Burger und Walter Schwardt. Von da an entwickelte sich der BHJ neben der Wiking Jugend zur wichtigsten Kraft innerhalb des Kameradschaftsringes Nationaler Jugendverbände (KNJ) und schaffte es als eine der wenigen völkisch-nationalistischen Jugendgruppen, seine Strukturen bis in die siebziger Jahre hinein zu retten. Die



Führungsspitze spaltete sich dann jedoch in einen vor Allem an der NPD orientierten Flügel und einen auf Reformen und an der historischen bündischen Jugend ausgerichteten Flügel. 1974 begannen sich mit der Wahl von Hartmut Voigts zum Bundesführer die Modernisierungsbefürworter durchzusetzen, dieser Prozess wurde durch seinen Nachfolger Gernot Mörig beschleunigt.[4] Teilen der BHJ war bis dahin eine Affinität zur Hitler Jugend anzumerken, denn in BHJ-Publikationen wurde auch von »Jungvolklagern«, »Gauen« und »Gauführern« gesprochen.[5] Trotz eines moderateren Auftretens der neuen Führung blieb eine extrem völkische Ausrichtung beibehalten.

In einer Selbstdarstellung schrieb der BHJ: »Wir sind stolz, diesem Volke angehören zu dürfen! (...) Wir sind die Kämpfer für die Einheit unseres Reiches in einer verworrenen Zeit. Wir bewahren das Licht, geben es weiter und wachen, daß es auch in Zukunft brennen wird.«[6] Dass sich hinter diesem völkischen Pathos ein biologistisches Weltbild verbirgt, wurde durch den damaligen Bundesführer Gernot Mörig in der neonazistischen Zeitschrift »Nation Europa« ausgeführt: »Jedes Lebewesen auf dieser Welt führt von Geburt an in mehr oder weniger harter Form einen Kampf ums Dasein (...) so braucht z.B. jedes Volk Raum zum Leben, dieser Raum muss jedoch erkämpft werden. (...) Angehörige eines Volkes sind zumeist durch ein mehr oder weniger gemeinsames Generbe geprägt (...)«. Auch die Strategie bündische Erlebniswelt mit neonazistischer Ideologievermittlung zu verbinden wurde offen dargestellt: »Wären wir nur der lieben Pfadfinderei wegen tätig, so müsste die Frage nach unserer Existenzberechtigung gestellt werden, denn in dem Falle könnten wir uns ja auch der nächstbesten Pfadfindergruppe anschließen (...) So haben wir uns für zwei Grundbegriffe entschieden, die uns und unsere Arbeit prägen: Die bündische und die weltanschaulich-politische Tätigkeit. Beides zusammen erst ist uns ein Garant dafür, dass wahre Persönlichkeiten in unseren Reihen heranwachsen.«[7] Der BHJ war in Standorten als kleinste selbständige Einheit organisiert, welche von Leitstellen koordiniert wurden. Die Mitgliederzahlen wurden auf zwischen 500 und 1.000 geschätzt.[8] Der BHJ organisierte neben zahlreichen Fahrten und Lagern auch »Treffen volkstreuer Jugend«[9], »Tage deutscher Kultur«[10] und den »Wolfsangelmarsch«.[11] Mitte der 1980er Jahre kommen die Aktivitäten unter anderem wegen interner Streitigkeiten fast vollständig zum Erliegen, die Mitgliederzahl geht von vormals 400-500 auf circa 100-200 zurück.[12] 1977/78 entsteht zwar die bundesweite BHJ-Zeitschrift Zeitschrift »Der Trommler«, welche aber bereits 1983 von einem neuen Redaktionsstab in »na klar« umbenannt wurde.[13] Im selben Jahr spaltete sich fast die gesamte Leitstelle West ab und trat als Gemeinschaft Volkstreuer Jugend auf. Allein zwischen 1980 und 1990 werden vier neue Bundesführer gewählt.[14] Interne Konflikte waren hierfür die Ursache. So musste ein Bundesführer zurücktreten, da er die »nationalistische politische Erziehung« vernachlässigt hätte.[15] Besonders harte Flügelkämpfe gab es 1988. Im April 1988 sollten auf Betreiben von Hans Soltner (2.Bundesführer) und Heike Kernn (Bundesmädelführerin) der BHJ-Vorsitzende Henning Otto wegen Gefahr im Vollzug und Karsten Niefind wegen unkameradschaftlichem Verhalten aus dem BHJ ausgeschlossen werden. Diese widerum wählten im Juni 1988 Hans Soltner, Michael Will (Pressereferent), Gernot Mörig (Ehrenrat) und Kirsten Dau (Bundesbücherei) ab. Einige Tage später versuchte Henning Pless den Posten von Henning Otto zu übernehmen. Im Rahmen eines ausserordentlichen BHJ-Bundesjugendtages in der Jugendburg Ludwigstein (Witzenhausen) kam es sogar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen.

Trotzdem war der BHJ neben der Wiking Jugend eine der wenigen kontinuierlich arbeitenden extrem rechten Jugendorganisationen. Aus seinen Reihen sind Funktionäre der extremen Rechten wie Jürgen Rieger, Hans-Michael Fiedler und Gisa Pahl hervorgegangen.[16]

BHJ – Der Freibund: Zwischen Gestern und Morgen

Die politische Wende 1989 in Deutschland brachte auch eine Wende im BHJ. Er wurde neu ausgerichtet und unbenannt. Zunächst traf es die BHJ-Zeitschrift »na klar!«. War sie Ende des Jahres noch die »Bundeszeitschrift des Bund Heimattreuer Jugend e.V.«[17], erschien ihre »Sondernummer zum deutschen November« als »Jugendzeitschrift« der namenlosen »Redaktionsgemeinschaft, na klar!«.[18] Die Folgenummer wurde dann vom »Bund Heimattreuer Jugend – Der Freibund e.V.« herausgegeben.[19] Am 1. Mai 1990 beschloss der BHJ unter seinem damaligen Bundesführer Henning Otto dann offiziell die Umbenennung in BHJ – Der Freibund e.V. Dieser Flügel fordert die Reformierung des Bundes, eine verstärkte Bezugnahme auf bündische Traditionen und ein gemäßigteres Auftreten in der Öffent-

10| Gruber, Hans-Jürgen. (BHJ Pressereferat): »Jugend-Pressedienst« Nr. 1/1973, München 1973.

11| BHJ e.V.: »Jugend-Pressedienst« Nr. 3 und 4 / 1977.

12| Vgl. AIB # 59 (Sommer 2003): »Der Freibund – Völkischer Wolf im bündischen Schafspelz«

13| Lüdtke, Heilwig/ BHJ-Bundesführung: »Na klar!« Nr. 21 / 8.4.1983

14| Uwe Jäschke (1980), Gert-Heinz Höffkes (1982), Michael Will (1984), Henning Otto (1988)

15| Verfassungschutz-Bericht 1982, Seite 19.

16| Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, Seite 229.

17| Otto, Henning/BHJ-Bundesführung: »Na klar!« Nr. 47 / 30.09.1989.

18| Redaktionsgemeinschaft »na klar!«: »Na klar!« Nr. 48 / 31.12.1989.

19| Otto, Henning/BHJ – Der Freibund: »Na klar!« Nr. 49 / 31.03.1990.

20| Otto, Henning: »Der Freibund – Wir stellen uns vor«, Göttingen.

21| Flugblatt »Der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) e.V. informiert«, Göttingen 1989 und Otto, Henning: »Der Freibund – Wir stellen uns vor«, Göttingen.

22| Hartmut Kögel und Volker Gladbach (1991), Rüdiger Dorff und Berta Bünger (1994)

23| Fassung vom 23.9.2001

24| 2001 bis 2004.

25| DHJ e.V.: Einladung Sommerlager Süd, Stuttgart 1991/1992.

26| DHJ-BJT-Bericht 1993: TOP 12/Antrag 1

27| Henning Pless (Vorsitzender), Thomas Grebien (Stellvertreter), Viola Prehn (Kassenwart), Georg Karck (Schriftführer)

➔

lichkeit. Als Symbol wird nun statt der Odalrune die aufgehende Sonne auf schwarzer Fahne gewählt. Dieses Symbol soll »die Brücke zwischen gestern und morgen« symbolisieren. Der neue Name »Freibund« steht für: »Freiheit und Bindung (...) für uns die beiden Pole, um die sich das Leben dreht.«[20] Eine direkte personelle Kontinuität zur BHJ blieb jedoch bestehen. Die ehemalige BHJ-Leitstellenführer Nord (Gernot Dorff), West (Freimut Kögel) und Süd (Peter Bünger) wurden die neuen Bereichsleiter beim Freibund. [21] Noch im selben Jahr schieden der Bundesführer Henning Otto und sein Stellvertreter Karsten Niefind wieder aus dem Verein aus. Seitdem ist wenig Kontinuität im Vorstand zu verzeichnen und die Bundesführer und deren Stellvertreter wechselten alle paar Jahre.[22] 1994 war gar zeitweilig der Posten des Bundesführers unbesetzt.

Der Freibund – BHJ: Bemüht um moderates Auftreten

Im September 1996 kam es unter dem Bundesführer Rüdiger Dorff zur erneuten Umbenennung des Vereins von »Bund Heimattreuer Jugend – Der Freibund« in »Der Freibund – Bund Heimattreuer Jugend.« Offene Bezüge zur extremen Rechten traten erneut in den Hintergrund. In der Satzung[23] ist zwar noch festgelegt, dass es eine der vornehmsten Aufgaben des Vereins ist, im Rahmen seiner Arbeit die Jugend zu heimat- und kulturbewussten, ihrem Vaterland treuen Menschen heranzubilden, doch darüber hinaus versucht der Verein moderat aufzutreten. Personelle Verbindungen zu ehemaligen Aktivisten der extremen Rechten sind immer seltener nachzuweisen. Der erste Bundesführer Ingmar Pätzold[24] jedoch war noch 1991/1992 für die Leitung eines Sommerlagers der Heimattreuen Jugend verantwortlich.[25] Auf dem Bundesjugendtag des DHJ hatte er 1993 eine spezielle Schulung (»z.B. durch Geländespiel«) für angehende Führungspersönlichkeiten beantragt, damit diese den selbstbewussten Umgang mit »Behörden oder Autonomen« erlernen.[26] Der Freibund hat Mitglieder im Alter von 7 bis 25 Jahren und ist bundesweit in Leitstellen untergliedert. Diese Leitstellen sind wiederum in Einheiten untergliedert. Diese Struktur wird von Einheitsführern, Leitstellenführern, der Bundesführung und einem Ältestenrat zusammengehalten.

BHJ – DHJ – HDJ: Rechtsruck

Zeitgleich mit der Umbenennung des BHJ in BHJ-Freibund entstand auch »Die Heimattreue Jugend 1990 – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.« Bereits im Dezember 1989 hatten Henning Pless, Thomas Grebien und weitere Personen aus der Region Kiel einen neuen Verein unter dem Namen »Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)« gegründet und 1990 beim Amtsgericht Plön eintragen lassen.[27] Ende des Jahres erfolgte die Umbenennung in »Die Heimattreue Jugend 1990«. Als Symbol übernahm die DHJ die Odalrune der BHJ. Auch Teile der Struktur und des Personals wurden direkt von der BHJ übernommen. So war ein Kieler DHJ-Spendenkonto ursprünglich der BHJ-»Fond für heimattreue Jugendarbeit« von Thomas Grebien gewesen. Mit Henning Pless war der ehemalige Ansprechpartner der BHJ-Nord im Vorstand. Auch die BHJ-Ansprechpartnerin für Süd und Standortleiterin Berlin Heike Kernn landete im DHJ-Bundesvorstand [28] Mit Michael Will war ein ehemaliger BHJ-Bundesführer Vorsitzender des DHJ-Ehrenrates. Auch der ehemalige stellvertretende BHJ-Bundesführer Hans Soltner wurde öffentlich als Funktionär in der »Bundesführung« bezeichnet.[29] Die DHJ sah sich in direkter BHJ-Nachfolge. In einem Bericht heißt es: »Die Flamme der Heimattreuen Jugend brennt, und sie wurde an uns weitergegeben. Bund Heimattreuer Jugend, das war der Name, der all unser Wollen in der Vergangenheit zum Ausdruck brachte.«[30] Unterstützung von alten BHJ-Funktionären gab es in jedem Fall. So spendete der ehemalige BHJ-Bundesvorsitzende Gernot Mörig »als dem Bund zugehörig fühlende Privatperson« der DHJ eine Jurte.[31] Doch die DHJ vermochte es nicht, den BHJ in seiner alten Größe wiederzubeleben. Offenbar gab es massive interne Probleme. Die DHJ-Geschäftsführerin Heike Mörig beklagte bei ihrem Rücktritt 1993 fehlende tatkräftige Unterstützung: »Seit der Trennung bekleide ich das Amt der Bundesgeschäftsführung (...) Ich hoffe nur, daß mein Nachfolger sich nicht auch den Mund fusselig reden muss (...)«.[32] Ihr Nachfolger Hagen Schmöller berichtete von »Auseinandersetzungen« und einem »unglücklichen Amtsbeginn«.[33] Die Leitstellenführerin Süd, Folke Schmöller, klagte über »einige Kameraden«, welche auf den Lagern nur Unsinn treiben und stören würden[34] und die Standortführerin Berlin, Gerhild Drescher, musste zusammenfassen, dass ihre Gruppe »eher dahinplätschert«.[35] Trotz dieser Schwierigkeiten fanden noch immer regelmäßig eigene Aktivitäten , Lager, Fahrten und regionale Veranstaltungen statt. Als Struktur standen hierfür eine Leitstelle Nord und Süd, sowie Stützpunkte in Buchholz und Berlin und eine Gruppe in Weil der Stadt zur Verfügung. Unterstützt wurde die Gruppe von einem Ehrenrat und einem Freundeskreis. Bis auf die Bundesführung wurde die DHJ Struktur Anfang der 90er Jahre größtenteils durch Frauen getragen.[36] 1996 erfolgte eine Neuwahl des Vorstandes. Hierbei landete mit Laurens Nothdurft einer der wenigen späteren HDJ-Funktionäre in der DHJ-Bundesführung.[37] Organisatorisch kämpfte der Verein weiterhin mit Problemen. So war die Struktur auf die Leitstellen Nord und Süd und die Gruppe Berlin zusammengeschrumpft. Die Leitstelle Nord hatte ihr Osterlager ausfallen lassen[38] und die Gruppe Berlin verzeichnete wenig durchgeführte Heimabende.[39]

Die Heimattreue Jugend vertrat eine völkisch-nationalistische Ideolo-

28| Als Geschäftsführerin laut »Die Heimattreue Jugend e.V. – Wir über uns« von 1991. Im Vereinsregister wurde sie nicht geführt. BHJ-Funktionen vgl. BHJ-Fahrtenplan von 1989

29| Laut »Die Heimattreue Jugend e.V. – Wir über uns« von 1991. Im Vereinsregister wurde er nicht geführt. 1993 war er in der DHJ- Abteilung Beschaffung.

30| »Die Heimattreue Jugend e.V. – Wir über uns« von 1991.

31| Grebien, Thomas: Rechenschaftsbericht zum Bundesjugendtag 1993, Kiel 1993.

32| Mörig, Heike: Rechenschaftsbericht zum BJT 1993.

33| Schmöller, Hagen: Rechenschaftsbericht zum Bundesjugendtag 1993.,

34| DHJ-BJT-Bericht 1993: TOP 6a

35| Drescher, Gerhild: Tätigkeitsbericht Standortführerin Berlin, Berlin 1993

36| Folke Schmöller (Leitstelle Süd), Heinke Gerlach (Leitstelle Nord), Gerhild Drescher (Standort Berlin), Renate Militzer (Stützpunkt Buchholz), Franka Rössner (Gruppe Weil der Stadt), Heike Fischer (Freundeskreis), Viola Prehn (Pressereferentin)

37| Henning Pless (Bundesführer), Armin Porath (Stellvertreter), Diana Schulz (Mädchen-Bundesführerin), Thomas Grebien (Bundeskassenwart), Laurens Nothdurft (Abteilung Beschaffung)

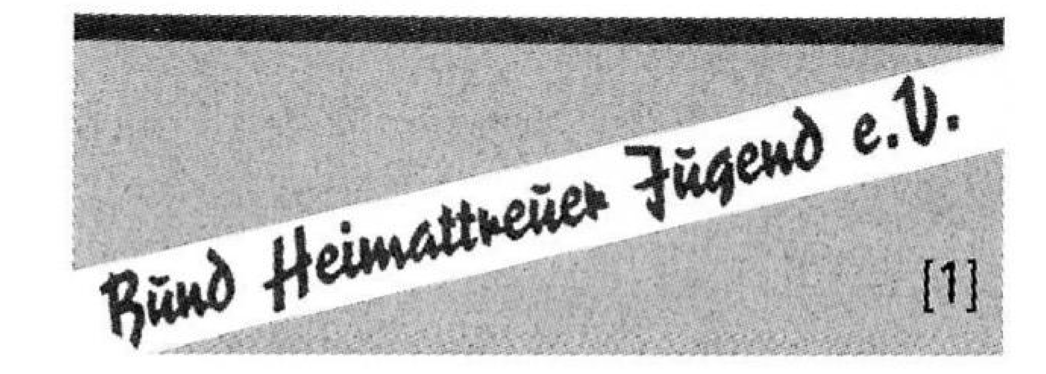
38| DHJ-BJT-Protokoll 1996: TOP 8 Tätigkeitsbericht Wolf-Rüdiger Wilhelm (Leitstelle Nord), Kiel 1996.

39| DHJ-BJT-Protokoll 1996: TOP 8 Tätigkeitsbericht Kerstin Kernn (Berlin), Kiel 1996.

40| Mörig, Heike / DHJ e.V.: »Fahrtenplan 1993«, Braunschweig 1993.







[1]



[2]

[1] BHJ-Broschüre von 1976.
[2] BHJ-Zeitschrift von 1979.

gie. »Wir bekennen uns als junge Deutsche, die ihre Heimat lieben, verantwortungsbewusst zu unserem Volk und Vaterland (...) Wir gehen den Weg der Jugendbewegung im Einsatz für die Gemeinschaft unseres Volkes und als Vorbereitung auf die Aufgaben, die wir als Frauen und Männer werden zu bewältigen haben«, hieß es in einem Fahrtenplan.[40] 1993 wurde eine deutlichere Abgrenzung nach Rechtsaußen beschlossen: »Es ist notwendig, sich von jeglicher Art von Militantismus in der heutigen Zeit zu distanzieren (z.B. Springerstiefel sollten aus dem Lagerleben allmählich verschwinden)«. Sogar das alte Symbol der Odalrune wurde intern abgeschafft: »Es ist notwendig, sich von der Odalrune zu verabschieden, denn sie wird heutzutage eindeutig der rechtsextremen Szene zugeordnet«.[41] Auch mit der Neuwahl 1996 ging die Entwicklung eher weg von politisch eindeutigen Positionierungen. So wurde zum Beispiel beschlossen den »Wolfsangelmarsch« in »Eichblattmarsch« umzubenennen.[42] Ab 1999 war eine deutliche Reaktivierung des seit 1994 weitestgehend inaktiven Vereins zu beobachten. Offenbar war hierfür eine im September 1999 komplett neu gewählte Bundesführung verantwortlich, die ihren Sitz nach Berlin verlegt hatte.[43] Vom neuen Bundesvorstand entstammte fast niemand den alten BHJ-, Freibund-, DHJ-Vorständen. Mit dieser Reaktivierung ging nach einer langen Phase der Entpolitisierung eine massive Politisierung und ein deutlicher Rechtsruck einher. In Publikationen war von der Notwendigkeit »volkstreuer Jugendarbeit« die Rede, denn: »was einst gut und richtig war, soll heute schlecht und falsch sein. Das eigene Volk ist nichts mehr Wert, man schämt sich seiner Vergangenheit«. Offen erklärte die DHJ: »Wir verpflichten uns Deutschland, indem wir geistige und körperliche Wehrhaftigkeit ausbilden (...) Jeder ist aufgefordert (...) am Aufblühen einer deutschnationalen Jugendarbeit mitzuhelfen!«[44] Im Jahr 2000 erfolgte die Umbenennung in Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.«.

Fazit

Der Freibund und die HDJ sehen sich beide als Nachfolge Struktur des BHJ. So gedachten die HDJ-Zeitschrift »Funkenflug« und die »Freibund«-Zeitung »na klar!« ihrem verstorbenem »Kameraden« Heiko Möhring, welcher Funktionär der BHJ in Norddeutschland war.[45] Zwischen beiden Gruppen gibt es jedoch massive Konflikte bezüglich der Schwerpunktsetzung zwischen politischer und bündischer Ausrichtung. Die HDJ schimpfte in einem Artikel: »Bei einigen Gruppen mutieren Fahrt, Lager und Gemeinschaftsgesang zum Selbstzweck (...) Für uns dagegen sind Fahrt und Lager, Singen und Tanzen Ausdruck unserer volkstreuen Weltanschauung.«.[46] Im Mai 2005 veröffentlichte der Freibund die »Freiburger Erklärung«, in der sie ihren Anspruch als offizielle BHJ-Nachfolgestruktur und zeitgleich ihre demokratische Entwicklung betonte: »Von den Anfängen als Bund Heimattreuer Jugend (...) bis zum heutigen Freibund haben wir einen weiten Weg zurückgelegt: Aus einer vorwiegend politischen motivierten Gemeinschaft ist ein heimatliebender Jugendbund geworden (...)«[47] Die HDJ hingegen behauptete auch die BHJ-Nachfolge und bezieht sich auf das politische Erbe: »Die Heimattreue Deutsche Jugend wurzelt tief im Bund Heimattreuer Jugend, dessen Zeichen die Odalsrune war. Wir, die als einzige volkstreue Jugendbewegung noch das Recht hätten, dieses Zeichen zu tragen (...) Wir dürfen die Odalsrune zwar nicht in unseren Fahnen tragen, doch sie ist dort, wo sie schon immer war und immer sein wird: in unserem Herzen.«[48] Hier wird der Bruch zwischen der DHJ und der HDJ-Linie deutlich, denn die DHJ hatte die Odalrune wegen ihrer politischen Bedeutung als Symbol explizit abgelehnt. Der hier dargestellte Konflikt zwischen HDJ und dem Freibund ist im Prinzip die Fortsetzung des einleitend beschriebenen jahrzehntelangen Flügelkampfes innerhalb der BHJ-Strukturen zwischen völkischen Nationalsozialisten und völkischen Bündischen. Diese Aussage bezüglich der Odalsrune enthält mehr Wahrheit als der HDJ lieb sein dürfte. Denn obwohl der direkte Ursprung in der BHJ ständig von der HDJ behauptet wird, lässt er sich personell und strukturell kaum belegen. Vielmehr scheinen zahlreiche Verbindungen zur verbotenen Wiking Jugend zu bestehen. Deren Symbol war bis zu ihrem Verbot auch die Odalsrune. ■

41| DHJ-BJT-Bericht 1993: TOP 13a
42| DHJ-BJT-Protokoll 1996: TOP 14 Antrag Hagen Schmöller, Kiel 1996.
43| Vgl. AIB # 58 (Frühling 2003): »Die braune Elite von morgen«. Alexander Scholz (Bundesführer), Laurens Nothdurft (Stellvertreter), Hildegard Handke (Mädchen-Bundesführerin), Alexandra Brzezinski (geb. Assmann) (Bundeskasse), Michael Gellenthin (Bundesgeschäftsführung)
44| Scholz, Alexander: Funkenflug 1/99 (Internetversion)
45| Behrenz, Wolfgang / Der Freibund: »na klar!«, Ausgabe 101, Göttingen Oktober 2004, Seite 4.
46| Räbiger, Sebastian: Funkenflug 02/2004 Berlin 2004, Seite 4.
47| Behrenz, Wolfgang / Der Freibund: »na klar!«, Ausgabe 104 – Heft 3 / 2005, Göttingen 2005, Seite 4.
48| Räbiger, Sebastian: Funkenflug 1/2006, Berlin 2006, Seite 18.

Kirche für arische Kämpfer

Die Artgemeinschaft

Vom 8. bis zum 10. Dezember 2006 hielt die Artgemeinschaft in der Gaststätte Hufhaus im Thüringischen Ilfeld ihre Weihnachtsfeier – oder, wie es in neuheidnischen Kreisen heißt – ihr »Julfest« ab. Circa 130 Personen, darunter viele Familien mit Kindern, aus dem ganzen Bundesgebiet nahmen an dem Treffen teil. Die hohe Teilnehmerzahl und die Zugehörigkeit von vielen Kadern der militanten neonazistischen Szene zur Artgemeinschaft unterstreichen die Bedeutung der Artgemeinschaft für die extreme Rechte.

[1]



[1] Eine Broschüre zur Germanischen Glaubensgemeinschaft von Ludwig Fahrenkrog.

Aufgeklärten Menschen fällt es schwer, neuheidnische Organisationen, die zumeist den Eindruck einer Mischung aus Esoterikzirkel, Karnevalsverein und Trachtengruppe machen, ernst zu nehmen. Zu weltfremd und abstrus wirken ihre Schriften und ihr Auftreten. So gilt zum Beispiel für die Artgemeinschaft nicht die christliche Zeitrechnung, sondern hier werden die Jahre nach Stonehenge gezählt. Auch werden die lateinischen Monatsnamen durch vermeintlich germanische ersetzt. Aus Dezember 2006 wird der »Julmond 3806«. Dennoch erfüllen die neuheidnischen Organisationen für die Neonazis eine wichtige Funktion, sie vermitteln ein Weltbild und geben dem Handeln der neonazistschen Akteure einen Sinn. Sie stellen also einen Teil des ideologischen Überbaus der extremen Rechten, insbesondere der neonazistischen Szene.

Die Artgemeinschaft, die im Untertitel den Namen »Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.« trägt, ist seit 1957 ein eingetragener Verein. Sie ist überwiegend auf den Gebieten aktiv, welche man als »kulturell« oder »religiös« beschreiben würde. Volkstanzlehrgänge, Feiern zur Sommer- und Wintersonnenwende oder den Tag- und Nachtgleichen, gehören zu ihrem Reportoir. Hinzu kommen Vorträge zu Themen wie »Frühlingsbrauchtum«, »Nietzsche und das Christentum« oder »Kult – Ritus – Brauchtum«. Glaubt man jedoch dem Spruch, der regelmäßig unter den Einladungen der Artgemeinschaft steht: »Es handelt sich bei unseren Veranstaltungen nicht um politische Treffen, sondern um Veranstaltungen zur Pflege und Stärkung des Artglaubens«, so verkennt man den Charakter dieser Organisation. Und das nicht, weil die Artgemeinschaft es nötig hätte, ihre Mitglieder darauf hinzuweisen, dass »militärische Kleidung an diesen Tagen zu vermeiden« ist, sondern weil die von der Artgemeinschaft mittels Kultur und Religion vermittelten Gesellschaftskonzepte und Wertvorstellungen zutiefst antidemokratisch und rassistisch sind.

»Wesensgemäße« Religion

Grundlage der Ideologie der Artgemeinschaft ist ein rassistisches, biologistisches Weltbild. In der Artgemeinschaft werden Menschen nur als Bestandteile eines Volkes gesehen. Als Mitglieder dieses Volkes verfügen sie über bestimmte, »rassisch« vorgegebene, Fähigkeiten und Charaktereigenschaften, die ihre Ausprägung durch den Einfluss der Landschaft, in dem das Volk seit Generationen lebt, erhalten - ein klassisches Konzept von Blut und Boden. Dieser Annahme folgend gehört zu jedem Volk eine ihm »arteigene« Religion. Als Kernsätze der Religionsvorstellung der Artgemeinschaft können das »Artbekenntnis« und das »Sittengesetz« angesehen werden. Sie finden sich regelmäßig auf den Rückseiten der vierteljährlich erscheinenden »Nordischen Zeitung« der Artgemeinschaft. »Das Leben wirkt nach Naturgesetzen« wird dort behauptet und wir »bekennen uns zur Erhaltung und Förderung unserer Menschenart als höchstem Lebensziel, denn auch sie ist eine Offenbarung des Göttlichen«. Der rassistische Inhalt offenbart sich weiter in Geboten wie »Das Sittengesetz in uns gebietet gleichgeartete Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder«. Zur vermeintlich wesensgemäßen Religion

gehört auch, dass »Kampf (ein) Teil des Lebens« ist, der als »naturnotwendig für alles Werden« anzusehen ist. Wo gekämpft wird, gibt es auch Tote und Opfer, welche gerechtfertigt werden müssen: »Ohne den Tod des Einzelwesens sind die Arten nicht entwicklungsfähig« heißt es im Artbekenntnis, was für den germanischen Kämpfer aber nicht so tragisch ist, denn »der Mensch ist unsterblich in den Nachkommen und Verwandten, die sein Erbe teilen.«

Traditionslinien

Die Betonung von Rasse und Kampf, von Blut und Boden läßt schnell Assoziationen zum Nationalsozialismus aufkommen. Tatsächlich decken sich Teile der Ideologie der Artgemeinschaft mit der NS-Ideologie. Vor allem im Bereich der SS, in der Kampf und Tod in Form von Massenmord, aber auch als soldatischer »Opfergang« omnipräsent waren, wurde der heidnische Glaube propagiert und gelebt. Hier durfte das christliche Gebot »Du darfst nicht töten« nicht einmal mehr gedacht werden. Allerdings gehen die Traditionslinien der heidnischen Religionen noch in die Zeit vor dem Nationalsozialismus zurück. Zwar nicht, wie oft behauptet bis in die Prähistorie, aber doch bis in die Zeit um die Jahrhundertwende. So sieht sich die Artgemeinschaft als Fortführung der »Germanischen Glaubens-Gemeinschaft«, welche 1913 von Ludwig Fahrenkrog gegründet wurde. In dieser Zeit entstanden eine Reihe völkisch-esoterischer Gemeinschaften, die für die Ideologie der Artgemeinschaft Pate standen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Runen außerhalb jeder Wissenschaftlichkeit interpretiert und eine Religion und Gesellschaftsform der Germanen konstruiert. Nicht auf »uraltem Heidentum«, sondern auf einer neuzeitlichen Religionsschöpfung basieren die Grundsätze der Artgemeinschaft und anderer neuheidnischer Gruppen.

Personen und Strukturen

»Die Artgemeinschaft ist kein 'Schönwetterverein', der friedlich, fröhlich, fromm und betulich bei Kaffee und Kuchen ein wenig von der Vergangenheit schwärmt (...) Die Artgemeinschaft ist gezwungen worden, ein Kampfverband zu sein, der um die Möglichkeiten einer artgemäßen Lebensführung kämpfen muß«, heißt es in einer Selbstdarstellung.

Betrachtet man die Vergangenheit einiger Artgemeinschaftsmitglieder, so verwundern solche Sätze nicht, sie sind als ehemalige Mitglieder der verbotenen neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) oder als militante Kader bekannt. Als »Leiter« der Artgemeinschaft fungiert seit 1989 der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Rieger, inzwischen NPD-Mitglied, ist bekannt als Rechtsbeistand von Neonazis in unzähligen Prozessen und als Anmelder der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche der letzten Jahre. Rieger ist eine der wichtigen Personen des deutschen Neonazismus. Die von Rieger vor einigen Jahren genannte Zahl von fast 1.000 Mitgliedern ist unrealistisch, es werden eher 300 bis 400 sein. Bedeutung hat die Artgemeinschaft aber auch weniger als Massenorganisation, denn vielmehr als Hintergrundorganisation des Neonazismus.

Religion oder Tarnung

Oftmals werden, gerade von antifaschistischer Seite, die Artgemeinschaft oder andere neuheidnische Organisationen der extremen Rechten als Tarnvereine bezeichnet, hinter denen die Neonazis ihr politisches Handeln verstecken. Mit einer solchen Aussage wird man der viel wichtigeren Funktion dieser Organisationen nicht gerecht. Auch Personen aus der extremen Rechten suchen nach Ansätzen sich die Welt und die Gesellschaft zu erklären. Klassisch spielt der Mythos dabei auf Seiten der Rechten eine viel größere Rolle als in der Linken. Die Artgemeinschaft hat die Funktion ihren Anhängern ein Weltbild zu vermitteln, das ihrem Dasein und auch ihrem Handeln einen letzten, »höheren Sinn« gibt. Grundlage dieses Weltbildes sind selbstverständlich Rassismus, Autoritarismus und auch Sexismus. In der Artgemeinschaft wird jedoch tatsächlich daran geglaubt, dass es die Vorbestimmung und die Natur der Arier sei, andere zu führen und zu befehlen. Die Artgemeinschaft verdient es daher von antifaschistischer Seite ernst genommen zu werden, ebenso wie sie es verdient sich ihrem Treiben entgegen zu stellen.

Thüringen

Die ArtgemeinschafterInnen, die sich am ersten Dezemberwochenende im Hufhaus in Ilfeld trafen, betraten kein Neuland. Erstmals 1992 zog es sie zum Julfest nach Thüringen. War es 1992 gelungen die Kulturhalle in Exdorf anzumieten, trifft man sich in den letzten Jahren fast durchgänig im Hufhaus. »Unser Julgemeinschaftstag findet am selben Ort wie im Vorjahr statt«, steht regelmäßig in den Einladungen. Vielleicht gelingt es ja 2007 die Bedeutung der Artgemeinschaft deutlich zu machen und hier zu intervenieren. ■



[1] Der Leiter der Artgemeinschaft Jürgen Rieger (links) bei einer Neonazidemonstration am 14. Oktober 2006 in Nürnberg. Hier im Gespräch mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt.

Der V-Mann Didier Magnien

»Grosser Bumm mit 2.000 Toten«

Frankreich, 1987: Aus dem Umfeld der Polizeigewerkschaft FPIP wird unter Leitung von Hauptkommissar Serge Lacanu die »Parti nationaliste francais et européen« (PNFE) gebildet, der terroristischste Teil des französischen Neofaschismus. Vorsitzender der PNFE in der Region »Ile de France« wird der 1969 in Nantes geborene Didier Magnien.

Von Robert Andreasch

Weil man den »jüdischen und Dritte-Welt-Feind überall treffen« müsse, verüben Mitglieder der PNFE Bombenanschläge auf ein vollbesetztes Cafe in Paris und auf die Büros einer MigrantInnenorganisation in Cannes und Cagnes-sur-mer. Dabei wird ein Mensch getötet, vierzehn werden verletzt. Im Mai 1990 wird duch Mitglieder der PNFE und der Charlemagne Hammerskins der jüdische Friedhof in Carpentras verwüstet und ein Leichnam geschändet. Nach Deutschland unterhalten die französischen Neonazis gute Kontakte. Abgesandte der PNFE beteiligen sich 1992 am Rudolf-Heß-Marsch in Rudolstadt, und die PNFE-Zentrale bei Paris taucht in Michael Kühnens Adressbuch auf.



[1] Transparent der »Kameradschaft München« bei einem Neonaziaufmarsch am 2. April 2005 in München.

Magnien wechselt 1997 nach der faktischen PNFE-Auflösung zur neofaschistischen Nouvelle Resistance und im Juni 1998 zur Unité Radicale. Als »Didier Magnier« wird er im gleichen Jahr beim 4. Europäischen Kongress der Jugend der JN in Fürth von Holger Apfel namentlich begrüßt, von nun an ist er oft in der bayerischen Neonazi-Szene unterwegs. Auf der neonazistischen Veranstaltung in Fürth tritt Magnien für die Delegation der Cercles Resistance auf und spricht auch im Namen des Front Europeen de Liberation (FEL).

Umzug nach Deutschland

Seine nächste Station ist das bayerische Dorf Sinning bei Neuburg an der Donau. Dort vermietet der ehemalige Wiking-Jugend – und »Wehrsportgruppe Hoffmann«-Aktivist Anton Pfahler ab Ende 1997 sein Gelände an die Neonaziszene: Redaktion und Verlag der »Deutschen Stimme« ziehen aus Stuttgart hierher, der Freiheitliche Volksblock kommt, die Nationale Initiative Schweiz mit Stephan und Karin Göbeke-Teichert, Jens Pühse (NPD) und viele andere. Pfahler propagiert dazu ein »Siedlungsprojekt Sinning« des »Naturreligiösen Stammesverbands der Bajuwaren«, einer Organisation der Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas (ANSE) im Vorfeld des sogenannten Armanen-Ordens. Didier Magnien zieht dort ebenfalls ein, unter dem gleichen Dach wohnen Holger Apfel und Norman Kempken (Anti-Antifa Nürnberg). Im Juni 1998 kommt es zu einer Razzia auf dem Gelände: Bei Pfahler, auf dem Anwesen, in Bunkern und Depots werden eine Maschinenpistole, Sturmgewehre, Handgranaten, eine Tretmine und Munition gefunden. Drei Neonazis, darunter Pfahler und Alexander Larras, werden festgenommen. Im späteren Prozess vor dem Landgericht Ingolstadt und danach wird von neonazistischer Seite immer wieder angedeutet, dass hinter den Ermittlungen Hinweise eines Spitzels stehen dürften. Pfahler wird zu mehreren Jahren Haft verurteilt. 1998 ist Magnien Teilnehmer beim »Tag des nationalen Widerstands« der NPD in Passau und übersetzt ein Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Im Frühjahr 2002 nimmt Magnien, der zu dieser Zeit in Augsburg wohnt, Kontakt zu Fred Eichner in München auf. Dieser war früher Bundesvorsitzender des Nationalen Blocks und gehört schon seit einiger Zeit zu Magniens Bekannten.

Martin Wiese im Visier

Über Eichner und über Magdalena und Norman Bordin, die er schon einmal besucht hatte, will Magnien an Martin Wiese herankommen. Magniens Auftrag vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), die Wiese-Gruppe zu beobachten, ist am effektivsten auszuführen, wenn die »Spitze« dieser Gruppe, also Wiese selbst, von ihm beobachtet wird. Wiese vertraut ihm schnell. Magnien erzählt, seine rechte Gruppe (Charlemagne Hammerskins) in Frankreich habe Mist gebaut. Jetzt wolle er in Deutschland ein Buch gegen Multikultur schreiben. Vielen »Kameraden« erzählt der ehemalige Fallschirmjäger von einer angeblichen früheren Mitgliedschaft in


[2]

[2] Martin Wiese (mit Bart) und dessen politisches Umfeld sollte durch den V-Mann Didier Magnien bespitzelt werden.

der französischen Fremdenlegion. Dass dies für einen französischen Staatsbürger schlicht unmöglich ist, fällt niemandem auf. Magnien empfiehlt Wiese, in spätestens vier oder fünf Jahren die »Kameraden« in Tschechien oder Jugoslawien militärisch ausbilden zu lassen. Wiese zeigt Magnien mindestens zwei Mal Waffen, eine Pistole und eine Handgranate. Magnien und seine Vorgesetzten im bayerischen LfV warten einfach ab. Auf dem Computer Wieses installiert Magnien ein Verschlüsselungsprogramm. Ständig spielt er mit einem Wurfmesser herum, das er in seiner Tasche aufbewahrt: »Pistolen sind mir zu unpersönlich. Am besten, man tötet Menschen mit dem Messer«. In der Öffentlichkeit bemüht sich Magnien, nicht aufzufallen, schon gar nicht an der Seite Wieses. Später wird er behaupten, regelmäßig auch die Münchner Linke bespitzelt zu haben. Für das Aktionsbüro Süddeutschland Wieses kümmert sich Magnien vor allem um die Kontakte zur Fränkischen Aktionsfront (FAF), der dann im Januar 2004 verbotenen Nürnberger Kameradschaftsorganisation. Der paramilitärischen »Schutzgruppe« der Kameradschaft Süd bringt Magnien einmal im Wald das militärische Marschieren und Antreten bei.

Anti-Antifa

Aktiver ist Magnien in der sogenannten Anti-Antifa-AG der »Schutzgruppe«, die jeden Dienstag recherchiertes Material auswertet und zusammenstellt. Magnien gibt vor, als Detektiv ausgebildet worden zu sein und schult die Neonazis in Listenführung und gibt zahlreiche Anregungen. So will er mit Hilfe der neonazistischen »Schutzgruppe«-Aktivistin Monika Stillger, die als Azubi der Postbank dort Konten linker Organisationen ausspioniert, Gelder von diesen Konten auf eigene Konten umleiten. Und er macht den Vorschlag, in den linken Infoladen in der Breisacherstr. einzubrechen und den dortigen Computer zu stehlen. Außerdem bringt Magnien Wiese das Ausspionieren von Personen bei. Mindestens einmal gehen Magnien und Wiese gemeinsam einen Münchner Linken observieren, dessen »Steckbrief« zuvor in Roland Wuttkes »München direkt«-Kolumne im Internet erschienen war. Der Anti-Antifa-AG stellt der V-Mann eine hochauflösende Kamera zu Verfügung. Zahlreiche Dokumente aus der Anti-Antifa-Arbeit lässt er sich kopieren. Mit Monika Stillger trifft sich Magnien im Augustiner-Biergarten, wo er ihr vorschlägt, sie in linke Gruppen einzuschleusen. Sie solle sich mindestens drei Jahre aus der neonazistischen Szene rausziehen, um dann über Antifagruppen in Augsburg oder Ingolstadt letztlich erst in der Nürnberger Antifa, später in der Münchner Linken zur Ausforschung linker Strukturen und Personen aktiv zu werden.

Magnien soll Wiese, dies bleibt im späteren Prozess unwidersprochen, die Adresse des bekannten Münchner Linken Claus S. und eine Namensliste weiterer linker AktivistInnen aus München gegeben haben. Falls dies so zutrifft, hätte also das bayerische LfV die eigenen Erkenntnisse über antifaschistische AktivistInnen direkt an eine schwerbewaffnete rechtsterroristische Gruppe weitergegeben.

Vor dem Anschlagsversuch

Vom 12. bis 14. April 2003 fährt Didier Magnien mit seinem Wagen Martin Wiese und einige Mitstreiter zum Waffenkauf nach Brandenburg. Bei Peter Böttcher in Güstrow erstehen sie für 4.000 Euro sechs Pistolen und Munition. Für den Fall einer eventuellen Polizeikontrolle auf der Rückfahrt empfiehlt Magnien, sich nichts anmerken zu lassen und die Beamten dann »wegzublasen«. »Dann haben wir zwei Waffen mehr«, ergänzt Wiese. Bei einem Zeltlager bayerischer Neonazis zum Hitler-Geburtstag am 20. April 2003 spricht Magnien mehrfach von einem »großem Bumm«, gemeint ist ein Selbstmordattentat mit »2.000 Toten«. »Wenn ich über den Marienplatz gehe, dann stelle ich mir vor, wie toll es wäre, wenn so ein Ding hochgeht und 2.000 Leute draufgehen«. Magnien und die anderen Teilnehmer werden von der Polizei in Gewahrsam genommen. Um dies in Zukunft zu vermeiden, sorgt der V-Mann dafür, dass Treffen ab diesem Zeitpunkt nur noch verschlüsselt ausgemacht werden.

Zu all diesen Punkten wird Magnien im späteren Prozess gegen Wiese & Co. keine Angaben machen. Wann immer es für ihn oder seinen Arbeitgeber kritisch werden könnte, sind die Fragen plötzlich »nicht von der Aussagegenehmigung« gedeckt. Didier Magnien entpuppt sich letztendlich mehr als ein Zeuge der Verteidigung als der Anklage: Anschlagspläne der terroristischen Wiese-Gruppe? Nein, davon habe er niemals etwas mitbekommen. ■

Broschürentip:

A.I.D.A.-Archiv (Hg.) Sprengstoff in München. Martin Wiese, Kameradschaft Süd, NPD. München: 2005, 2,50 Euro.

Zur Thematik siehe auch AIB # 66: »Terrorpläne vor Gericht«.



Polizei als »Anti-Antifa«-Quelle

Einblicke in die Arbeitsweise der »Anti-Antifa« in Dresden

Zu den Aktivitäten Dresdner Neonazis zählt seit Jahren das Sammeln von Daten von politischen Gegnern. Die schon länger von AntifaschistInnen gehegte These, dass sie dazu auf polizeiliche Ermittlungsergebnisse zurückgreifen, wurde Ende 2006 belegt. Unbekannte waren nach Eigenangaben in einen Treffpunkt der Dresdner Neonazi-Szene eingedrungen und hatten dabei im November 2006 entsprechende Ausschnitte aus einer offensichtlichen Anti-Antifa-Akte gefunden. Diese liegen dem Antifaschistischen Infoblatt vor. Die einem Informanten anonym zugespielten Dokumente wurden von sächsischen AntifaschistInnen als authentisch eingestuft.

Sie bestätigen den Verdacht, dass Dresdner Neonazis gezielte Anzeigen gegen politische Gegner stellten, um so Ermittlungsverfahren herbeizuführen. In den dabei vom Dresdner Staatsschutz angelegten Akten finden sich nicht nur mit vermeintlich linken Personen bestückte Lichtbildmappen, sondern auch eine Vielzahl weiterer persönlicher Daten. Diese wurden nun teilweise eins zu eins von den »Anti-Antifas« neu zusammengestellt.

Die Sammlung enthält Namen und Bilder von etwa 100 vorwiegend Dresdner Personen. Dabei reicht das Spektrum weit. Von AntifaschistInnen über Gewerkschafter, MitarbeiterInnen einer Schülerzeitung, linken ParteifunktionärInnen, Professoren und zivilgesellschaftlich Aktiven wurden offenbar willkürlich all jene zusammengefasst, welche in irgendeiner Form den Neonazis als »kritisch« sprich »Gegner« aufgefallen waren. Entsprechend differiert der Gehalt der Erkenntnisse stark. Offenkundig ist, dass insbesondere die Daten zu vermeintlichen AntifaschistInnen fast ausschließlich aus polizeilichen Ermittlungsakten stammen. Das belegt die Archivierung von Bildern aus erkennungsdienstlichen Behandlungen bei der Polizei genauso wie die Angabe von Personalausweisnummern, oder auch Wohnadressen von Eltern und Verwandten, bei einigen Personen.

Antifas anzeigen als Konzept

Regionale AntifaschistInnen hatten schon im Jahre 2004 darauf hingewiesen, dass es zum Konzept sächsischer Neonazis gehört, mittels Anzeigen Anti-Antifa-Arbeit zu machen. So rief das, auch in Dresden gelesene,



Fanzine »The Stormer« damals »bekannte Kameraden« dazu auf, Anzeigen zu stellen, um so Akteneinsicht zu erlangen.[1] Eine »arbeitsgruppe antifa dresden« beschrieb online ihre selbst gestellten Ansprüche unter anderem so: »die bisher vorhanden umfangreichen aber oft bereits veralteten daten ueber dresdner antifaschistische gewalttaeter neu zusammenfassen und strukturieren und aktualisieren (...) koordination der bisher losen datensammlungen« und Sammlung von »persoenlichen daten ueber handelnde und hintermaenner und -frauen der lokalen antifa-szene« in einer »taeterdatei«.[2]

Diese »Koordination« wurde offensichtlich im Spektrum der »Freien Kräfte Dresden« übernommen. Der Ort, wo die Unterlagen gefunden wurden, dient als Treffpunkt für eben diese Szene. Regelmäßig finden hier Treffen vom »Nationalen Jugendbündnis Dresden« (NJB) statt. Offiziell ist das NJB die Jugendorganisation des bemüht rechtskonservativen und NPD-dominierten »Nationalen Bündnis«, intern bemüht es sich junge Neonazis zu bündeln. Eine ganze Reihe derer, die hier verkehren beteiligten sich mehrfach an diversen Angriffsversuchen auf nichtrechte Veranstaltungen.

Und so finden sich in der Datensammlung dann die Lichtbilder wieder, die größtenteils aus den Verfahren stammen, welche erst zustande gekommen waren, nachdem bekannte Dresdner Neonazikader 2004 gegen AntifaschistInnen Anzeige erstattet hatten. Diese Anzeigen wurden bereitwillig vom zuständigen Staatsschutzdezernat aufgegriffen und trotz Hinweisen die Akten an die Neonazis ausgehändigt. In einem noch laufenden Verfahren beschuldigen dieselben Neonazis eine Antifaschistin, eine Aktivistin der rechten Szene niedergeschlagen zu haben. Zuvor hatten Neonazis versucht, eine Anti-Rechts-Veranstaltung zu stören. Im erstinstanzlichen Verfahren am Amtsgericht Dresden wurden Absprachen zwischen den »ZeugInnen« deutlich. Alle hatten sich offenbar – auch mithilfe von Bildern – auf dieselbe Frau geeinigt, welche sie nun kollektiv beschuldigten. Zu einem anderen regionalen Antifaschisten wurde ein »Steckbrief« gefertigt und verteilt, mit Angaben von persönlichen Daten wie Arbeitgebern und Bild. Im Online-Gästebuch des Arbeitsplatzes fand sich später eine Morddrohung. In den Unterlagen werden neben AntifaschistInnen aber auch eine ganze Reihe weiterer, den Neonazis in irgendeiner Weise »aufgefallener« Menschen, genannt. Die Redaktion einer Schülerzeitung, die sich regelmäßig gegen Neonazis wendet, genauso wie das Wahlbündnis »AUF-Dresden« und eine Vielzahl von Einzelpersonen aus allen möglichen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen.

Neonazistische Drohkulisse

Es liegt nahe, dass die Gefährdung für einmal in den Fokus geratene AntifaschistInnen nicht unerheblich ist. Für Neonazis ist es besonders »attraktiv« zu versuchen gegen sie vorzugehen. Denn die AntifaschistInnen sind es, welche regelmäßig den Neonazis »gegenüberstehen« – auf Demonstrationen, bei Veranstaltungen und im Alltag. Aus der Erfahrung, das sie »immer da« sind, wird dann konstruiert, sie müssten wichtig und somit »Antifa-Kader« sein.

Schon Anfang der 1990er Jahre hatten Neonazis in »Der Einblick – Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror« über 200 Datensätze von politischen Gegnern veröffentlicht. Trotz einer hohen medialen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit blieb eine langfristige Signalwirkung in der Szene aus. Nichtsdestotrotz betreiben immer wieder einzelne Neonazis Anti-Antifa-Arbeit. Das Konzept blieb dabei über die Jahre dasselbe. Wo immer sie vermeintliche Gegner ausmachten, versuchten sie diese zu diskreditieren und zu denunzieren. Im zweiten Schritt kam und kommt es immer wieder zu unmittelbaren Angriffen.

Polizei spielt mit

Beim Sammeln der dazu notwendigen Erkenntnisse profitierten die Dresdener Neonazis wohl auch von ihren Beziehungen zum regionalen Staatsschutz. Sie selbst sprachen dabei von »einem von uns«, der dort tätig sei. Der gemeinte Beamte leistete auch schon mal Schützenhilfe für die Neonazis. Nach einer Veranstaltung an der TU Dresden berichtete damals eine Besucherin der Jungle World: »Er wies im Beisein der Neonazis den Veranstalter darauf hin, dass die Neonazis, sollten sie keinen Zutritt erhalten, eine Anzeige gegen den Veranstalter wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht stellen könnten. Sie könnten dann den Namen des Veranstalters erfahren. Die dabeistehenden Neonazis fanden den Vorschlag gut und nickten nur«.[3] Mittlerweile wurde eine Reihe der damaligen durchgeführten polizeilichen Maßnahmen in Dresden, welche übereilt und von besonderem Ermittlungseifer geprägt umgesetzt wurden, als rechtswidrig eingestuft. Die gesammelten Daten kamen trotzdem bei den Neonazis an. ■

1| Siehe AIB #61, »Papier ist geduldig« und C18, Stormer - Die Deutsche Fassung #1, Anti-Antifa Kampf und Taktik
2| zitiert nach dem Portal Tharandt 250
3| Jungle World, # 15, Dresden ermittelt, 31. März 2004

Kleine »Volksfront«?

Die Neonazi-Szene in Hamburg ist im Wandel

Um die Jahrtausendwende tobte innerhalb der Hamburger Neonazi-Szene ein Richtungsstreit. Christian Worch überzog die Republik mit zahllosen Aufmärschen, während sich sein ehemaliger Weggefährte Thomas Wulff gemeinsam mit Tobias Thiessen und Inge Nottelmann im »Aktionsbüro Norddeutschland« (AB Nord) und dem Magazin »Zentralorgan« um eine bessere ideologische Schulung der »Kameraden« bemühen wollte, anstatt diese von Aufmarsch zu Aufmarsch zu hetzen. Diese Streitigkeiten, gepaart mit persönlichen Verwerfungen, führten zu einer Aufspaltung in verschiedene Hamburger Lager. Dies ging soweit, dass Wulff, inzwischen nach Mecklenburg-Vorpommern verzogen und der NPD zugewandt, und Worch Anfang 2004 in Konkurenz zueinander jeweils einen »eigenen« Aufmarsch gegen die überarbeitete Fassung der sogenannten »Wehrmachtsausstellung« in Hamburg durchführten. Seitdem hat sich in der Hansestadt einiges geändert.



[1]

2005 rückte die Szene erkennbar zusammen. Als im Januar im Stadtteil Harburg ein rechter Skinhead bei einem Angriff auf einen Migranten mit einem Messer verletzt wurde, nutzte Christian Worch die Gunst der Stunde und meldete eine Kundgebung gegen »Ausländerkriminalität« an. 80 »Kameraden« folgten seinem Aufruf, für Hamburger Verhältnisse eine hohe Zahl. Offenbar angespornt von diesem Mobilisierungserfolg führte nun der damals gerade 18jährige Alexander Hohensee eine ganze Reihe kleiner Kundgebungen, Infotische und Demonstrationen in seinem damaligen Heimatstadteil duch. Unterstützung erhielt er dabei von seinem politischen »Ziehvater« Worch sowie vom ehemaligen »Hamburger Sturm«-Kader und NPD-Mitglied Jan Steffen Holthusen. Um Hohensee bildete sich ein aktiver Zusammenhang von circa zehn sehr jungen Neonazis, welcher auch an bundesweiten Aufmärschen teilnimmt und zeitweise unter dem Label »Widerstand Harburg« auftrat sowie eine stadtteilbezogene Internetseite betrieb.

NPD reloaded

Die Harburger Veranstaltungsserie ging über in den Bundestagswahlkampf der NPD und auch hier hatte sich einiges verändert. Mit der Ablösung Ulrich Harders durch die im November 2005 gewählte Anja Zysk wurde erstmals eine Frau Landesvorsitzende in der NPD. Die aus NRW zugezogene Berufsschullehrerin trat mit einem frischen Team an und konnte viele aktive Neonazis davon überzeugen, dass sich die Hamburger NPD unter ihrer Leitung weg von der verstaubten Rentnerpartei und hin zur aktiven Organisation mit offensiver Ausrichtung entwickeln würde. Bedeutende Aktivisten der militanten Kameradschaften wie Torben Klebe, Jan Steffen Holthusen oder Thorsten

de Vries engagierten sich seitdem nach Kräften zu Gunsten der Partei. Als selbst Christian Worch, von der NPD einst mit Auftrittsverbot belegt, den Wahlkampf bei einer Kundgebung unterstützte, staunten nicht wenige über die neue Nähe zwischen NPD und »Freien« in Hamburg.

Überhaupt sind die Grenzen zwischen NPD und Kameradschaften in Hamburg fließend bis völlig unbedeutend geworden, es herrscht das Prinzip »Eine Hand wäscht die andere«. So sieht sich zum Beispiel die junge Harburger Szene zwar als Teil der »Freien Nationalisten«, nimmt aber an den internen Kreisverbandstreffen und anderen Veranstaltungen der NPD teil. Bei regelmäßigen Stammtischen tauschen sich Mitglieder des NPD-Ordnerdienstes mit der ehemaligen Führungsebene des verbotenen »Hamburger Sturms« aus und bei einem Aufmarsch der Partei im Oktober übernahmen gar Tobias Thiessen und Inge Nottelmann, immerhin Betreiber des AB Nord, gemeinsam mit Parteimitgliedern die ungeliebte Aufgabe der Parkplatzbewachung.

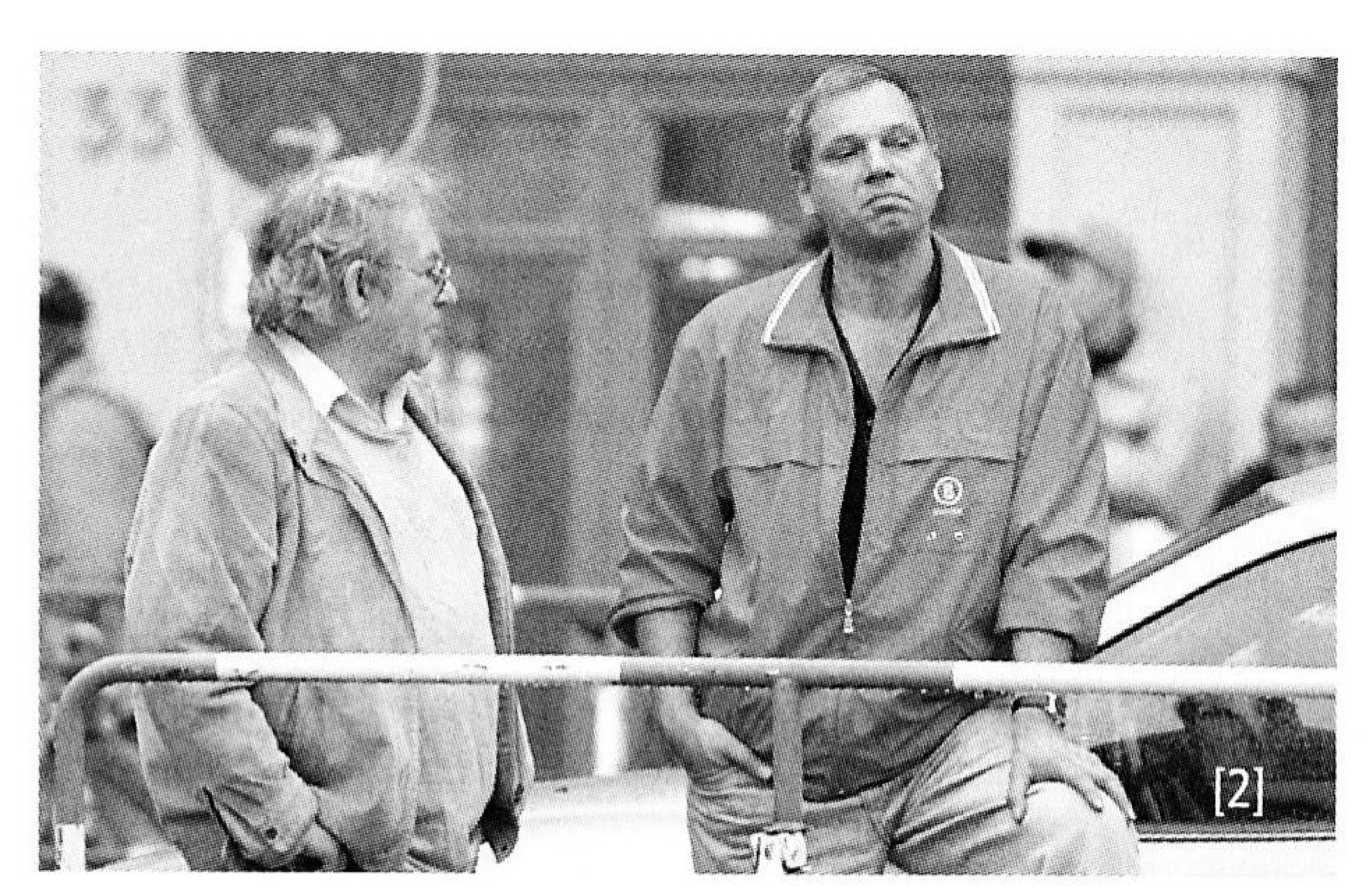
Über Hamburg hinaus

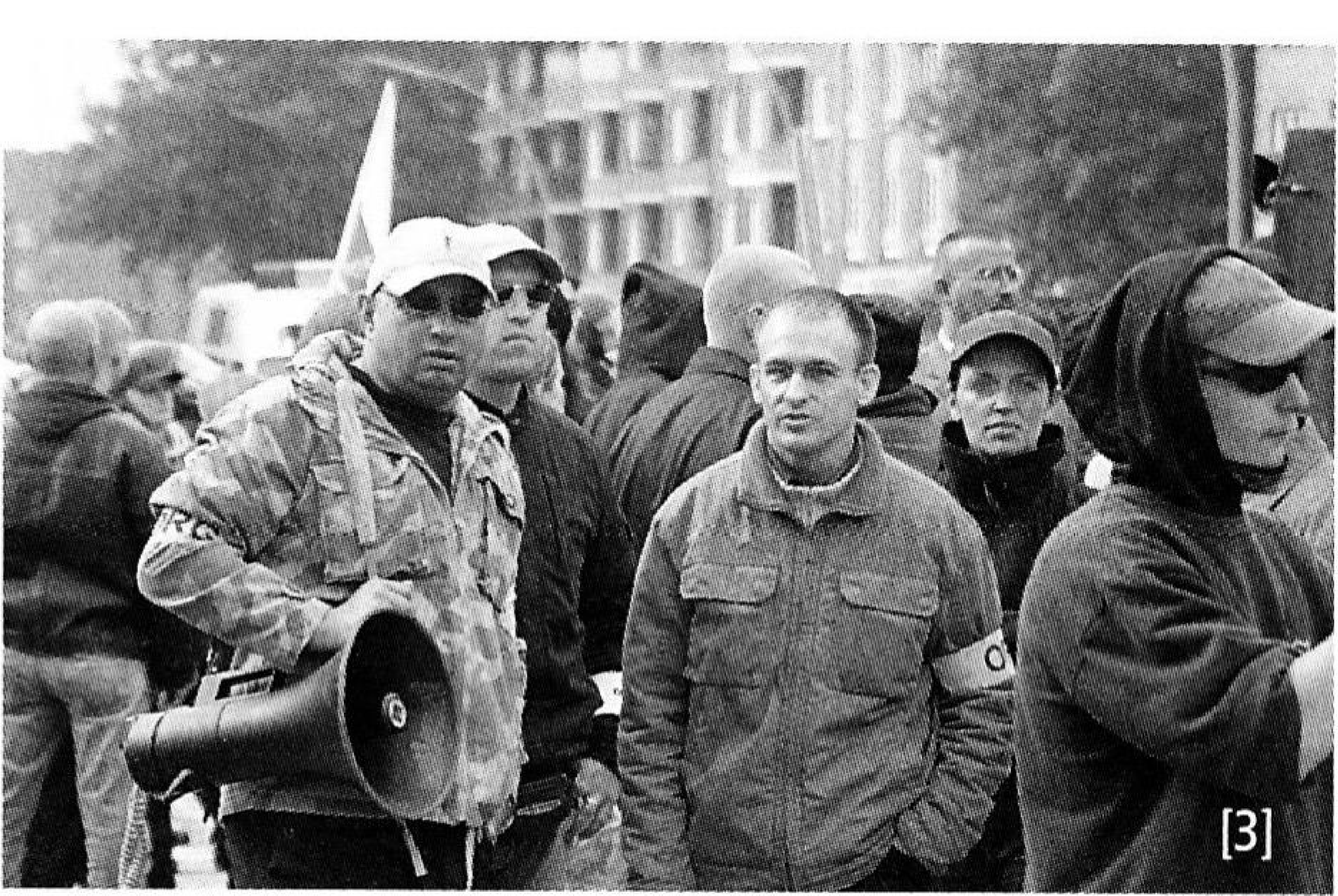
Als Ende November 2006 knapp 20 Neonazis unter Leitung des Wandsbeker NPD-Kandidaten Dr. Karl Göbel gewaltsam eine DGB-Veranstaltung zu rechten Strukturen im Stadtteil Wandsbek stürmen wollten und DGB-Ordner angriffen, befanden sich unter den Angreifern neben Mitgliedern des NPD-Ordnerdienstes auch Anhänger der »Freien Nationalisten« und ehemalige Aktivisten des »Hamburger Sturms«.

Überregional bestehen enge Verbindungen zu den Bewohnern des »Heisenhofes« (Dörverden, Niedersachsen), den »Kameraden« um den niedersächsischen NPD-Vize Adolf Dammann, zu den Bremer Anti-Antifa-Aktivisten Henrik Ostendorf und Andreas Hackmann nebst Umfeld sowie zu Schleswig-Holsteiner Neonazis aus dem Hamburger Umland. Dieses Potential ist auch im Voraus in viele Planungen eingebunden und nimmt so zum Teil auch an nicht öffentlich mobilisierten Aktionen teil. Die engen Kontakte zu den »Kameraden« um Axel Reitz (NRW) scheinen hingegen seit dessen Inhaftierung eingeschlafen zu sein.

Das Zusammenrücken der unterschiedlichen Neonazi-Spektren hat offenbar zu einer Stärkung des Selbstbewusstseins geführt. Die Aktionen sind in den letzten zwei Jahre flexibler und provokanter geworden. Aggressiv drängt die Szene in die Öffentlichkeit, sei es mit einem Rechtsrock-Konzert zum Geburtstag Torben Klebes im Oktober 2005 mitten in Hamburgs von vielen Linken bewohntem Party-Kiez St.Pauli, mit einer NPD-Kundgebung im bürgerlich-linken Eimsbüttel oder mit zahlreichen Infoständen und Kleinstkundgebungen in verschiedenen Stadtteilen. Auch die Bereitschaft der Hamburger Neonazis, Straftaten zu begehen, ist gestiegen. Alleine von Januar bis August 2006 verzeichneten die Behörden in der Hansestadt einen Anstieg rechtsextremer Straftaten um 41 Prozent, doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Der Anstieg rechter Gewalttaten wie Körperverletzungen stieg gar um 80 Prozent.

Trotz des offensiven Auftretens stagniert die Zahl organisierter Neonazis in Hamburg, ihr Mobilisierungspotential ist sogar stark rückläufig. Der Hamburger Personenkreis, welcher regelmäßig an Veranstaltungen und Aktionen teilnimmt umfasst etwa 50 Personen, hiervon lassen sich selten mehr als 30 zeitgleich mobilisieren. Selbst bei monatelanger Vorbereitung und überregionaler Unterstützung ist die Hamburger Neonazi-Szene derzeit kaum in der Lage mehr als maximal 200 Sympathisanten zusammenzurufen – bundesweit. Veranstaltungen mit regionalem Charakter wirken mit Teilnehmerzahlen zwischen 20 und 60 häufig lächerlich und stellen auch für potentiellen Nachwuchs sicher kein beeindruckendes Bild dar.





Ausblick

Wie sich die Neonazi-Szene in Hamburg weiter entwickeln wird, lässt sich derzeit schwer vorraussagen. Ob die nach außen gezeigte Einigkeit im Rahmen der NPD unter Anja Zysk Bestand haben wird oder der militantere Flügel um Holthusen, Klebe und de Vries seine Machtposition ausbaut und diese nutzt um den Landesverband weiter zu radikalisieren, bleibt abzuwarten. Und auch der Vorlauf der Bürgerschaftswahl im Frühjahr 2008 birgt Konfliktpotential innerhalb der Rechten: Nach dem »Deutschland-Pakt« zwischen NPD und DVU soll nur letztere in Hamburg antreten. Der DVU-Landesverband unter Leitung von Günther Schlemmer ist jedoch seit Jahren nicht mehr wahrnehmbar und spielt innerhalb der Neonazi-Szene keine Rolle. Ob die »Kameraden«, welche jetzt so fleißig am Profil der Landes-NPD feilen, der schwachen DVU tatsächlich das Feld überlassen wollen, ist fraglich. Nicht auszuschließen wären zum Beispiel Kandidaturen militanter Neonazis auf DVU-Listenplätzen. ■

[1] Die Hamburger NPD-Vorsitzende Anja Zysk und Alexander Hohensee bei einer NPD-Demonstration am 14. Oktober 2006 in Hamburg (Wandsbek).

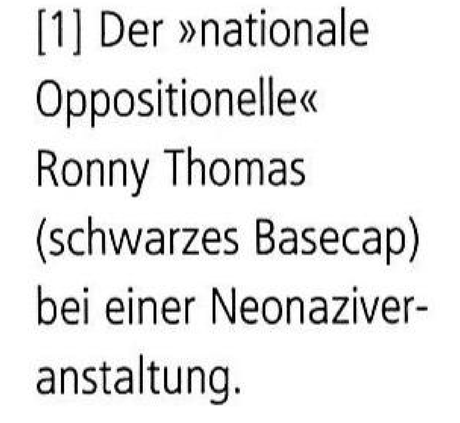
[2] Der ehemalige Hamburger NPD-Vorsitzende Ulrich Harder (links) erhielt Wahlkampfunterstützung von Christian Worch (rechts). Hier am 15. September 2005 in Hamburg.

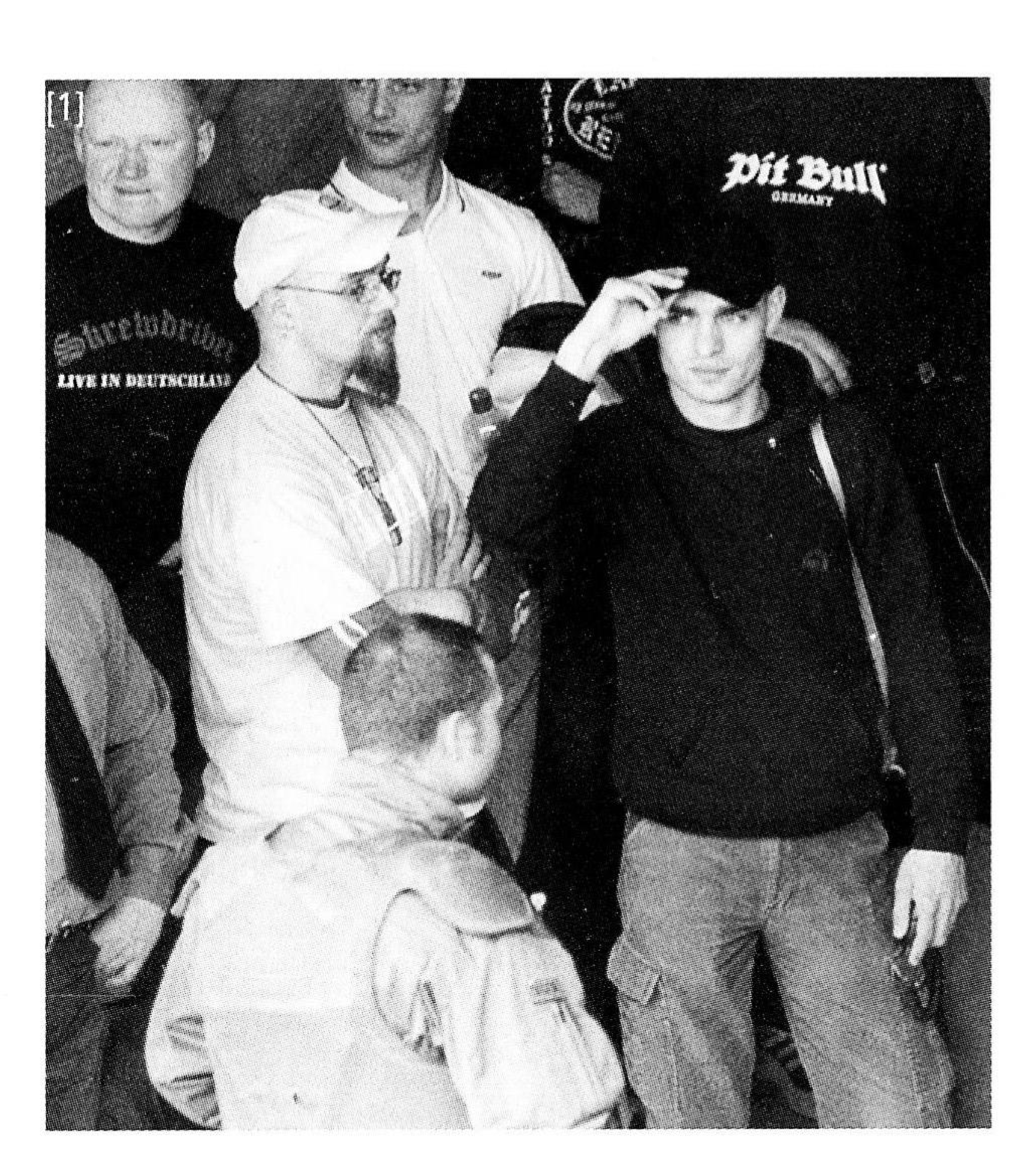
[3] Von links: Thorsten de Vries, Torben Klebe, Jan Steffen Holthusen und Peggy Holthusen bei einer NPD-Demonstration am 14. Oktober 2006 in Hamburg (Wandsbeck).

Sachsens rechte »Revolutionäre«

»Freie Kräfte« entdecken nationalrevolutionäre Ideologiefragmente

Eine Vielzahl von Neonazis wandeln – auch in Sachsen – in neuen Kleidern. Dass sie sich dabei »phänotypisch« veränderten ist mittlerweile nichts Neues. Alternative und linke Symbolik und Codes, zum Beispiel in Kleidung und Musik, gehören in einer ausdifferenzierten neonazistischen Alltagskultur zum guten Ton. Seit einiger Zeit wird nun auch verstärkt auf vermeintlich linke oder in Teilen als links rezipierte Theorien gesetzt.





[1] Der »nationale Oppositionelle« Ronny Thomas (schwarzes Basecap) bei einer Neonaziveranstaltung.

Sie nennen sich »autonome Sozialisten« oder »Sozialisten mit nationalrevolutionärem Anspruch«, sie fordern die »sozialrevolutionäre Aktion« und begreifen sich als »nationalistisch-sozialistisch-revolutionär«. Sie verstehen sich vorrangig als »Aktivisten« und nicht als »Rechte« oder »Linke« und sehen sich im Kampf »um die Alternative eines nationalen Sozialismus« gegen den »Globalkapitalismus«.

Allein die Wahl der Begriffe verweist in die Weimarer Republik und die sogenannten nationalrevolutionären Strömungen der 1920er und 1930er Jahre. Schon damals strebte ein Teil der Protagonisten die Einheit von Nation und Sozialismus an. Im Namen der Nation setzten sie ein Konzept des »Deutschen Sozialismus« den Ideologien des Kapitalismus und der Moderne entgegen. Diese Strömungen hatten Auftrieb erhalten mit dem Fin de Siècle[1] und dem Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Des Begriffs Sozialismus sollte sich aus Angst vor einem »jüdischen Bolschewismus« aus antiliberaler und antimarxistischer Sicht bemächtigt werden. Dazu versuchten die damaligen rechten Protagonisten linke Akteure auf ihre Linie zu bringen. Dabei setzten sie auf antiwestliche, antiliberale Ressentiments in der Linken.

Die vermeintlichen Schnittstellen blieben bis heute. Und wenn auch diese Ideologiefragmente bisher nur vereinzelt Einzug in die Neonazi-Szene finden, werden sie doch von etlichen Einzelpersonen vertreten und nun verstärkt wieder im Spektrum der parteifreien so genannten »Freien Kräfte« verwandt. Gerade in Sachsen lässt sich dies beispielhaft verorten. Die Protagonisten stammen hier aus dem Umfeld der »Freien Kräfte Dresden« (FKD) und dem »Lausitzer Aktionsbündnis« (LAB). Dieses Spektrum zeichnet sich hauptverantwortlich für den Versuch »revolutionäre Politik« zu machen. Zu nennen sind hier beispielhaft Ronny Thomas, Dennis Keller und Sebastian Richter. Um sie gruppieren sich weitere, welche eher als Aktivisten zu bezeichnen sind, während Erstgenannte die Rolle von Vorreitern einnehmen. Dies ist nicht als ein enger und fester Zusammenhang zu verstehen, vielmehr überschneiden sich die einzelnen Aktivitäten an verschiedenen Punkten. Allen gemein ist die grundsätzliche Übereinstimmung in bestimmten Punkten wie dem »revolutionären« und »nationalen und sozialistischen« Anspruch.

»freischaffender Schriftführer«

Dennis Keller war ursprünglich Herausgeber der Zeitschrift »Das Herrenhaupt« aus Halle (später Dresden). Es bestand aus einer Anreihung rechter esoterischer Themen, beinhaltete aber auch Interviews mit in der Neo-





[1] Sebastian Richter ist im »Referat Freie Kräfte« der NPD-Sachsen tätig.

[2] Neonazis der »Freien Kräfte Sachsen« bei einem Neonazi-Aufmarsch 2002 in Dresden.

naziszene »Prominenten« wie dem Antisemiten Horst Mahler und dem NPD-Ideologen und zugleich nationalrevolutionären NPD-Kritiker Jürgen Schwab. Mittlerweile schreibt Keller unter dem Pseudonym Johannes Nagel (jn) im Ende 2005 erstmalig erschienenen JN-Theorie-Heft »Hier & Jetzt« als »verantwortlicher Redakteur« und presserechtlich Verantwortlicher. Erklärter Anspruch des Heftes ist »Daß nicht nur parteinahe Mitarbeiter an unserem Zeitungsprojekt operieren, wie etwa jene der Jungen Nationaldemokraten (JN), sondern es vor allem unabhängige Berichterstatter sind, die sich in ihrer Arbeit als freischaffende Schriftführer der Zeitung verpflichtet fühlen«.[2] Das gelingt nicht ganz. Hinter dem Projekt steht der JN-Landesverband Sachsen und regelmäßig kommen Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion wie Karl Richter und Andreas Molau zu Wort.

»oppositioneller« Neonazi

Die Parteinähe mancher »freier Kräfte« kritisierte Ronny Thomas schon länger. Er begriff sich als »freier Aktivist«, der die Partei punktuell unterstützt, ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben. 1997 war er selbst noch Kreisverbandsvorsitzender der NPD. Wegen eines brutal begangenen Angriffs auf Jugendliche verurteilt, musste er das Amt abgeben. Inzwischen mehrfach einschlägig verurteilt, galt er lange Zeit als einer der »Anführer« der Dresdner Neonazi-Szene. Zudem zählte er zu den Aktiven in der »Revolutionären Plattform innerhalb der NPD«, die um die Jahrtausendwende herum »nationalrevolutionäre« Thesen in der NPD erfolglos verankern wollte. Seine Thesen, dass den gesellschaftlichen Konflikten, nicht durch eine Links versus Rechts Aufstellung, sondern durch das verbindende Element der Systemopposition begegnet werden sollte, führt er selbst auf Ernst Jünger zurück und vertritt sie seit Jahren. Damit geht er konform, mit den Überzeugungen der nationalrevolutionären Kreise der Weimarer Republik. Mittlerweile ist er nach München verzogen und betreibt von dort aus das Portal »freie offensive«. Was ihn jedoch nicht hindert, nach wie vor auch in Sachsen aktive Politik zu machen. Im Mai 2006 forderte er den NPD-Neuzugang und ehemaligen WASG'ler Wagner auf, ein kritisches Interview zu beantworten, was dieser wider Erwarten auch tat. Seit wenigen Wochen betreibt er zudem die Seite des neonazistischen »Aktionsbündnis Gegen das Vergessen« anlässlich des 13. Februar 2007 und forciert es auch hier seinen Einfluß auf die sächsische Neonaziszene beizubehalten. Zudem verantwortete er lange Zeit den »Freien Rundbrief Dresden« – ein regelmäßig erscheinendes Flugblatt mit lokalem Bezug, welches in verschiedenen sächsischen Regionen beheimatet ist.

Mit seinen Aktivitäten beschreitet Thomas den Weg eines »Nationalen Oppositionellen« innerhalb der Neonazi-Szene und schärft dort sein politisches Profil.

»Referat Parteifrei Kräfte«

Unter dem Pseudonym »Sepp Hagen« ist Sebastian Richter seit Jahren als Neonazi in Hoyerswerda aktiv. Auch er begreift sich als »Nationalrevolutionär« und »Nationalist« sowie »Sozialist«. Er war Hauptprotagonist der »Freien Aktivsten Hoyerswerda« (FAH) bis zu deren Übertritt in den JN-Stützpunkt Hoyerswerda, dessen Leiter er ebenfalls wurde. Diesen Schritt begründete er in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung Hoyerswerda wie folgt: »Sie fordern genau wie wir einen Volksstaat, der national und sozialistisch ist. Die JN ist vom Habitus revolutionärer als die NPD.«[3] Das »antikapitalistische« Verständnis der Neonazis erläutert er ebenfalls: »Wenn Bindung an das Kapital rechts ist, dann verbindet uns mehr mit der PDS. Wir ziehen die Grenze zwischen oben und unten, zwischen Ausbeuter und Unterdrückten«.[4] Folgerichtig fand Richter inzwischen eine politische Heimat in der JN. Seit August fungiert er als Zuständiger im »Referat Parteifreie Kräfte« im Landesvorstand Sachsen. Dieser vermeldet auf seiner Homepage den Anspruch »Nationalrevolutionäre Jugendpolitik in Sachsen« betreiben zu wollen.

Schlusswort

Es bleibt bei allen Differenzierungen festzuhalten, dass es in der Praxis natürlich bei weitem nicht so hochtrabend aussieht, wie verkündet. Da gilt dann im Regelfall doch wieder »nur« der alte reine Nationalsozialismus im modernisierten Gewand. ■

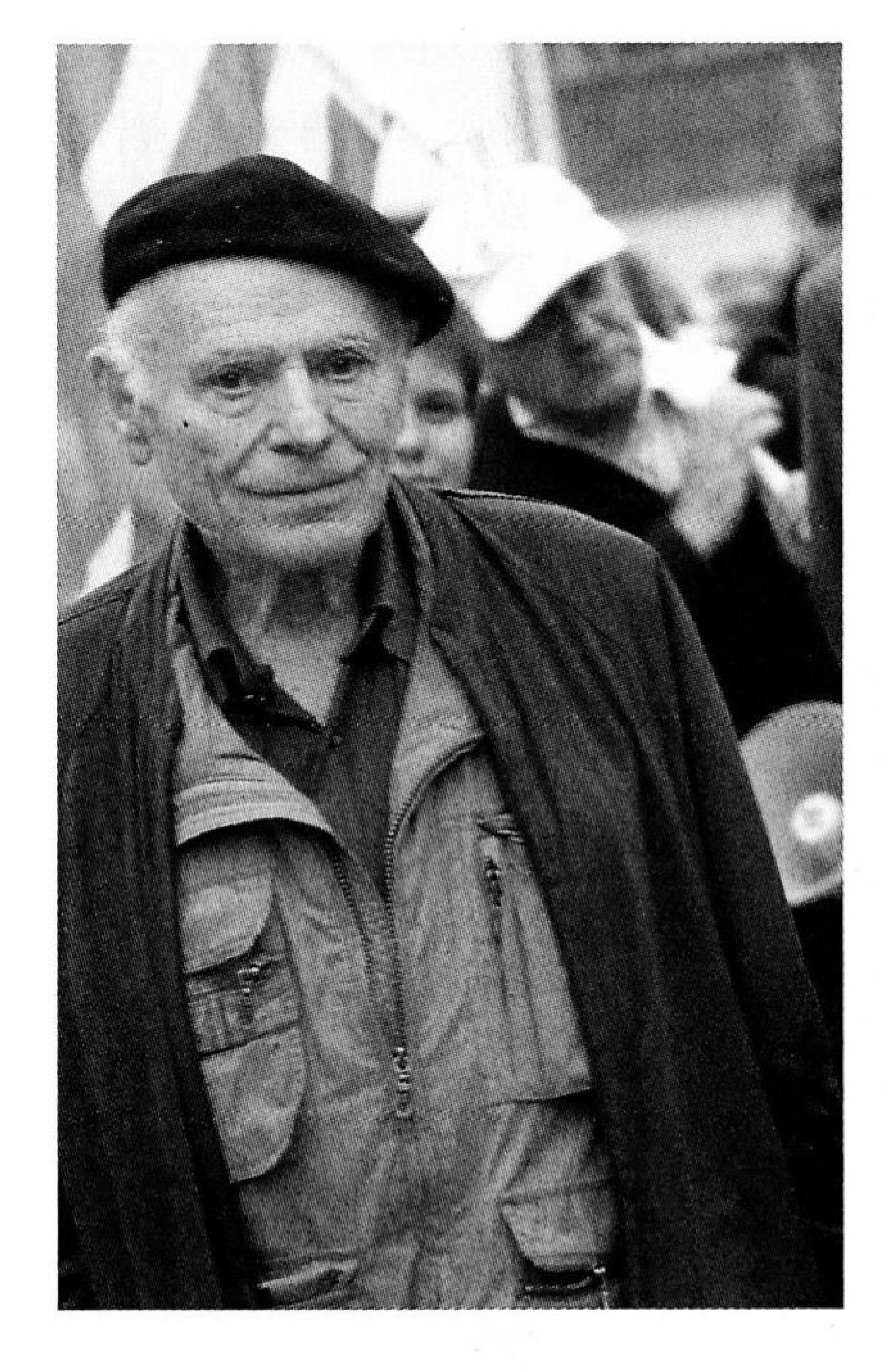
1| Das »Fin de siècle« (französisch »Ende des Jahrhunderts«) bezeichnet die Zeit von 1890 bis 1914 mit der konnotation der Dekadenz, die als Folge einer fruchtbaren Epoche (Bella Epoque) gesehen wird. Er ist Ausdruck der Befindlichkeit der kulturellen Szene vor dem Ersten Weltkrieg.
2| Zitiert nach der Homepage Sachsenpublizistik, gelesen am 11. Dezember 2006.
3| Sächsische Zeitung Hoyerswerda, Näher an der PDS als an der CDU. Interview. Sebastian Richter, Chef der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Hoyerswerda, über den Wandel der rechten Szene. 17. November 2006.
4| ebenda.



Peter Gingold

Ein Vorbild und Mutmacher ist gestorben

Peter Gingold, in Frankfurt in einem jüdischen Elternhaus groß geworden, Kommunist seit seinem 15. Lebensjahr, Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, Gewerkschafter und aktives Mitglied unter anderem im VVN/BdA, im Verband Deutscher in der Résistance (DRAFD) und im Auschwitzkomitee, ist mit 90 Jahren am 26. Oktober 2006 in Frankfurt gestorben.



Nicht nur für das AIB-Redaktionskollektiv, sondern für sehr viele jüngere und ältere AntifaschistInnen war Peter Gingold einer jener Widerstandskämpfer und Überlebenden der NS-Verfolgung, der trotz aller Unterschiede in der politischen Analyse durch seine Bereitschaft zur Auseinandersetzung, zum Diskutieren und Streiten, im gemeinsamen Engagement und Aktionen, durch seinen Humor, sein Lachen und die sehr persönliche und direkte Art, gerade auch auf Jüngere zuzugehen und sie anzusprechen, Vorbild und Mutmachender war.

Das zeigte sich auch noch im letzten Gespräch, das wir mit ihm anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung im Winter 2005 mit ihm führten. Ganz selbstverständlich lud Peter Gingold zu Tee und Gebäck in seine Frankfurter Wohnung ein, in der die vielen Bücher, Broschüren, das Faxgerät und der Computer deutlich machten, wie aktiv und eingebunden Peter Gingold trotz seines hohen Alters war: Sei es bei der Kampagne gegen die IG Farben, bei Demonstrationen gegen Neonazis oder gegen die NS-Traditionspflege der Gebirgsjäger in Mittenwald, bei Gewerkschaftsveranstaltungen oder antifaschistischen Seminaren. Dabei schien er kaum gealtert zu sein im Vergleich zu den Begegnungen und Veranstaltungen mit ihm Anfang und Mitte der 1990er Jahre; beispielsweise bei einer der ersten Anhörungen zur ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung 1995 in Berlin, als jegliche gesellschaftliche und politische Anerkennung noch undenkbar schien.

Peter Gingold gab trotz Verfolgung und vieler Niederlagen die Hoffnung auf eine bessere Realität und Gesellschaft nie auf. Dieser Optimismus hat ihn auch durch die Jahre der NS-Verfolgung nicht verlassen. Schon im Sommer 1933 musste Peter Gingold nach mehrwöchiger SA-Haft wegen seiner Aktivitäten im Widerstand nach Frankreich emigrieren. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs war er für die Résistance in der Travail Allemand (TA) aktiv. Zu seinen Aufgaben gehörte es, Kontakt zu NS-kritischen Wehrmachtssoldaten zu knüpfen und sie für eine Zusammenarbeit mit der Résistance zu gewinnen. Währenddessen wurden zwei seiner Geschwister nach Auschwitz deportiert. Nach seiner Verhaftung durch die Gestapo in Dijon im Februar 1943 wurde er wochenlang verhört und gefoltert. Trotzdem gelang es ihm im April 1943 zu fliehen und sich dann wieder der Résistance anschließen. Nachdem er gemeinsam mit seiner Ehefrau und Genossin Ettie 1945 nach Frankfurt zurückgekehrt war, verweigerte ihm die Bundesrepublik noch jahrelang die vom NS-Regime aberkannte deutsche Staatsangehörigkeit.

Doch danach gefragt, ob er jemals daran gedacht hatte, Deutschland zu verlassen, sagte Peter Gingold im Winter 2005: »Eigentlich nicht. Ich sage immer, ich hätte nicht zurückkehren können, wenn ich nicht wüsste, wie viel Widerstand es gegeben hat, auch wenn er nicht viel bewirkte. Aber den hat es gegeben. Und ich erlebe Menschen, die nicht das haben wollen, wie es sich entwickelt, die sich engagieren. Wenn es das nicht gäbe, dann hätte ich gesagt: `Dann verlasse ich dieses Land.´ Und dann sagte ich, dann musst du da bleiben, die brauchen dich auch. Wenn wir alle das Land verlassen, dann ist es den anderen nur ganz recht.«

Wir werden Peter Gingold vermissen. ■

»Kein Vergeben, kein Vergessen!«

Zum Umgang mit NS-Tätern zwischen Dokumentation und Aktion

Nach jedem Verfahren gegen NS-Verbrecher hieß es stets, nun seien keine größeren NS-Verfahren mehr zu erwarten. Das war so nach dem Urteil gegen Anton Malloth im Mai 2001, nach der Verfahrenseinstellung im Fall Herbertus Bikker im Februar 2002 und auch nach Ende des Verfahrens gegen Siegfried Engel im Mai 2004.[1] Kurz vor Weihnachten 2003 hatte der Leiter der Zentralen Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm dazu geäußert: »In drei bis fünf Jahren ist unsere Arbeit aller Voraussicht nach endgültig beendet.« Als Grund gab Schrimm an, die Verbrecher stürben, bevor man sie zur Rechenschaft ziehen könne.

Gegen das »tot-ermitteln«

Angesichts der Praxis der bundesdeutschen Justiz, gar nicht erst zu ermitteln, Ermittlungen zu verschleppen bis auch der letzte Angeklagte verstorben ist, sie aus Gründen des Alters oder weil die Taten nicht als Mord qualifizierbar seien einzustellen, kann man Schrimms Aussage nur so verstehen: Noch drei bis fünf Jahre müsse sich die deutsche Justiz mit dem Thema herumärgern, dann wäre dieses Kapitel deutscher Geschichte endlich abgeschlossen.

Abgesehen davon, dass NS-Verbrecher sich häufig eines erstaunlich hohen Alters erfreuen, haben seit einigen Jahren radikale Linke und AntifaschistInnen vereinzelt NS-Verfahren zum Anlass einer Auseinandersetzung mit den Tätern und ihren Verbrechen genommen, um solchen Prognosen scheitern zu lassen. Zum Beispiel begleiteten seit 1995 AntifaschistInnen aus dem Bergischen Land das juristische Hickhack um Herbertus Bikker[2], in Ostwestfalen kümmerten sie sich um Karl Friedrich Titho, dem Ex-Kommandant der Lager Fossoli und Bozen in Italien, statteten der Euthanasie-Ärztin Rosemarie Albrecht einen Besuch in Jena ab und in Hamburg wurden sie im Engel-Prozess aktiv. Seit einigen Jahren liefern ihnen vor allem die italienische Militärgerichte Ansatzpunkte für konkrete Auseinandersetzungen. Bei der Militärstaatsanwaltschaft Rom waren 1994 Akten über rund 700 Ermittlungsverfahren wegen von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen in Italien wiedergefunden wurden. Jahrzehntelang waren sie aus politischer Rücksicht auf den NATO-Partner BRD im »Schrank der Schande« versteckt worden. Da die meisten Kriegsverbrechen in Norditalien begangen wurden, sind vor allem die Militärstaatsanwaltschaften in Turin, Verona, Genua und La Spezia zuständig. Besonders in La Spezia stapeln sich Aktenberge aktueller Verfahren, die Staatsanwälte machen Überstunden, selbst an Samstagen wird verhandelt. In der BRD ermittelte die Ludwigsburger Zentralstelle Ende 2005 wegen 25 NS-Verbrechen in ganz Europa, mindestens 200 mögliche Verbrechen in Italien sind noch nicht untersucht. Bei der Staatsanwaltschaft München ist derzeit etwa ein Dutzend NS-Verfahren anhängig, in Dortmund sind es neun Ermittlungsverfahren allein wegen Italien. Weitere Verfahren sind unter anderem in Stuttgart anhängig, so dass es alles in allem noch über 50 Ermittlungsverfahren geben dürfte. Die Zahl der Beschuldigten geht in die Hunderte, da sich die Verfahren in der Regel gegen ganze Einheiten richten.

Staatsanwälte ohne Eile

Relativ weit bekannt wurde vor allem das Urteil gegen zehn ehemalige Angehörige der 16. SS-Panzergrenadier-Division »Reichsführer SS«. Wegen ihrer Beteiligung am Massaker in Sant'Anna di Stazzema (nahe Carrara/Norditalien), bei dem am 12. August 1944 560 Menschen ermordet worden waren, verurteilte sie das Mi-

1| Siehe AIB # 56: »Keine Befehlsgewalt«.

2| Herbertus Bikker alias »de Beul van Ommen« (»Der Henker von Ommen«) war ein niederländisches Mitglied der Waffen-SS. Bikker ist der Mörder des 1944 in den Niederlanden getöteten 27-jährigen Widerstandskämpfers Jan Houtman. Seinen Beinamen erhielt er auf Grund seines brutalen Verhaltens im Straf- und Arbeitslager Erika in Ommen (Niederlande). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er in den Niederlanden zum Tode verurteilt. 1952 gelang ihm jedoch die Flucht nach deutschland, wo er bis zum Jahre 1995 unbehelligt in hagen leben konnte. Ein Verfahren wurde 2004 wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit eingestellt.

➔

litärgericht La Spezia zu lebenslangen Haftstrafen. In der Bundesrepublik führt Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler aus Stuttgart die Ermittlungen. Das ist derselbe Staatsanwalt, der im Sommer 2006 mit unbändigem Verfolgungseifer gegen den Punkversand »Nix gut« wegen der Verbreitung durchgestrichener Hakenkreuze vorging. Stuttgarter Ermittler waren ständig im Prozess gegen die Mörder von Sant'Anna anwesend, sie kennen die Ermittlungsergebnisse und dennoch ermitteln und ermitteln sie, ohne zu einer Anklageerhebung zu gelangen. Inzwischen sind zwei der Beschuldigten gestorben. Antifaschistische Gruppen machten auf diesen faktischen Täterschutz der Stuttgarter Staatsanwaltschaft mit einem bundesweiten Sant'Anna-Aktionstag aufmerksam: Am 6. Mai 2006 besuchten sie die Verurteilten zu Hause oder im Altersheim, informierten Nachbarschaften und Öffentlichkeit. Die italienischen Urteile sind inzwischen rechtskräftig, so dass Italien mit Hilfe des Europäischen Haftbefehls eine Auslieferung der Verurteilten durchsetzen könnte; die Männer könnten auch von ihren Altersruhesitzen in ein deutsches Gefängnis wechseln und dort ihre Strafen verbüßen.

Ähnlich sieht es in anderen Verfahren aus: Am 3. November 2006 wurde Heinrich Nordhorn aus Greven bei Münster zu lebenslanger Haft und Schadensersatzzahlungen verurteilt. Nordhorn war als Angehöriger der Stabskompanie der Schweren Heeres-Panzerjägerabteilung 525 für die Ermordung von insgesamt 10 Menschen in den Dörfern Branzolino und San Tomé (bei Forli/Emilia-Romagna) im September 1944 verantwortlich. Als Rache für einen Partisanenangriff wurden zehn Geiseln aus dem Gefängnis Forli geholt, in die Dörfer gebracht und dort erhängt. Die Bevölkerung wurde gezwungen, sich an der Erhängung zu beteiligen. Unter den Ermordeten befanden sich auch zwei jüdische Männer. Die Staatsanwaltschaft Dortmund ermittelt gegen den 86-jährigen Bauunternehmer, der sich zu Verwandten auf einen einsam gelegenen Bauernhof außerhalb von Greven zurückgezogen hat. Auch die Dortmunder Staatsanwälte waren häufig in La Spezia anwesend. Trotz der dort vorgelegten Beweise prüft und prüft und prüft sie, ob Nordhorn tatsächlich bei den Hinrichtungen anwesend und ob das Mordmerkmal »Grausamkeit« gegeben sei.

Ein weiteres Ermittlungsverfahren der Dortmunder Staatsanwaltschaft richtet sich gegen den ehemaligen Major Herbert Stommel (88) und den Unteroffizier Josef Scheungraber. Sie wurden am 27. September 2006 wegen eines Massakers in Falzano di Cortona (bei Arezzo) in Abwesenheit zu lebenslanger Haft und Schadensersatz verurteilt. Die Männer gehörten dem Gebirgs-Pionier-Bataillon 818 an. Aus Rache für einen Angriff von Partisanen trieben die Deutschen am 27. Juni 1944 14 Bewohner des Ortes zusammen, sperrten sie in ein Haus und sprengten es mitsamt den Eingeschlossenen in die Luft. Stommel war Kommandant des Bataillons, Scheungraber Kompaniechef. Wohl nicht zu Unrecht vermuten die italienischen Staatsanwälte, dass die beiden ihre Strafen niemals verbüßen müssen.

Der Kameradenkreis Gebirgstruppe

Scheungraber lebt in Ottobrunn bei München, er wird von Gerhart Klamert verteidigt, der Mitglied des »Kameradenkreises der Gebirgstruppe e.V.« ist. In dessen Mitgliedszeitschrift Die Gebirgstruppe hat Klamert immer wieder revisionistische Gedanken über den Vernichtungskrieg vertreten, zum Beispiel auch über die Ermordung Tausender italienischer Kriegsgefangener auf der Insel Kephallonia im September 1943. Ermittlungen zur juristischen Ahndung dieses Verbrechens wurden in den 1960er Jahren eingestellt, vor vier Jahren aber gegen etwa 400 noch lebende Angehörige der Gebirgstruppe wieder aufgenommen. Ein Verfahren gegen zwei deutsche Offiziere wegen der Ermordung von 13 italienischen Offizieren wurde abgetrennt; einer der Beschuldigten ist inzwischen verstorben, das Verfahren gegen den übrig gebliebenen Otmar Mühlhauser aus Dillingen im Juli 2006 eingestellt. Die Einstellungsverfügung von Oberstaatsanwalt August Stern löste in Italien große Empörung aus, da er die Liquidierung der entwaffneten Offiziere lediglich als Totschlag statt Mord qualifizierte, denn, so die Einstellungsverfügung: »Italienische Streitkräfte waren keine normalen Kriegsgefangenen. Aus Verbündeten wurden sie zu heftig kämpfenden Gegnern und damit im Sprachgebrauch des Militärs zu ‚Verrätern'. Damit liegt der Fall nicht wesentlich anders als wenn Teile der deutschen Truppe desertiert und sich dem Feind angeschlossen hätten. Eine daran anschließende Hinrichtung wäre wohl ebenfalls nicht als Tötung aus niedrigen Beweggründen im Sinne von § 211 StGB anzusehen.« Juristisch ist hier das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn Angehörige der ermordeten Soldaten bemühen sich um eine Wiederaufnahme. AntifaschistInnen veranstalteten gemeinsam mit Angehörigen der Ermordeten, Partisanenverbänden und Politikern aus Italien am 8. Dezember 2006 eine Kundgebung vor der Münchener Staatsanwaltschaft, um gegen die Verfahrenseinstellung zu protestieren. Die Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des Gebirgsjägerregiments 98 und des Gebirgsartillerieregiments 54, die im »Kameradenkreis der Gebirgstruppe« organisiert sind, werden in Dortmund weitergeführt.

Dokumentation und Aktion

Das Massaker auf Kephallonia wurde bei den sogenannten Pfingst-Protesten des Arbeitskreis »Angreifbare Traditionspflege« in Mittenwald regelmäßig thematisiert. Der AK wurde auch im Fall eines weiteren Massakers deutscher Gebirgstruppen aktiv: Er



[1]

[1] Demonstration gegen den ehemaligen Waffen-SS Angehörigen Herbertus Bikker am 4. November 1995 in Hagen.

übergab der Staatsanwaltschaft die Namen von fast 200 Gebirgssoldaten, die an dem Massaker im nordgriechischen Kommeno beteiligt waren. Sie töteten dort 317 Menschen und schändeten die Leichen Ermordeter. Die vor kurzem skandalisierten Schädelfotos, die Mittenwalder Gebirgsjäger in Afghanistan aufgenommen hatten, erinnern augenfällig an dieses Verbrechen. Sie illustrieren den engen Zusammenhang von elitärem bewaffneten Männerbund und sexualisierter Gewalt, der im Übrigen auch in der linken und antifaschistischen Szene relativ selten thematisiert wird.

Am 10. Oktober 2006 wurde Ex-Unteroffizier Max Josef Milde, der in Bremen wohnt, in La Spezia verurteilt. Er gehörte der »Fallschirm-Panzer-Division Hermann Göring« an und erhielt eine lebenslange Haftstrafe, weil er an einem Massaker am 29. Juni 1944 in Civitella, Cornia und San Pancrazio (Toskana) beteiligt war. 207 Menschen wurden mit Genickschüssen aus Rache für die Tötung von zwei Fallschirmjägern durch Partisanen getötet. Die BRD wurde in diesem Verfahren zu Solidarhaftung verurteilt. Das bedeutet, dass der deutsche Staat gemeinsam mit Max Josef Milde gesamtschuldnerisch mindestens 780000 Euro an neun (Neben-)Kläger zahlen muss. Es ist das erste Mal, dass solch ein Urteil gegen den deutschen Staat in Italien erging. Welche Auswirkungen dieses Urteil haben wird, ist noch nicht abzusehen.

Auf das Konzept von »Dokumentation und Aktion« des AK Angreifbare Traditionspflege gehen auch Vorermittlungen der Ludwigsburger Zentralstelle gegen Angehörige des SS-Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18 zurück. Der AK präsentierte im Jahr 2005 bei seinen Protesten in Mittenwald seine historischen Forschungsergebnisse, die dem Regiment unter anderem die Beteiligung an der Deportation der Athener Juden nach Auschwitz nachwiesen. Das Simon-Wiesental-Center griff das auf und veranlasste die Einleitung des Ermittlungsverfahrens.

Aussicht auf einen Prozess gibt es im Fall des Holländers Heinrich Boere (85) nicht mehr. 1983 stellte die Dortmunder Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den NS-Killer ein. In Holland wurde der Mann, der ein Todesschwadron der Waffen-SS namens »Silbertanne« angehört und niederländische NS-Gegner liquidiert hatte, zu lebenslanger Haft verurteilt. Er brachte sich jedoch rechtzeitig in der BRD in Sicherheit und lebt nun in der Seniorenresidenz »Pro Seniore« im grenznahen Eschweiler bei Aachen. Da alle Mitglieder der Waffen-SS als besonderen Service des SS-Reichsführers Heinrich Himmler die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, liefert die Bundesrepublik den Mann nicht aus. AntifaschistInnen brachten ihm am am 29. Oktober 2006 ein »Ständchen« und informierten seine Umwelt mittels Flugblättern.

Ausblick

Boere und andere in ihren Geburtsländern verurteilte Nazis müssen seit August 2006 nun doch noch einmal zittern, denn seitdem ist der Europäische Haftbefehl in Kraft. Er könnte dazu führen, dass sich die täterschutz-orientierte bundesrepublikanische Justiz nun noch einmal neu mit den NS-Verbrechern beschäftigen muss. Da vor allem in Italien weitere Urteile zu erwarten sind, gibt es für antifaschistische Auseinandersetzungen mit diesem – lange Zeit der VVN/BdA und Einzelpersonen wie dem Ehepaar Klarsfeld überlassenen – Thema genügend weitere Anlässe. Die antifaschistische und radikale Linke sollte dabei eine Praxis vermeiden, die lediglich der Justiz zuarbeitet und sich in ihren Forderungen in einen nicht eingelösten Glauben an bürgerlich-demokratische Normen verstrickt. Die historischen, tagespolitisch-aktuellen wie auch erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen über den Umgang mit nationalsozialistischen Verbrechen und den konkreten Tätern sind natürlich keine rein juristischen und AntifaschistInnen sind somit gut beraten, sich dieser Auseinandersetzungen auch jenseits der Gerichte anzunehmen. ■

Aussteiger, Rückzieher, Aufhörer, Austreter ...

Zum komplizierten Umgang von AntifaschistInnen mit »AussteigerInnen«

Im AussteigerInnen-Business sind vor allem der Verfassungsschutz oder ihm nahe stehende Projekte involviert. Manchmal auch JournalistInnen auf der Jagd nach einer guten Story und hin und wieder antifaschistische Projekte. Der Unterschied zwischen diesen Gruppen liegt darin, ab wann ein »Ausstieg« als glaubwürdig angesehen wird.

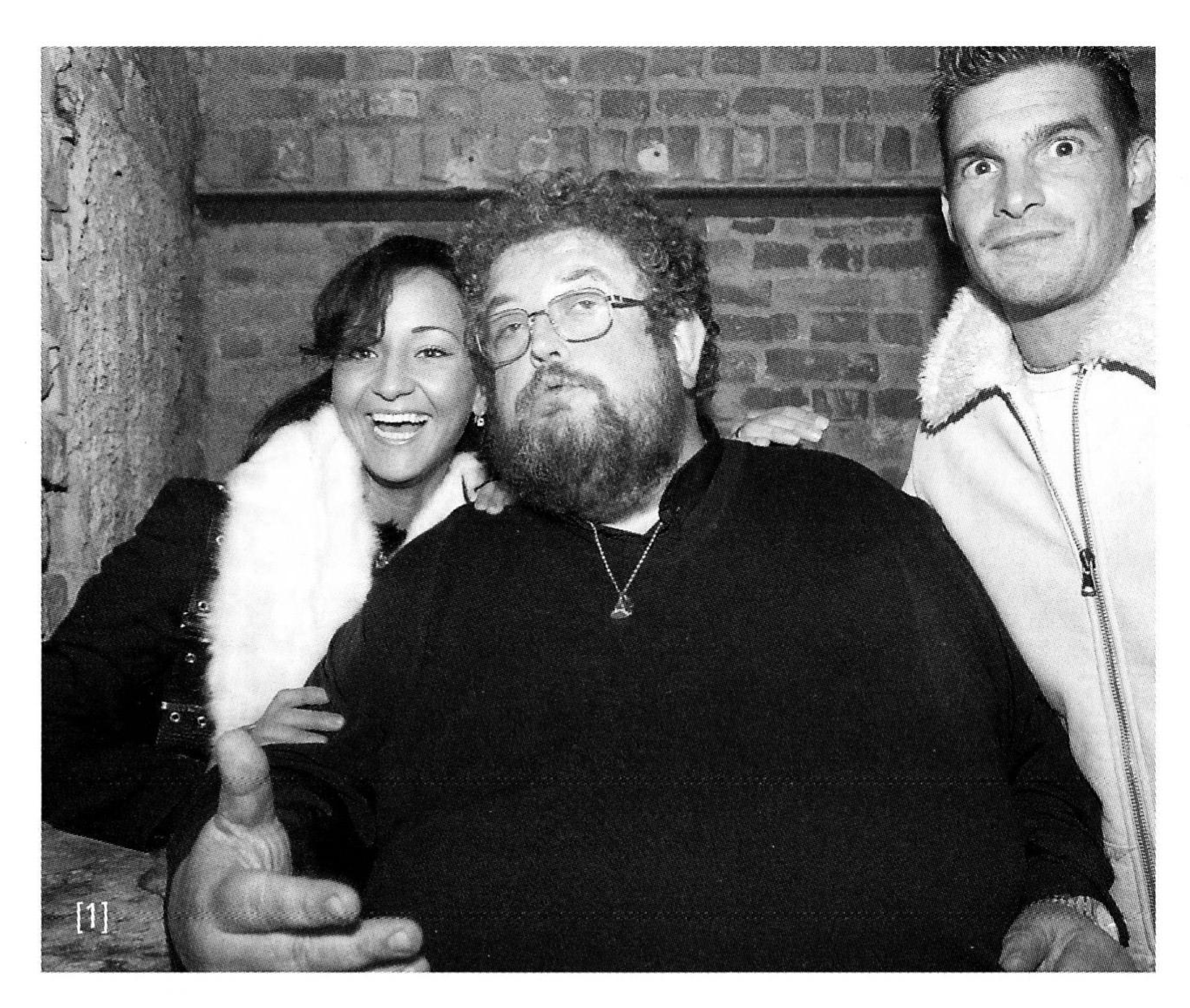
Während für den Verfassungschutz und die Presse das primäre Kriterium meist die Loslösung von der Neonazi-Szene ist, bestehen AntifaschistInnen auf eine konsequente ideologische Umorientierung. So nahm das AIB Ende 1997 den »Ausstieg« des ehemaligen FAP-Funktionärs Norbert Weidner aus Bonn zum Anlass, um der Frage nachzugehen, wie AntifaschistInnen mit der wachsenden Zahl von AussteigerInnen umgehen sollten und welche Kriterien hierfür anzusetzen sind. Nach nunmehr zehn Jahren ist Norbert Weidner Pressesprecher der »Deutschen Burschenschaft« und das Thema »AussteigerInnen« immer noch aktuell.

Es gibt viele Gründe für Neonazis ihre Szene zu verlassen: Privater Ärger mit den »Kameraden«, Resignation, eine drohende Verurteilung vor Gericht, ein neuer Lebensabschnitt, andere Interessen, ein(e) neue(r) Lebensgefährte/Lebensgefährtin, Existenzangst, Heirat, eigene Kinder und etliches mehr. Viele verlassen still und unauffällig die politische Bühne und verschwinden ins Privatleben. Andere sprechen öffentlich von einem »Ausstieg«, da sie sich davon Vorteile vor Gericht versprechen oder von AntifaschistInnen ungestört ihren Geschäften und Interessen nachgehen wollen. Von einem »Ausstieg« kann hier kaum gesprochen werden, maximal von einem Austritt, von Rückzug oder einem Aufhören.

Aussteigen ist nicht Aufhören

(Ehemalige) Neonazis haben sich irgendwann als Individuen aufgrund ihrer eigenen, freiwilligen und bewußten Entscheidung dazu entschlossen, eine rassistische, antisemitische und neonazistische Politik zu betreiben. Genau das ist die Legitimationsgrundlage von AntifaschistInnen sie politisch wie auch persönlich dafür »haftbar« zu machen. Selbstverständlich sind Menschen veränderbar – ein »Gütesiegel« durch einen Ausstieg mit dieser Entscheidung konsequent gebrochen zu haben sollte jedoch von AntifaschistInnen nicht leichtfertig vergeben werden. Aus Sicht vieler AntifaschistInnen scheint es eine Art Selbstverständlichkeit zu sein, dass jemand früher oder später mit einer menschenverachtenden Weltsicht brechen will. Doch eben genau dieser nachvollziehbare Bruch muss als das notwendige Kriterium im Vordergrund stehen, um einen Ausstieg zu einem Ausstieg zu machen. Für andere Formen des Rückzuges aus der Neonazi-Szene sind andere Begrifflichkeiten zu verwenden (Abtauchen, Austritt, Rückzug, Aufhören).

Ein Ausstieg muss davon gekennzeichnet sein, dass die betroffene Person von sich aus ihre Ideologie als in allen Punkten falsch, menschenverachtend und nicht mehr länger vertretbar erkennt. Die ideologische Grundeinstellung muss als Hauptproblem angesehen werden, nicht deren Ausdruck, Glaubwürdigkeit oder Aktionsform. Es sollte davon ausgegangen werden, dass AussteigerInnen nicht von heute auf morgen ihre gesamten Überzeugungen über Bord werfen können. Ein Ausstieg bedeutet also, einen langen und schwierigen Prozess einer ideologischen Entwicklung durchzumachen, an dessen Ende nur die Konsequenz bleibt, sich selbstverständlich und konsequent gegen seine ehemaligen »Kameraden« zu stellen. Hierzu zählt auch offen Position gegen die extreme Rechte zu beziehen, eine Auseinandersetzung über begangene Taten zu suchen und Wissen über die Neonazi-Szene antifaschistischen Initiativen zur Verfügung zu stellen.



[1] Der »Ausstieg« als Show: Der ehemaliger Herausgeber der Rechtsrock-Zeitschrift »Rock Nord« Torsten Lemmer (rechts) bei der Premiere des Filmes »Hamlet - this is your family« über das Aussteiger-Theaterprojekt »Naziline.com«.

Erst die kompetente Auswertung solcher Informationen und eine ernsthafte Auseinandersetzung über neonazistische Ideologie bietet für AntifaschistInnen eine Grundlage, auf der eine erste Einschätzung über die Glaubwürdigkeit eines Ausstiegs getroffen werden kann. Je länger die Person in der Neonazi-Szene war und je höher sie in der Hierachie tätig war, um so kritischer sollten die Motive der Person für den Ausstieg geprüft werden. Bei Funktionsträgern sollte noch mehr als bei Mitläufern darauf geachtet werden, daß sie sich im Laufe des Ausstiegs-Prozeßes den Weg zurück zu ihren alten Neoazistrukturen und zurück zu den ehemaligen Weggefährten endgültig und nachweisbar verbauen. Dieses Verbauen muss aus eigenem Interesse und selbst gewollt erfolgen. Nicht immer bedeutet das auch, dass alles was ein Aussteiger berichtet, automatisch der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden muss. Wichtig ist es Mittel und Wege zu finden, mit denen ein Aussteiger seine Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen kann. Die Bedingungen wie der Prozess eines Ausstieges in Zusammenarbeit mit AntifaschistInnen zu verlaufen hat kann selbstverständlich nicht der (ehemalige) Neonazi-Kader festlegen.

Nötige Grundsätze

Gerade bei einem »Ausstieg« von Neonazis über die linke Szene müssen bestimmte Grundsätze klar und garantiert sein. Hierzu zählen die Transparenz und Glaubwürdigkeit der Ausstiegsgründe, die Notwendigkeit des Begreifens um der vormals vertretenen Ideologie und die nachvollziehbare Veränderung dieser, sowie das Verbauen des Rückwegs, zum Beispiel durch das Offenlegen neonazistischer Strukturen an antifaschistische Projekte, die in der Lage sind entsprechende Angaben einzuschätzen. Auch für die beteiligten Personen gelten hierbei bestimmte Rahmenbedingungen, welche das Antifaschistische Infoblatt bereits 1997 einforderte: »Die Person(en), die einen Aussteiger direkt betreuen, müssen bereit sein, sich dabei kontrollieren zu lassen; sie sollten sich mit einem größeren Zusammenhang koordinieren und kurzschließen und sich dabei auch zugestehen können, daß über einen persönlichen Kontakt zu dem Aussteiger/der Aussteigerin die notwendige Distanz verloren geht. Das gilt insbesondere, wenn der Kontakt den Charakter einer Freundschaft annimmt. Solange ein Aussteiger/eine Aussteigerin nicht öffentlich und unumkehrbar mit seinen/ihren Nazizusammenhängen und mit der entsprechenden Ideologie gebrochen hat, kann es keine Gründe für persönliche Freundschaften geben (...) Wenn Unsicherheit über den richtigen Umgang mit einem Aussteiger/einer Aussteigerin besteht, ist es in jedem Fall besser, sich an Menschen und Zusammenhänge mit Erfahrungen in diesem Bereich zu wenden, als spontan und unüberlegt draufloszumachen«.[1]

Keine falsche Eile

Am Ende eines langen Prozesses steht wohlmöglich ein Ausstieg – ein Freifahrtschein, um in antifaschistischen Strukturen mit mischen zu können ist für den Aussteiger damit noch nicht automatisch erreicht. Wenn sich ein Aussteiger von einem Moment zum nächsten als geläuterter Antifaschist präsentiert, ist in jedem Fall Mißtrauen angebracht. Hier sollte in jedem Fall doppellt genau nach der Glaubwürdigkeit des Ausstieges und der offengelegten Legende geschaut werden. Für einen Sinneswandel vom Faschisten zum Antifaschisten ist ein wesentlich längerer Zeitraum und ein erhebliches Maß an Selbstreflektion als Maßstab anzulegen.

Bei einer Anfrage nach einer direkten Aufnahme in antifaschistische Zusammenhänge ist allergrößte Sorgfalt geboten. Bedacht werden sollte hierbei auch, daß ein scheinbar einfacherer und problemloser Wechsel in kürzester Zeit von »ganz Rechts« nach »ganz Links« eine fatale Auswirkung auf die politische Glaubwürdigkeit der antifaschistischen Bewegungen haben könnte. Außerdem bieten solche Übertritte natürlich auch den konservativen und rechten Vertretern der Totalitarismustheorie und der sogenannten »Hufeisentheorie«[2] neue Argumente. ■

1| Siehe AIB # 41, November / Dezember 1997. Familie gründen, Techno hören – und das wars? Einige Eckpunkte zum Umgang mit Neonazi-Aussteigern.

2| Der stark vereinfachte Deutungsansatz des Hufeisenschemas besteht darin, die politische Landschaft nicht als gerade links und rechts immer weiter auseinanderlaufenden Linien, sondern als offenen Kreis (Hufeisen) zu sehen. Durch diese Darstellung soll zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die beiden Ränder (»Extreme«) näher seien, als es der jeweilige Rand zur (gesellschaftlichen) Mitte sei.

»Diese verdammte Ohnmacht«

In Koblenz oder Schwante: Die Polizei beendet Kirchenasyle – mit Folgen für die Akteure

Und wo bleiben die Polizisten mit ihren seelischen Nöten, wenn sie einen Menschen abschieben müssen?« Johannes Kölbel, den jungenhaft wirkenden Pfarrer aus dem brandenburgischen Schwante, hat diese Frage bewegt. Lange Jahre in der Ausländerarbeit engagiert und als guter Seelsorger bekannt, wollte er sich »auf den schmalen Grat begeben und auf die andere Seite gehen«.

Gastbeitrag von Bettina Röder

Der Artikel erschien erstmals in der Zeitschrift Publik Forum Nr. 23 und der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags. Publik Forum erscheint vier mal jährlich und ist zu beziehen unter:

Publik Forum
Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 2010
61410 Oberursel
www.publik-forum.de

Das hatte der in der solidarischen Kirche engagierte Theologe in der Friedensarbeit der Kirchen in der DDR gelernt: Dass diese Welt nur dann menschenwürdiger, sprich: friedlicher wird, wenn man versucht, sich in die andere Seite zu versetzen. Wenn man also auch um ihre Nöte und Probleme weiß. Und so bewarb er sich Anfang diesen Jahres um eine bei der Bundespolizei ausgeschriebene Stelle als Spezialseelsorger. »Wir kennen keinen Besseren«, lautete die ausdrückliche Empfehlung von Eduard Berger, dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für die Seelsorge in der Bundespolizei.

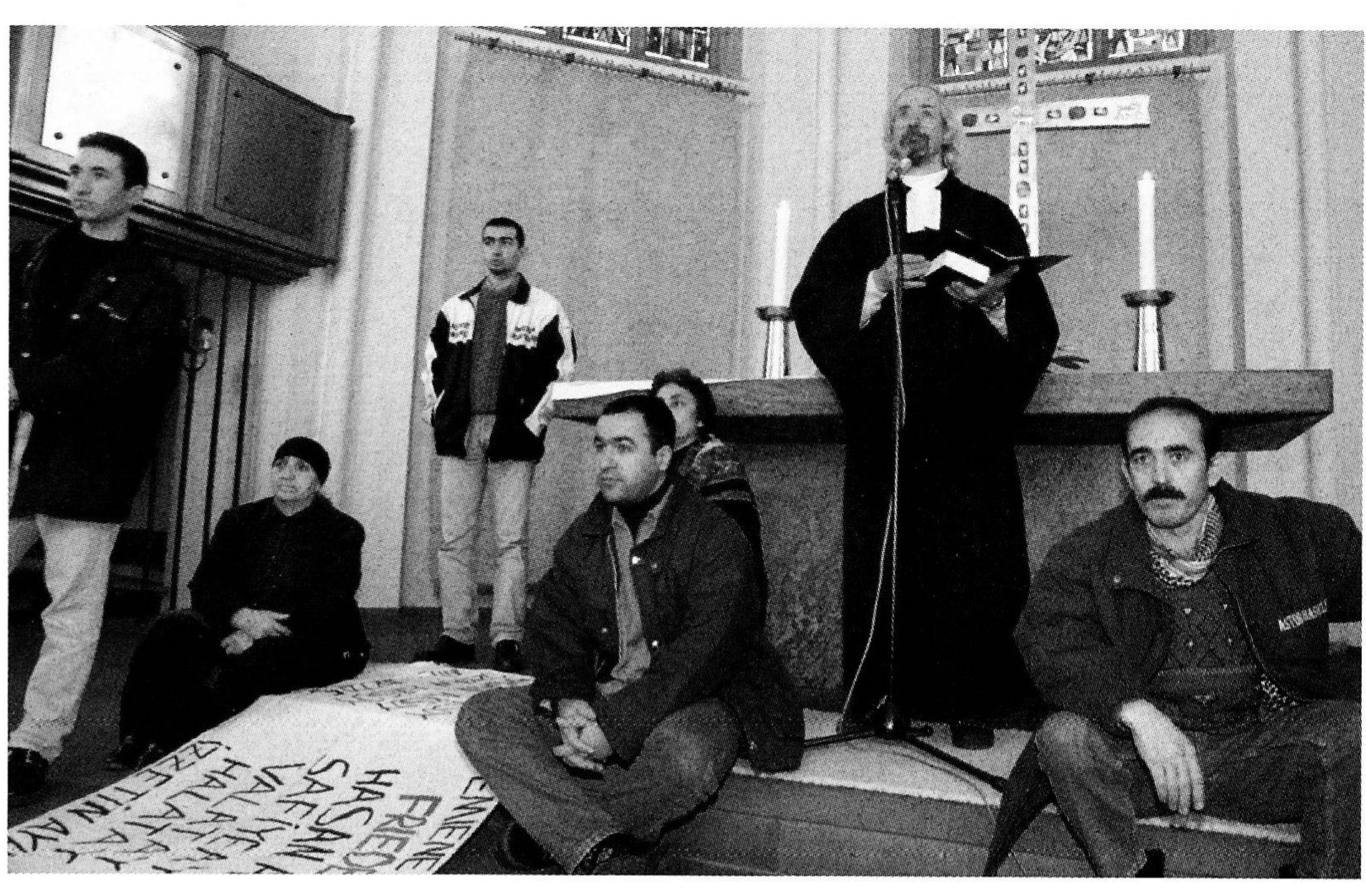
Doch es sollte anders kommen. Das Datum hat sich Johannes Kölbel gemerkt. Es war der 16. Juni 2006. Da wurde Eduard Berger nebst dem zuständigen Militärdekan ins Bundesinnenministerium einbestellt. Und die Herren dort teilten mit, dass sie »ein riesiges Problem« mit dem Personalvorschlag der Kirche hätten. Mit anderen Worten: Das Innenministerium wollte entscheiden, wer ein guter Seelsorger ist. Johannes Kölbel jedenfalls sollte keiner sein. Der Hintergrund: Die Kirche von Schwante, in der er seit 15 Jahren Pfarrer ist, hatte vor drei Jahren dem vietnamesischen Familienvater Ha und seinem fünfjährigen Sohn Kirchenasyl gewährt. Das machte bundesweit Schlagzeilen, weil es erstmals in Deutschland durch eine Polizeidurchsuchung in kirchlichen Räumen gebrochen wurde. Und drei Jahre später bekam Johannes Kölbel keine Chance, sich selbst im Innenministerium vorzustellen und sich zu verteidigen. Auch weil die Kirche nicht widersprach. Dabei war der Vorwurf ebenso absurd wie abenteuerlich: Es sei kein richtiges Kirchenasyl gewesen, weil die Gemeinde nicht beteiligt war, hieß es.

Das Gegenteil war der Fall. »Der gesamte Gemeindekirchenrat stand hinter dem Kirchenasyl«, sagt Simone Tetzlaff, Referentin für Flüchtlinge im Kirchenkreis Oranienburg. Sie hat das von Anfang an begleitet. Alle von der EKD bestimmten Richtlinien wurden eingehalten, die Landeskirche wie auch der Landkreis laufend informiert. Jeder Schritt fand in enger Abstimmung mit der Gemeinde statt. Dass die zuständigen kirchlichen Verbindungsleute der EKD nach den Vorwürfen gegen Kölbel vonseiten des Bundesinnenministeriums nicht selbst nachgefragt, vor allem aber die Betroffenen nicht angehört haben, findet sie den eigentlichen Skandal. »Die haben eins zu eins ohne Rückfrage die falsche Behauptung des Innenministeriums übernommen. Auf welcher Grundlage läuft da eigentlich die Zusammenarbeit?«, fragt sie sich. Das alles zeige, dass sie in der Ausländerarbeit auch an so wichtigen Stellen wie derjenigen des Seelsorgers für den Polizeischutz keine kritischen, wachen Geister wie Johannes Kölbel haben wollen. Aber welche Rolle bitteschön, sagt sie, spielt da eigentlich Kirche?

Teilerfolge

Wie dringend allerdings genau diese Menschen gebraucht werden, zeigt ihr gerade das Kirchenasyl für Herrn Ha und seinen kleinen Sohn. Es hat ihnen möglicherweise das Leben gerettet, auf alle Fälle viel Not erspart. Die Familie wäre längst auseinandergerissen, ein Teil in Vietnam. Nun ist sie auf der sicheren Seite. Denn Herr Ha, sein Sohn und seine Frau, die durch die Probleme nervenkrank geworden war, leben und arbeiten nun in Hennigsdorf und fallen unter das neue Bleiberecht. Der Preis dafür war hoch. Damals durchsuchte die Polizei in den frühen Morgenstunden die Wohnung des Pfarrers einschließlich des Schlafzimmers, in dem Kölbels Frau krank im Bett lag. Es war einen Tag vor dem Abschiebetermin des vietnamesischen Vaters Huan Ha und seines fünfjährigen Sohnes Minh. Gerettet hat die beiden, dass sie nicht zu Hause waren. Wie auch ein sofort anberaumtes Gespräch zwischen Landesregierung und evangelischer Kirche. Johannes Köl-

bel, der immer auf Dialog mit den zuständigen Behörden gesetzt hatte, hatte es mit initiiert, Bischof Wolfgang Huber, so sagt er heute, eine wichtige Rolle gespielt.



Kirchenasyl ist Zeitaufschub

Dabei ist das Kirchenasyl für Johannes Kölbel wie für den Bischof und andere Amtskollegen, die darauf zurückgreifen, alles andere als ein Rechtsbruch. Und zwar besonders dann nicht, wenn es sich – wie im Fall Schwante – an die dazu von der evangelischen Kirche herausgegebenen Richtlinien hält. »Kirchenasyl«, sagt der Berliner Pfarrer Jürgen Quandt, »ist ja nichts anderes als ein Zeitaufschub, damit alle in Betracht kommenden rechtlichen, sozialen und humanitären Gesichtspunkte geprüft werden können.« Im Klartext: Es ist eine Christenpflicht. Quandt, als Gründer der Kirchenasylbewegung mit dem Georg-Elsner-Preis ausgezeichnet, hat viele Menschen als Seelsorger begleitet.

Dass das Kirchenasyl für die Unversehrtheit von Menschen unabdinglich ist, dazu sprechen die Zahlen Bände. Im letzten Jahr wurden bundesweit 24 Kirchenasyle beendet. Immerhin 21 davon waren erfolgreich. Das heißt, die Prüfung hatte ergeben, dass eine Abschiebung gegen die hierzulande geltenden Grundrechte verstoßen hätte. Insgesamt gewährten 32 evangelische Gemeinden, drei katholische und drei freikirchliche wie ökumenische Netzwerke 122 Menschen Zuflucht, darunter 62 Kinder und Jugendliche. Einigen davon bis heute.

Für die kurdische Familie Yildrim aus Koblenz allerdings war alles zu spät. Die beiden Eltern und die zehn, sieben und fünf Jahre alten Kinder, allesamt in Deutschland geboren, wären unter die neuen Bleiberechtsregeln gefallen. Zumal der Initiativkreis der Gemeinde für den Vater in einem nahegelegenen Kloster eine Arbeitsstelle gefunden hatte. Ihre Bitte an die Ausländerbehörde, die für den 10. Oktober anberaumte Abschiebung bis zur Innenministerkonferenz auszusetzen, um deren Entscheidungen noch berücksichtigen zu können, fand kein Gehör. Also entschieden sich Pfarrer und Gemeinde fürs aufschiebende Kirchenasyl. Doch am Reformationstag um 6.30 Uhr umstellte die Polizei die Kirche, nachdem sie das katholische Pfarrhaus durchsucht hatte. Dem Pfarrer drohte man an, die Kirchentüren aufzubrechen, falls er Widerstand leistete. Über der Sakristei schlief die Familie. Der Seelsorger »durfte« sie allein wecken, ihnen die Unglücksbotschaft überbringen. Dann holte das Polizeikommando – etwa 30 Beamte waren im Einsatz – die wehrlose Familie aus dem kleinen Schutzraum, in dem sie notdürftig kampierte. Eltern und Kinder wurden in die bereitstehenden Polizeiautos gebracht.

Jürgen Rathmann vom Koblenzer Unterstützerkreis vergisst die Bilder von diesem frühen Morgen nie: verzweifelte Kindergesichter hinter vergitterten Polizeiautofenstern, die Frau, die sich verzweifelt mit ihrem Schal an eines der Autos angebunden hatte. Und vor allem: »Niemand konnte Auf Wiedersehen sagen.« Gegen 8.30 Uhr war die Aktion beendet, um 13 Uhr saß die Familie im Flugzeug in die Türkei. Dort wurde Ali Yildrim, der Vater, noch auf dem Flughafen verhaftet und anschließend gefoltert. Der gelernte Bauer war aus der Türkei geflohen, weil er sich geweigert hatte, in seinem Dorf als Dorfschützer eingesetzt zu werden. Eine Art türkischer Staatssicherheitsmann, der seine kurdischen Landsleute überwachen sollte. Für die Ausreise aus Deutschland hatte man ihm 10 000 Euro geboten. »Ich verkaufe meine Ehre nicht«, hatte er gesagt. Nun steht sein Leben auf dem Spiel. Er ist vor dem Strafgericht Diyarbakir, dem berüchtigtsten in der Türkei, angeklagt. Der Initiativkreis hat zu Menschenrechtsorganisationen Verbindung aufgenommen, um ihm zu helfen. Die Mutter ist mit den Kindern bei der Großmutter untergebracht; in diesen Tagen werden die Kinder eingeschult, ohne die türkische Sprache zu beherrschen. »Gelebt habe ich noch nie«, hat die Frau einmal zu Rathmann gesagt. Immerhin, der Trierer Bischof Reinhard Marx hat sich inzwischen mit der Familie solidarisiert. Aber ansonsten, so der langjährige Siemens-Mitarbeiter Rathman, fehle die breite Unterstützung durch die Kirche für all das. »Diese verdammte Ohnmacht«, fügt er hinzu. ■



NS-Verbrecher und Staatssicherheit

Ein Gespräch mit Henry Leide über die geheime Vergangenheitspolitik der DDR

Henry Leide (Jg. 1965) ist Sachbearbeiter für Forschungsanträge und Politische Bildung in der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.
Sein Buch „NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR" erschien im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

AIB: In Ihrem Buch beschreiben Sie die Einflussnahme des MfS auf die juristische Verfolgung von NS-Verbrechen und ihre politisch-ideologische Indienstnahme im kalten Krieg durch die DDR. Können Sie das an einem konkreten Beispiel veranschaulichen?

Leyde: Als eines von vielen Beispielen schildere ich in meiner Studie auch den Fall des ehemaligen SS-Obersturmführer Heinz Barth (Jg. 1920). Bei einer Routineüberprüfung war das MfS im eigenen NS-Archiv Ende 1976 auf die Personalakte Barths aus seiner Zeit bei der Ordnungspolizei und bei der Waffen-SS gestoßen. Sie hatte seit 1954 in den Beständen des MfS gelegen. Nach ersten Recherchen hatte man unter anderem festgestellt, dass Barth im Juni 1944 jener Kompanie der SS-Division »Das Reich« angehörte, die für das Massaker in der französischen Ortschaft Oradour-sur-Glane verantwortlich war. Zudem fanden die Fahnder des MfS heraus, das Barth bis dato unbehelligt in seiner brandenburgischen Heimatstadt lebte. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens kann ich in meiner Studie belegen, dass die beteiligten DDR-Instanzen dennoch ein Rechtshilfeersuchen an die französische Justiz aus rechtsfremden, das heisst politischen Gründen mehrere Jahre lang verzögerten. Für das MfS selbst war die Instrumentalisierung, wodurch Rechtshilfeersuchen ihrer eigentlichen Funktion beraubt wurden, eine Selbstverständlichkeit. Eine Mitarbeiterin der zuständigen Fachabteilung (HA IX/11) des MfS schrieb in ihrer Fachschularbeit mit direktem Bezug auf diesen Fall:

»Hier kommt ganz deutlich zum Ausdruck, dass Rechtshilfe nicht nur die Sicherung von Beweismitteln zum Ziel hat, sondern auch die Politik von Partei und Regierung wirksam unterstützt. Deshalb muss Bestandteil der politisch-operativen Absicherung immer sein, dass man sich vor Übersendung eines Rechtshilfeersuchens an ein nichtsozialistisches Land Klarheit darüber verschafft, wie die Gegenseite möglicherweise reagiert. Erst nach Abwägung aller für und aller gegen das Ersuchen um

Rechtshilfe sprechenden Gründe darf eine Entscheidung, mit der jederzeit die sicherheitspolitischen Interessen der DDR gewahrt bleiben müssen, getroffen werden«. Zur Erläuterung fügte sie in einer Fußnote hinzu: »Bei unüberlegtem Handeln kann der Politik von Partei und Regierung [...] Schaden zugefügt werden. In solchen Fällen, bei denen durch in der DDR geführte Ermittlungen gegen verdächtige DDR-Bürger auch in der BRD lebende belastete Personen bekannt werden, muss eingeschätzt werden, welche politische und gesellschaftliche Stellung diese Personen in der BRD einnehmen und inwieweit eine Entlarvung auf bestimmte politische Konstellationen Einfluss haben könnte. Grundlage für derartige Entscheidungen müssen stets die Beschlüsse der Partei unter besonderer Beachtung der außenpolitischen Linie bilden.«

Erst im Juli 1981, also fünf Jahre nach seiner Entdeckung, erteilte Stasi-Minister Erich Mielke die Genehmigung zur Festnahme von Barth. Ein Offizier von der Arbeitsgruppe »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« in der Hauptabteilung Untersuchung des MfS (HA IX/AG VgM) übernahm die Bearbeitung des Untersuchungsvorganges. Bereits in seiner Erstvernehmung gestand Barth seine Beteiligung an der Mordaktion ein. Erst nach diesem Geständnis, am 15. September 1981 informierte DDR-Generalstaatsanwalt Josef Streit seinen französischen Amtskollegen über die Inhaftierung Barths sowie dessen Aussagen und bat darum, »die hiesigen Ermittlungen auf dem Wege der Rechtshilfe« durch Zeugenaussagen, Gerichtsunterlagen und andere Beweismittel zu unterstützen. Im Laufe des Jahres 1982 waren damit die Beweismittel zusammengetragen, um das beabsichtigte Verfahren politisch und juristisch planen zu können. Auf Grundlage des MfS-Schlussberichts entwarf Barths späterer Ankläger, der Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR, Horst Busse, in Abstimmung mit dem Leiter der Arbeitsgruppe »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« des MfS eine Konzeption für das geplante Verfahren. Busse notierte drei Ziele: »Sühne für die schweren Verbrechen«, »Festigung der Beziehungen der DDR zu fortschrittlichen Kräften der Republik Frankreich, zumal die BRD die dort lebenden Schuldigen an dem Massaker [...] nicht zur Verantwortung gezogen hat« und »Stärkung des internationalen Ansehens der DDR«. Neben umfangreichen organisatorischen Vorbereitungen wurde im Frühjahr 1983 auch die propagandistische Verwertung des Prozesses detailliert geplant und mit Partei- und Staatschef Erich Honecker abgestimmt. Am 25. Mai 1983 begann die Hauptverhandlung gegen Barth vor dem Stadtgericht Berlin. Nach der Beweisaufnahme, der Anhörung mehrerer Zeugen aus Frankreich verurteilte ihn das Gericht am 7. Juni 1983 »wegen mehrfach begangener Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Die Überlebenden und die Familien der Ermordeten werden das Urteil mit Genugtuung aufgenommen haben. Der Prozess war vor allem in außenpolitischer Hinsicht ein voller Erfolg für die Partei- und Staatsführung der DDR und deren Helfer. Das SED-Regime konnte auf dem äußerst sensiblen Terrain der Vergangenheitsbewältigung als Normenstaat brillieren, damit sein Image aufpolieren und gleichzeitig die Bundesrepublik als Heimstatt für »Spitzenverbrecher des Nazireiches« – unwillig und unfähig zur Ahndung derartiger Verbrechen – vorführen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die in der Bundesrepublik lebenden Vorgesetzten Barths dort niemals vor Gericht gestanden hatten. Zahlreiche Journalisten aus der DDR und anderen Ländern des Ostblocks, aber auch Medienvertreter neun westlicher Staaten, berichteten über die verschiedenen Phasen des Prozesses, an dem es nach außen hin in der Tat auch nach rechtsstaatlichen Kriterien nichts auszusetzen gab. Diese Berichterstattung erleichterte es der SED, den Fall Barth propagandistisch zu vermarkten. Immer wieder wurde er herangezogen, um den Mythos von der konsequenten Strafverfolgung von NS-Straftaten durch die DDR bzw. deren Justiz einerseits und einer, in dieser Hinsicht untätigen Bundesrepublik andererseits, zu veranschaulichen. Darüber hinaus war der Prozess außerordentlich hilfreich dabei, die Rolle der Justiz in der DDR, als Exekutivorgan einer Diktatur, zu verschleiern. Zweifelsohne wurde Barth angesichts der von ihm persönlich begangenen Verbrechen zu Recht und angemessen verurteilt. Doch niemand, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Partei-, Justiz- und MfS-Funktionären, konnte wissen, dass man an ihm eigentlich nur ein Exempel statuierte und ihn als Alibi benutzte. Denn, wie ich in meiner Studie erstmals nachweisen konnte, hatte das MfS auch zwei ehemalige Untergebene, Rudi Altkofer (Jg. 1925) und Willi Beier (Jg. 1925) in der DDR entdeckt. Beide hatte in ihren Aussagen nicht nur Barth wesentlich belastet, sondern zugleich sich selbst nicht minder. Der verantwortlichen



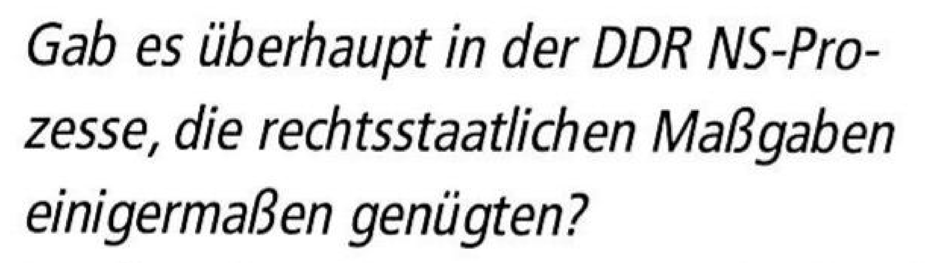
→

➔

[1] Der SED Staatsanwalt Friedrich Karl Kaul war eine Schlüsselfigur der justiziellen Systemkonfrontation.

[2] Noch 1997 sorgte der NS Kriegsverbrecher Heinz Barth für mediales Aufsehen. Faksimile aus Berliner Kurier/BZ vom 4. Oktober 2007.

Untersuchungsführer des MfS konstatierte, dass beide »dringend verdächtig« seien, »arbeitsteilig an der Vernichtung des Dorfes Oradour-sur-Glane mitgewirkt zu haben«. Deshalb wollte er die beiden auch kurzerhand mit Barth gemeinsam vor Gericht stellen. Doch man fand offenbar einen anderen Weg und hielt die Zeugen ganz aus dem Verfahren und damit aus der Öffentlichkeit heraus. Selbst die Mitarbeiter der zuständigen MfS-Diensteinheit sollten erst kurz vor Prozessbeginn von dieser Entscheidung informiert werden. Die Namen und Aussagen der beiden tatbeteiligten Zeugen wurden kurzerhand aus dem Verfahren getilgt. Im MfS-Schlussbericht waren sie noch enthalten – in der Anklageschrift hingegen wird weder direkt Bezug auf ihre Aussagen genommen, noch sind sie als Zeugen zu den Verbrechen in Oradour-sur-Glane aufgelistet. Die Maßnahme erwies sich als erfolgreich, in Hauptverhandlung und Urteil tauchen sie nicht mehr auf. Genau einen Tag nach der Verurteilung von Heinz Barth schloss das MfS die Akte der beiden Zeugen und mutmaßlichen Mittäter. Hauptgrund für diese Vertuschung und Strafvereitelung dürfte gewesen sein, dass man nicht nur gegenüber der französischen Öffentlichkeit bereits in Erklärungsnot geraten war, warum Barth erst so spät entdeckt wurde. Die Präsentation weiterer Tatverdächtiger hätte daher sicherlich zu innen- und außenpolitischen Turbulenzen geführt. Dies galt es jedoch mit allen Mitteln zu verhindern, schon allein aus Gründen der Staatsräson sowie um die mit der Verurteilung Barths angestrebten politischen Erfolge nicht zu gefährden. Das Schlussplädoyer von Busse im Barth-Prozess mutet nicht nur vor diesem Hintergrund wie Hohn an: »Wir verneigen uns in Ehrfurcht vor den Toten. Den Familien dieser Märtyrer bekunden wir unser tiefes Beileid. Wir versichern ihnen und allen anderen Opfern des Faschismus, dass in unserem Staat die universelle und unbefristete Verfolgung und Bestrafung von Schuldigen an Naziverbrechen nicht nur erfolgt, weil es das Gesetz so gebietet. Die Rechtspflicht dazu besteht auch andernorts. Im Gegensatz zu Staaten, in denen überführte Naziverbrecher Unterschlupf fanden, betrachtet die DDR die Haltung eines Staates zu den Opfern des Faschismus einerseits und den Verantwortlichen anderseits als wesentlichen Gradmesser der Verwirklichung der Menschenrechte und der Demokratie.«


Gab es überhaupt in der DDR NS-Prozesse, die rechtsstaatlichen Maßgaben einigermaßen genügten?

Ja, die gab es. Aber: Rechtsanwalt Friedrich Wolff, der in der DDR auch NS-Täter vor

[1]

Gericht vertrat, stellt rückblickend fest: »Die DDR war eben kein Rechtsstaat.« Dieser Fakt findet natürlich auch seinen Niederschlag in den Strafverfahren gegen NS-Täter. Dennoch plädiere ich dafür, auf eine Pauschalisierung zu verzichten und stattdessen eine strikte Einzelfallprüfung vorzunehmen.

Dies gilt meiner Meinung nach sowohl für die Prozesse deutscher Gerichte etwa in der Zeit zwischen Ende 1945 und Anfang 1950 zumeist auf Grundlage alliierter Rechtsnormen, bei denen die Beschuldigten von den Rudimenten einer geordneten Justiz und den für die SED »unerwartet rechtsstaatlichen Strafprozessen« profitierten. Die von Christian Meyer-Seitz vertretene Auffassung, dass diese Prozesse generell eine Vorbildwirkung für die Ahndung von NS-Unrecht durch deutsche Gerichte hätten haben können, kann ich allerdings aus verschiedenen Gründen nicht teilen. Ganz anders verhält es sich im Fall der rund 3 300 Verurteilungen in den berüchtigten »Waldheimer Prozessen« des Jahres 1950. Dabei handelte es sich »um scheinjuristische Geheimverfahren« durch »Ausnahmegerichte«. Das Kammergericht Berlin (West) hat bereits 1954 entschieden, das die dort gefällten Urteile in rechtlicher Hinsicht als »absolut und unheilbar nichtig« anzusehen seien. Das Bezirksgericht Dresden kam 1991 zu dem Urteil,



Sonnabend, 4. Oktober 1997  Brandenburg

Er hat 734 Menschen auf dem Gewissen

Naziverbrecher Barth: Jetzt kriegt er Extra-Rente

800 Mark im Monat für den Mörder von Oradour

Von TOMAS KITTAN

Potsdam – **Auf seiner Datsche am Stechlinsee genießt er den Lebensabend: Kriegsverbrecher Heinz Barth (76). Der im Juli aus der Haft Entlassene hat schon wieder Grund zur Freude: Er bekommt eine „Kriegsbeschädigtenrente!"**

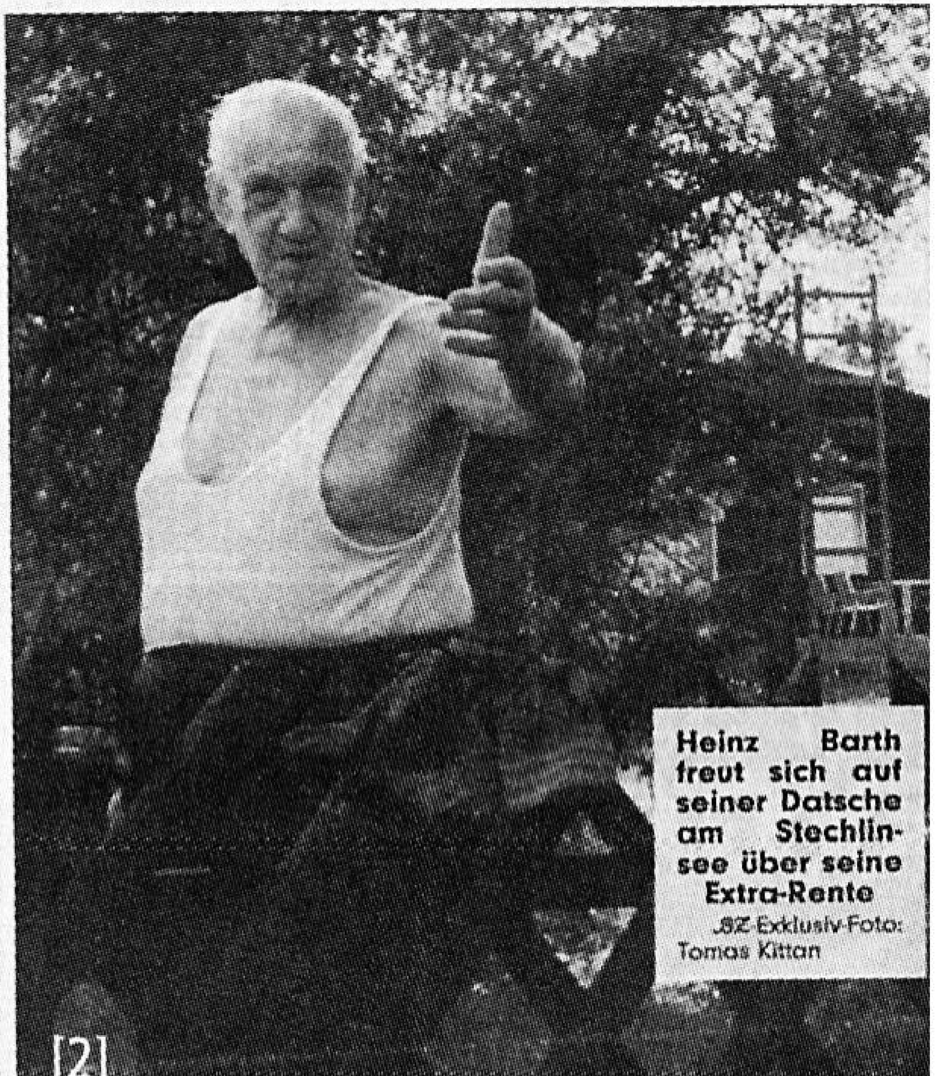
Ab sofort darf Ex-Nazi Barth monatlich zusätzlich zur normalen Rente noch 800 Mark „Opferrente" einstecken, weil er im Krieg das rechte Bein verloren hatte.

Das Sozialgericht in Potsdam entschied jetzt, daß ihm diese Rente bis zur möglichen Änderung des „Bundesversorgungsgesetzes" zusteht. Es gibt dort keine Ausschlußklausel für Kriegsverbrecher.

Schon 40 000 Mark hatte der nach dem Krieg in Gransee untergetauchte Barth erhalten, bis ihm das Brandenburger Versorgungsamt 1996 die Extra-Rente strich, weil er als Angehöriger der Waffen-SS aktiv an Kriegsverbrechen teilgenommen hatte. Dagegen klagte Barth – und bekam recht!

Heinz Barth hat als Obersturmbannführer die Ermordung von 734 Menschen auf dem Gewissen. Er ging vor allem als „Mörder von Oradour" (Frankreich) in die Geschichtsbücher ein. Für seine Kriegsverbrechen wurde er 1983 in der DDR zu lebenslanger Haft verurteilt, aber am 10. Juli freigelassen.

Der ORB will am Dienstag in „Klartext" ab 21 Uhr über den „Fall Barth" berichten.



Heinz Barth freut sich auf seiner Datsche am Stechlinsee über seine Extra-Rente
BZ-Exklusiv-Foto: Tomas Kittan

[2]

das es sich bei den vermeintlichen »Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher in Waldheim« gar nicht »um gerichtliche Verfahren [handelte], sondern um die menschenverachtende Durchsetzung politischer Ziele der damaligen Machthaber unter dem Deckmantel ordentlicher Gerichtsbarkeit.« In der Zeit von Ende 1950 bis 1989 sind auf dem Gebiet der DDR insgesamt 736 Personen wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Sprachgebrauch Ost) verurteilt worden. Einerseits ergingen in den 1950er und 1960er Jahren Urteile von DDR-Gerichten auf Grundlage gefälschter und/oder verfälschter Tatvorwürfe. Anderseits stellte das Oberlandesgericht Brandenburg 1997 fest, dass das Urteil gegen Heinz Barth rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprochen habe. Somit kann Ihre Frage, ob es in der DDR NS-Prozesse gegeben hat, die rechtsstaatlichen Maßgaben genügten, derzeit wohl nur mit einem »sowohl-als-auch« beantwortet werden.

Welche Rolle spielte Friedrich Karl Kaul in diesem Ensemble?

Friedrich Karl Kaul war eine »Schlüsselfigur der justiziellen Systemkonfrontation«. Anfang der sechziger Jahre schlug Kaul der SED-Führung vor, die Kampagnen gegen die braunen Eliten in Bonn auch auf juristisches Terrain auszudehnen. In den von ihm in enger Abstimmung mit SED und MfS geführten Nebenklageverfahren in westdeutschen NS-Prozessen griff er »gewichtige Angriffsflächen der bundesdeutschen Justiz und Gesellschaft im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auf.« Und rührte damit in einer von »Schlußstrichmentalität« und von »Verdrängung gekennzeichneten Atmosphäre« an gesellschaftlichen Tabus, die politischen Zündstoff enthielten und auch bei den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik für Aufsehen sorgten. Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit wurde damit gezwungen eine Auseinandersetzung mit vergangenheitspolitischen Themen zu führen. Im Endeffekt trug dies zu einer von den Initiatoren sicherlich nicht beabsichtigten Entwicklung des demokratischen Systems der Bundesrepublik bei. Gleichwohl waren die von Kaul initiierten Nebenklagen in NS-Verfahren Bestandteil der »Westarbeit«, das heißt integraler Bestandteil der gegen die Bundesrepublik gerichteten Politik der SED. Diese Politik war primär darauf ausgerichtet, den ökonomisch weitaus erfolgreicheren Konkurrenten Bundesrepublik national und international zu diskreditieren. Dies hatte zur Konsequenz, dass die Opfer des NS-Regimes und ihr Schicksal für politische Zwecke instrumentalisiert wurden.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel der angestrebten, letztendlich dann aber nicht zustande gekommenen Nebenklage im Fall Adolf Eichmann.

Gab es aus den Reihen des »Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer« Widerspruch gegen die ideologischen Opportunitäten gehorchende Verfolgung von NS-Straftaten?

Durchaus artikulierten Mitglieder trotz ihrer prinzipiellen Parteiloyalität zumindest intern ihre Kritik, wenn sie mit der Verfolgungs- bzw. Integrations- und Rehabilitierungspraxis gegenüber einstigen NS-Parteigängern nicht einverstanden waren. In meiner Studie zitiere ich ausführlich aus einem Brief eines Mitglieds des Präsidiums des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer an den Präsidenten der Zentralleitung und das Politbüromitglied Hermann Mater. In diesem ebenso akkuraten wie stichhaltigen Schreiben beklagt der Verfasser 1964 unter anderem die Reintegration ehemaliger Parteigänger der NSDAP in verantwortliche Funktionen der DDR-Gesellschaft, die massenhafte Amnestierung bzw. vorfristige Haftentlassung von verurteilten NS-Tätern oder die extrem tolerante Politik gegenüber der Intelligenz im Hinblick auf eine NS-Belastung. Welche Schlussfolgerungen SED und Staatssicherheit daraus zogen, kann nur begrenzt nachvollzogen werden, denn eine öffentliche Auseinandersetzung darüber hat es nie gegeben.

Gab es erfolgreiche Versuche beider deutscher Staaten bei der Verfolgung von NS-Verbrechen zu kooperieren?

Einer der eher seltenen Erfolge in der deutsch-deutschen Rechtskooperation war die Verurteilung von Jakob Holz (Jg. 1910) durch das Bezirksgericht Rostock im September 1989 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen der Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Verfahren gegen den ehemaligen Werkschutzwachmann in einer Waffenfabrik in der polnischen Stadt Radom war zunächst aus einem Hamburger Großverfahren, welches NS-Verbrechen im Distrikt Radom/Polen zum Gegenstand hatte, abgetrennt worden. Nach der am 17. Juli 1987 erfolgten Abschaffung der Todesstrafe in der DDR war das Verfahren den dortigen Justizbehörden zur Übernahme angeboten worden, weil bekannt war, dass Holz im Bezirk Rostock lebte. ■

Alle Zitate in diesem Text sind ausgewiesen in: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, S. 131-142.

Literatur zum Thema:
- Friedrich Wolff: Verlorene Prozesse 1953-1998: Meine Verteidigung in politischen Verfahren. Baden-Baden 1999, S. 62.
- Christian Meyer-Seitz: Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone. Berlin 1998, S. 348.
- Annette Weinke: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949-1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002, S. 345.
- Annette Rosskopf: Friedrich Karl Kaul. Anwalt im geteilten Deutschland (1906-1981), Berlin 2002, S. 349.

Nazikunst in Burschenschaftshäusern

Eine Ausstellung in der Tradition der »Großen Deutschen Kunstausstellung« des NS

Im Juli 1937 eröffneten die Nazis in München die erste der später jährlich folgenden »Großen Deutschen Kunstausstellungen« unter der Schirmherrschaft von Adolf Hitler. Die Propagierung einer angeblich neuen deutschen Kunst war zur Illustration der nationalsozialistischen Weltanschauung unverzichtbar geworden.

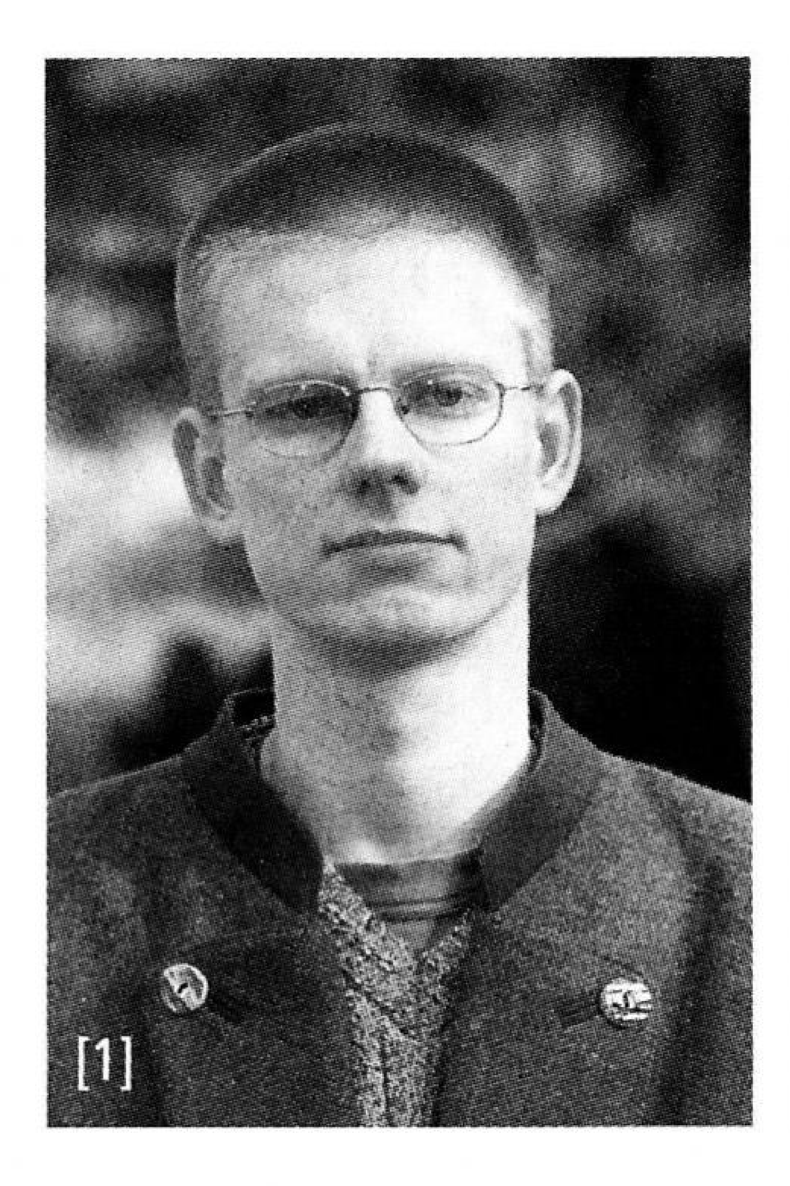
Gezeigt wurden Werke welche die vorgeblich heroischen und idyllischen Zeiten germanischer Vergangenheit abbildeten und eine großartige Gegenwart und Zukunft der neuen Machthaber priesen. Nach Verfolgung und Vertreibung unliebsamer, avantgardistischer Künstler der Weimarer Republik und der Brandmarkung ihrer Werke als »entartet«, hatten nun nur noch Künstler Platz in den hochsubventionierten Ausstellungen, welche zentrale Ideologeme und Mythen der Nazis visualisierten. Themen der Bilder waren jetzt Heimat, ewige Traditionen, Blut und Boden verbundener Bauernstand, heroische Krieger und glorreiche Schlachten, mystisches Germanentum und vor allem reine, rassische, arische Körper.

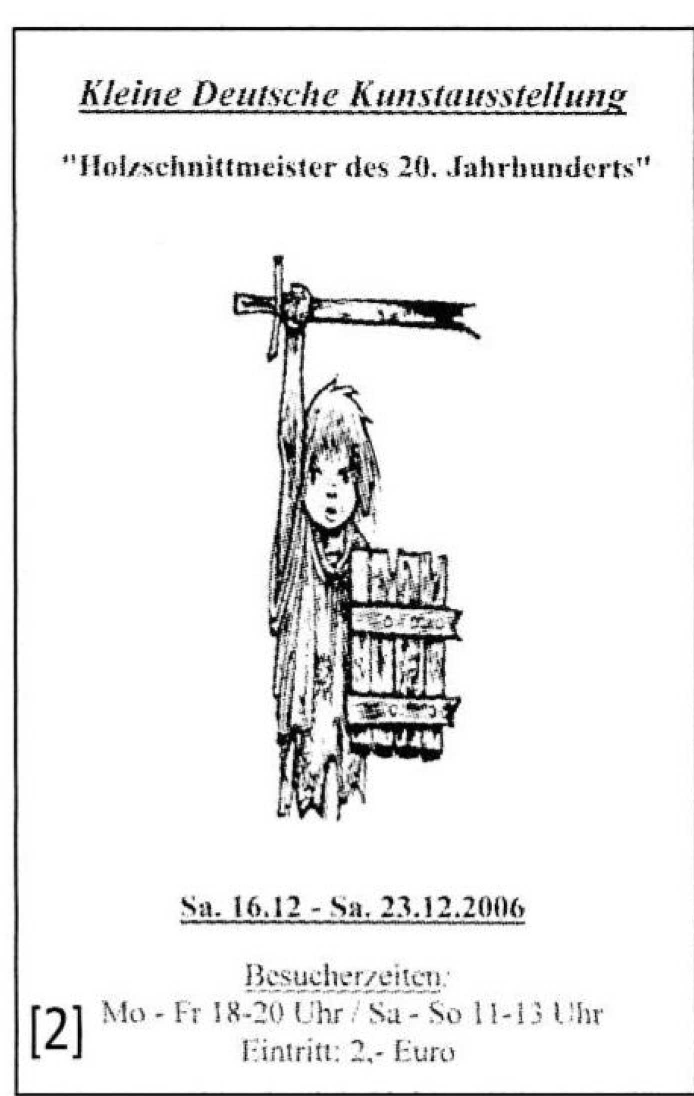
In diese Tradition stellt sich jetzt, nicht nur dem Namen nach, eine »Kleine Deutsche Kunstausstellung« mit Holzschnitten von NS-Künstlern, welche über verschiedene Burschenschaftshäuser wandert. Erstmals wurde die Ausstellung im Juli 2006 im Haus der neonazistisch geprägten Burschenschaft Danubia in München gezeigt. In der Eröffnungsrede hieß es: »Nicht weit entfernt von diesem Ort hat Kunst schon einmal Geschichte geschrieben: München – Stadt der Kunst – Große Deutsche Kunstausstellung«. Genau dort wurden im Nationalsozialismus schon einmal die Werke der »Holzschnittmeister des 20. Jahrhunderts« Georg Slyuterman v. Langeweyde, Ernst von Dombrowski und Rudolf Warnecke gezeigt. Zwar klingt der Vergleich des Festredners etwas größenwahnsinnig, er dokumentiert jedoch das ungebrochen nationalsozialistische Kulturverständnis einiger Burschenschaften. So versteht man in burschenschaftlichen Kreisen die Präsentation von Nazi-Ästhetik auch bewusst nicht nur als Dokumentation von Vergangenem: »Die Zeit war nie geeigneter; die Ausstellung der Werke nie notwendiger als heute. Wir brauchen die Besinnung auf das Gute, Schöne und Wahre dringender als je zuvor«. Das Verständnis von Kunst und Künstlern, dass bei der Vernissage dem geneigtem Publikum dargebracht wurde könnte ohne weiteres auch aus einem NS-Ausstellungskatalog stammen: »In den Zeiten des kulturellen Niederganges muss der wahre Künstler auch Soldat sein, dessen Waffen lediglich anders aussehen als die, welche man zur Verteidigung des Heimatbodens benötigt. Er verteidigt arteigenes Denken und Fühlen gegen zersetzenden Geist«. Solche Zeilen hört man auch bei der NPD gerne, deren Parteiorgan Deutsche Stimme die Ausstellung gleich zur »Nationalen Kulturoffensive« stilisierte und die Rede in weiten Teilen abdruckte.

NS-Künstler

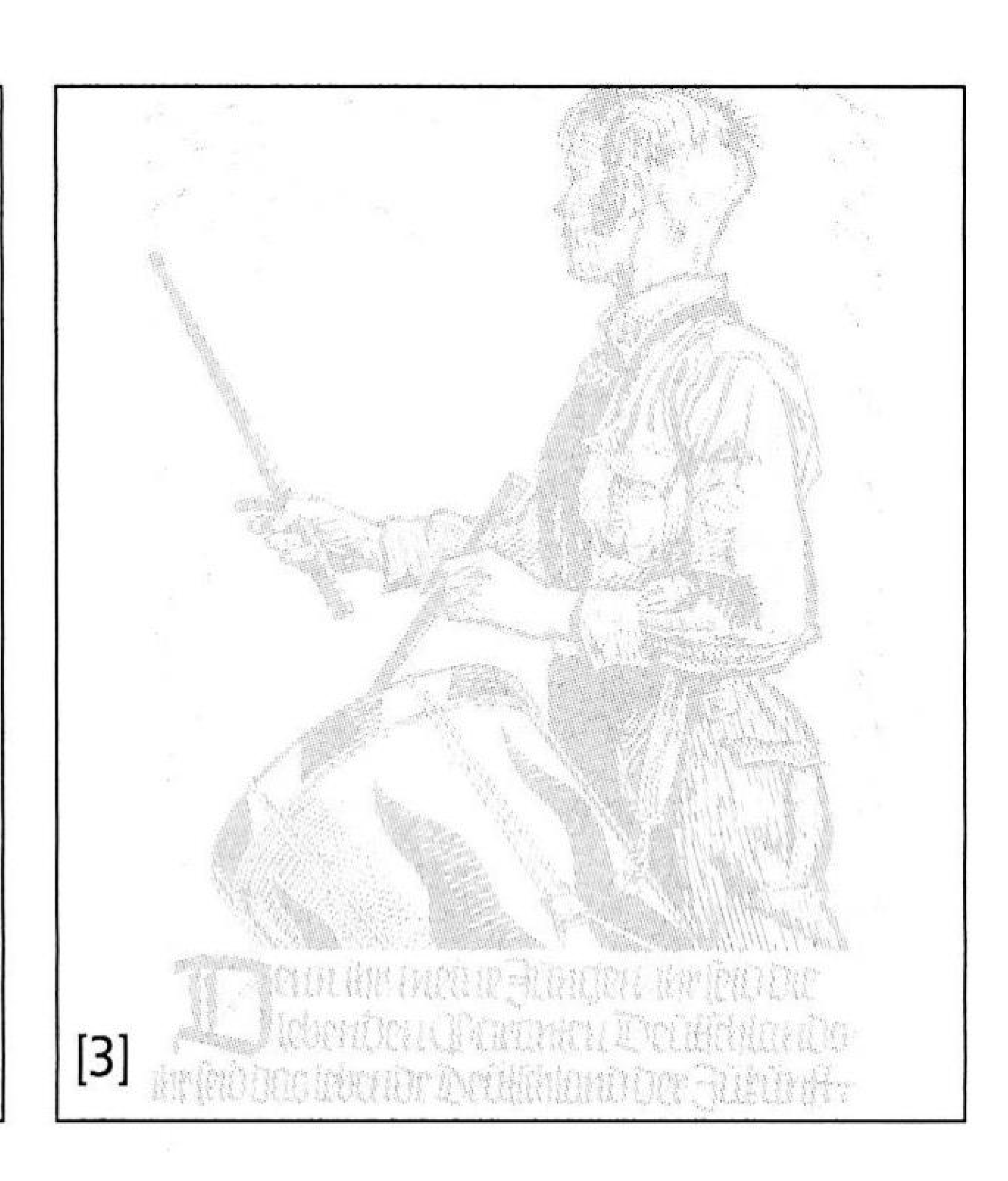
Auch die ausgestellten Künstler sprechen für sich: Georg Sluyterman von Langeweyde (1903 – 1978) trat schon 1928 in die NSDAP, später in die SA ein und meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst. Er fertigte Plakate, Vignetten und Karikaturen für die Nazis an, porträtierte Hitler, und erstellte Wandmalereien für Heime der Hitlerjugend und der SA. Am bekanntesten sind jedoch seine Holzschnitte die häufig in der NS-Presse nachgedruckt wurden. Der aus Österreich stammende Ernst von Dombrowski (1896 - 1985) konnte nach dem »Anschluss der Ostmark« 1938 gleich 26 seiner Werke in der »Großen Deutschen Kunstausstellung« der Nazis zeigen. Nach der Befreiung wurde der Herr Professor jedoch, genau wie von Langeweyde, von den Alliierten inter-

niert. Auch Rudolf Warnecke (1905 – 1994) gehörte zu den Künstlern welche sich großer Beliebtheit im Nationalsozialismus erfreuen konnten. Kriegsverherrlichende Holzschnitte mit heroischen Untertitelungen wie »Gräber des Krieges sind ewigen Sieges Äcker und Saaten des Ruhms« passten gut in das heroisierende Bild vom deutschen Soldaten und dienten zur Illustration der nationalsozialistischen Kriegspolitik. Alle drei Künstler zeigten nach 1945 wenig Reue und bewegten sich weiter im neonazistischen Spektrum. Von Langeweyde und Dombrowski waren Ehrenmitglieder des Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG), einer Organisation die sich der Erhaltung und Restauration völkischer Kultur verschrieben hat und organisationsübergreifend Kräfte der extremen Rechten sammelt. Warnecke wurde mit dem Ehrenring des DKEG ausgezeichnet. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die in der Ausstellung gezeigten soldatischen Motive von Langeweyde´s wegen ihrer plakativen Eindeutigkeit auch in der militanten Neonaziszene. Die in Deutschland verbotene Organisation Blood & Honour widmet dem »Aryan Artist« einen Artikel und dokumentiert seine Bilder auf ihrer Homepage und im neonazistischem Wikingerversand-Forum werden seine Holzschnitte als Tattoo-Vorlage empfohlen. Die »Kleine Deutsche Kunstausstellung« mit ihren etwa 70 Exponaten und eigens erstelltem Katalog wandert zur Zeit durch verschiedene Orte. Nach München waren im September Eisenach (Gründungstätte der Burschenschaften), Anfang Oktober die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks (Bonn) und Mitte Oktober die Burschenschaft Germania (Hamburg) Ausstellungsorte, in Planung waren noch Wien, die Lüneburger Heide und für den Dezember die Burschenschaft Iuvenis Gothia (Berlin). Die Ausstellungsreihe ist auch Ausdruck einer immer weitergehenden Radikalisierung der Deutschen Burschenschaft (DB) und insbesondere ihres innerverbandlichen Kartells der Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG). Zwar ist die NPD für extrem rechte Korporierte sicher nicht die ideale Wahlpartei, dies waren, wenn man sich überhaupt auf die Niederungen der Partei-Politik herabließ, die Republikaner zu Zeiten von Franz Schönhuber, und die allergrößten Hoffnungen setzt man traditionell immer noch in den Stahlhelmflügel der CDU.


[1]



[2]


[3]

[1] Der NPD-Funktionär Jürgen Gansel war Mitglied der Burschenschaft »Dresdensia Rugia« in Gießen.

[2] Ankündigung der »Kleinen Deutschen Kunstausstellung« auf der Internetseite der Berliner Burschenschaft Gothia.

[3] Heroische NS-Kunst des ausgestellten Künstlers Georg Sluytermann von Langeweyde.

Wachsende NPD-nähe

Allerdings hat in Teilen der BG eine Diskussion eingesetzt, ob die NPD, nach ihren Wahlerfolgen in Sachen und Mecklenburg-Vorpommern, nicht eine parteipolitische Perspektive für Burschenschafter sein kann. Inhaltlich unterscheidet sich die BG nicht mehr viel von der NPD, eher stößt man sich an dem öffentlichen Auftreten, der häufig proletarischen Herkunft der Mitglieder und der ideologischen Schwäche der Partei. Schließlich hält man sich für die konservativ-revolutionäre Elite Deutschlands und unterstellt der NPD gerne einen Mangel an Intellektualität. Eine öffentliche Abgrenzung zur NPD gab es noch nie, schon 1973 wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss mit der NPD ausdrücklich von der DB abgelehnt. Im Zuge der Diskussion über das letztlich gescheiterte NPD-Verbot solidarisierte sich die DB in einer Presseerklärung 2005 ausdrücklich mit der Partei und wandte sich gegen eine sogenannten »NPD-Sondergesetzgebung«. Auch in der jüngsten Affäre bezüglich des extrem rechten Matthias Müller der im November aus dem RCDS Gießen ausgeschlossen wurde solidarisierte sich die DB in einer Presseerklärung ausdrücklich mit dem Mitglied der Burschenschaft Dresdensia-Rugia, obwohl er Funktionär der extrem rechten Jungen Landsmannschaft Ostpreußen ist, an Neonaziaufmärschen teilgenommen hat und Verbindungen zur NPD pflegte. In Hamburg solidarisierte man sich mit der Burschenschaft Germania, als im gleichen Monat die Polizei wegen »Sieg Heil« Rufen bei einer Party auf dem Haus anrückte und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Für einige (Ex-) Korporierte ist die NPD schon länger eine politische Heimat. Jürgen Gansel kommt, genau wie der ehemalige Parteiideologe Jürgen Schwab, aus eben jener Gießener Burschenschaft und sitzt heute als Abgeordneter im sächsischen Landtag. Mit ihm zogen Arne Schimmer und Stefan Rochow, auch aus der Dresdensia-Rugia, als Berater 2004 in das Dresdner Parlament. Wird der Erfolg der NPD weiterhin anhalten, so wird die älteste neonazistische Partei Deutschlands sicher eine ernsthafte Perspektive für neonazistische Korporierte werden. Nicht nur aus politischen Gründen, denn schließlich gibt es, trotz allem elitären Anspruchs, auch unter rechten Akademikern genügend Erwerbslose oder prekär Beschäftigte. ■

Armin Mohlers Erbe

Karlheinz Weißmann als Denker der Neuen Rechten

Der Historiker und Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann ist der Spiritus rector des im Jahr 2000 gegründeten neurechten »Institut für Staatspolitik (IFS)«. Der selbsternannte politische Erbe Armin Mohlers und Autor einer Vielzahl von Büchern, in denen er Aspekte rechter Ideologie enffaltete, kann mit Recht als strategischer Kopf der neuen Rechten in Deutschland angesehen werden. In einem im Hausverlag des IfS erschienen Interviewbuch gibt Weißmann gänzlich unmaskierte Einsichten in sein politisches Denken.

Götz Kubitschek: Unsere Zeit kommt: im Gespräch mit Karlheinz Weissmann; Verlag Edition Antaios. 2006; 133 S. 12, 80

Weißmann war in den neunziger Jahren führend an allen politischen Projekten der neuen Rechten beteiligt. Als Autor des Buches »Der Weg in den Abgrund« betrieb er die Historisierung des Nationalsozialismus, als Mitinitiator des 1995 zum 8. Mai veröffentlichten Aufrufs »Gegen das Vergessen« suchte er ein Bündnis mit dem etablierten Konservatismus zu schmieden. Dessen faktisches Scheitern führte zu einem Strategiewechsel neurechter Akteure. An erster Stelle stand nun nicht mehr die Suche nach Bündnispartnern im Brückenspektrum des parteipolitischen Konservatismus, sondern die geistige Zurüstung der eigenen Reihen, vornehmlich des konservativ-eltären akademischen Nachwuchses. Seit nunmehr sechs Jahren bilden die Tagungen des IfS den intellektuellen Kristallisationspunkt all jener, denen es in Weikersheim zu stromlinienförmig zugeht.

Publizistisches Aushängeschild des IfS ist die wesentlich von Weißmann redigierte Zeitschrift Sezession. Im Anschluss an die politische Linie der ehedem von Caspar Schreck-Notzing herausgegebenen Zeitschrift Criticon, will die Sezession die politische und kulturelle Identitätsbildung einer neuen elitären Rechten vorantreiben. Hierzu widmete man sich in der bisher quartalsweise erscheinenden Zeitschrift sämtlicher Säulenheiliger der extremen Rechten: von Carl Schmidt bis Nietzsche, von Gottfried Benn bis Gomez Devilá. Offenbar mit Erfolg. In ihrer letzten Ausgabe kündigte die Redaktion die Umstellung auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise an.

Ein Rückschlag

Im Frühjahr 2006 sollte Weißmann auf Einladung einiger Nachwuchsakademiker im Studienzentrum Weikersheim referieren. Doch dies ging den alten Herren des rechtskonservativen Thinktanks offenbar zu weit. Weißmann wurde wieder ausgeladen. Zu recht wurde dies vom IfS als Rückschlag im Kampf um Akzeptanz innerhalb des etablierten Konservatismus interpretiert. Das politische Verhältnis des IfS zu diesem ist ambivalent. Einerseits ist er Adressat und Zielpunkt auf der Suche nach Einfllusssphären und Bündnispartnern für politische Kampagnen. Andererseits beklagt man die politische Feigheit und Stromlinienförmigkeit des politischen Diskurses in der CDU.

Wie weitgehend diese Akzeptanz von Weißmanns Positionen im rechtsbürgerlichen Lager mitunter reicht, konnte man anlässlich der Frankfurter


[1]


[2]

Buchmesse beobachten. Gemeinsam mit dem FAZ-Feuilleton Redakteur Lorenz Jäger präsentierte Weißmann seine Monographie über die Deutungsgeschichte des Hakenkreuzes. Jäger hatte dazu im Karolinger Verlag einen komplementären Band verfasst, der ebenfalls die Kulturgeschichte des Hakenkreuzes beschreiben will. In den Monaten zuvor hatte Jäger einige Publikationen aus dem IfS-Umfeld wohlwollend in der FAZ besprochen.

Klare Worte

In dem bereits vor der Buchmesse erschienenen, knapp einhundertdreißig Seiten umfassenden Interviewband führt Weißmann recht betrachtet einen großen Monolog über das, was er unter »rechts« versteht. Dabei findet er, in der Vergangenheit sehr um diplomatisch verschleiernde Formulierungen seiner extrem rechten Gedankenwelt bemüht, zu einer bemerkenswert deutlichen Sprache. Die Fragen Götz Kubitscheks sind nur mehr Stichworte, auf welche hin Weißmann philosophische und politisch-strategische Ansichten darlegt. Das wird bereits im ersten von fünf thematischen Gesprächen klar. Unumwunden erklärt Weißmann in drastischen Worten eine ideologische Grundkonstate rechter Ideologie: den prinzipiellen Antiegalitarismus.

Exemplarisch erläutert Weißmann sein elitäres Gesellschaftskonzept anhand der Bildungspolitik. An die Stelle organischer Auswahl der Tüchtigen, sei nivellierende Gleichheit aller getreten. Weiter formuliert er: »Egalitarismus tötet«.

Reserviert verhält sich Weißmann gegenüber der von Kubitschek mit Anlehnung an Carl Schmitt formulierten eschatologischen[1] Erwartungshaltung der Rechten, der »Krise«. Denn Kubitschek fragt hier nach dem »Ernstfall«, von dem er meint, die offene Gesellschaft sei ihm nicht gewachsen. Die Bindekraft der Hegemonie der 68er Generation werde nachlassen, weil ihre Akteure Schritt für Schritt die Bühnen des öffentlichen Diskurses verlassen. Hier müsse die neurechte Gegenrevolution ansetzen. Dazu brauche man Leute, die zur Stelle seien, wenn es darauf ankommt.

Mit Blick auf die Ideologiegeschichte der sogenannten Konservativen Revolution positioniert sich Weißmann erwartungsgemäss im Spektrum des Jungkonservatismus. Anderen von Mohler unter dem Begriff »Konservative Revolution« rubrizierte Strömungen der extremen Rechten, wie die Nationalrevolutionäre oder die Völkischen, spricht Weißmann eine ausschließlich historiographische Bedeutung zu. Für die aktuelle politische Strategie der Rechten seien sie weitgehend untauglich, auch wenn sie richtige Fragen gestellt hätten. Ebenso distanziert beschreibt Weißmann sein Verhältnis zu Alain de Benoist. Dieser vertrete recht betrachtet, keine neurechten Positionen mehr, sondern sei Teil des Kommunitarismusdiskurses geworden, der als politisches Gesamtkonzept jedoch keine Schlüssigkeit besitze, da er die Kategorie Nation ausblende. Dies verdeutlicht, dass Weißmann bemüht ist, die Irrtümer und den ideologischen Ballast deutscher, neurechter Diskurse der vergangenen zwanzig Jahre abzuwerfen und die einstige Fixierung auf die Nouvelle Droite loszuwerden. So antwortet Weißmann auf Stichworte zur seiner politischen Geographie:

»Parole: Geheimes Deutschland. Hauptfeind: Die Dekandenz. Köpfe: Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger, Arnold Gehlen, Armin Mohler«. Deutlicher geht es nicht. Diese Stichworte beschreiben punktgenau die geistigen Quellen deren sich die Neue Rechte in Deutschland zu bedienen weiss: nichtnazistische Denker des europäischen Faschismus und des reaktionären Flügels des Konservatismus.

Fazit

Am Ende der Lektüre wird klar, dass Weißmann in seinem Bemühen um eine Erneuerung extrem rechter Theorie der legitime geistige Erbe Armin Mohlers ist, dem es Zeit seines Lebens um eine Entkoppelung zwischen der politischen Praxis des Nationalsozialismus und seinen konservativen Vordenkern zum Zwecke der Ehrenrettung letzter ging.

Wer sich über das Denken der Neuen Rechten informieren will, sollte dieses Buch lesen, weil es konkreter als viele wissentschaftliche Publikationen der letzten Jahre zum Thema einen Einblick in die ideologischen Prämissen und strategischen Ansätze rechter Theoriebildung gibt. ■

[1] Götz Kubitschek bei einer IfS-Veranstaltung am 7. Mai 2005 in Berlin.

[2] Karl Heinz Weißmann als Referent bei einer Veranstaltung am 4. März 2005 in Kiel.

1| Eschatologie, hier: Religiös/theologisch geprägter Begriff für die Lehre von den »letzten Dingen«, sprich Tod, Auferstehung und Apokalypse.

Cliquen und Kameraden

Der Wiederaufbau der Sicherheitsbehörden in der frühen Bundesrepublik

Im Flensburger Polizeipräsidium herrschte in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges hektische Betriebsamkeit. Der endgültige Zusammenbruch des »Dritten Reiches« stand unmittelbar bevor. Der Terrorapparat des Regimes befand sich auf der Flucht. Anfang Mai setzten sich große Teile des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) aus dem umkämpften Berlin nach Schleswig-Holstein ab. Am 3. Mai traf der Reichsführer SS, Heinrich Himmler mit seinem Stab in Flensburg ein. Ihm folgten die Belegschaften mehrerer RSHA-Ämter. Flensburg wurde, wie der Historiker Gerhard Paul resümiert, in den letzten Kriegstagen »mit Planern, Organisatoren und Exekutoren des nationalsozialistischen Völkermordes geradezu überschwemmt«.[1]

1| Gerhard Paul: »... zwinkerte man mit den Augen und schwieg«. Schweigekartell und Weißwäschersyndikat im hohen Norden oder: Wie aus NS-Tätern und ihren Gehilfen Nachbarn und Kollegen wurden, in: ders.: Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001, S. 346-389, hier S. 347.

Die Bemühungen dieser hochkarätigen NS-Täter, sich abzusetzen, wurden von der Flensburger Polizei mit allen Kräften unterstützt. Im Polizeipräsidium wurden Ausweise gefälscht, während sich in den Kellern des Gebäudes die abgelegten schwarzen Uniformen der SS stapelten. Insgesamt verschafften die Polizei sowie die nahe gelegenen Marineschule in Mürwik mindestens 2.000 Personen eine neue Identität.

Dennoch gelang es dem britischen Militärgeheimdienst in den Wochen nach der Kapitulation des Deutschen Reiches allein in der Gegend um Flensburg rund 2.500 mutmaßliche Gestapo-Beamte aufzuspüren. Kurz nach Kriegsende waren die Institutionen des NS-Terrors zerschlagen. Im Nürnberger »Hauptkriegsverbrecherprozess« wurden Gestapo, SS und SD zu »verbrecherischen Organisationen« erklärt. Umso bemerkenswerter erscheint es daher, dass sich nur wenige Jahre später die Kernbelegschaften der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden, sei es im Bereich der Kriminalpolizei, sei es in den Verfassungsschutzämtern oder beim Bundesnachrichtendienst (BND), aus genau jenem Personenkreis rekrutierten, der wie kaum ein anderer, an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt gewesen war.

Die Polizeireformen der Alliierten

Zunächst verfolgten die Alliierten das Ziel einer umfassenden Entnazifizierung der deutschen Polizei. Am konsequentesten ging dabei die sowjetische Militäradministration vor, in deren Einflussbereich das polizeiliche Personal nahezu vollständig ausgetauscht wurde. Aber auch Briten und Amerikaner machten sich daran, das deutsche Polizeiwesen neu zu strukturieren. Höhere Polizeioffiziere sowie Beamte, die der SS, dem SD oder der Gestapo angehörten oder ein Parteiamt der NSDAP im Range eine Ortsgruppenführers bekleidet hatten, wurden unmittelbar nach Kriegsende in »automatischen Arrest« genommen wurden.

Die alliierten Militärverwaltungen lösten die Verbände der Ordnungspolizei auf, die in erheblichem Maße an den nationalsozialistischen Massenmorden beteiligt gewesen waren. Einen weiteren Bruch mit dem bisherigen deutschen Polizeisystem stellte die Kommunalisierung der Polizeibehörden nach anglo-amerikanischem Vorbild dar. Die Polizei verlor ihre weitgehenden präventiven Befugnisse ebenso wie traditionelle Zuständigkeiten im Bereich der Verwaltung, die anderen kommunalen Behörden, etwa den Gesundheits- und Ordnungsämtern übertragen wurden.

Restauration und Renazifizierung?

Die von den Alliierten forcierte Entnazifizierung der Beamtenschaft sowie die Dezentralisierung des Polizeiapparates gerieten nur wenige Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges ins Stocken. Besonders in der britischen Militärverwaltung setzte sich ein Pragmatismus durch, der schon zu einem frühen Zeitpunkt einer »Restauration der deutschen Polizei« (Falco Werkentin) den Weg ebnete.

Die systematische Überprüfung tausender Beamter für die Alliierten erwies sich schon bald als zu aufwändig. Seit September 1945 wurden daher zahlreiche rangniedere Angehörige der Kriminal- und Ordnungspolizei aus dem »Automatischen Arrest« entlassen. Die in den folgen-

den Jahren eingeleiteten Entnazifizierungsverfahren vor deutschen Spruchkammern, eröffneten selbst ehemaligen Gestapo-Mitarbeitern am Ende der 1940er Jahre die Rückkehr in den Polizeidienst.

Angesichts steigender Kriminalitätsraten unterliefen die Militärverwaltungen den eigenen Anspruch, die deutschen Polizeistrukturen zu kommunalisieren. Schon im Januar 1946 wurde in Hamburg ein zentrales Kriminalamt für die britische Zone (KPABrZ) ins Leben gerufen. Das KPABrZ, das gewissermaßen eine Vorläuferorganisation des Bundeskriminalamts (BKA) darstellte, koordinierte seit 1947 die Arbeit der entstehenden Landeskriminalpolizeiämter in den Ländern der britischen Besatzungszone. Das Personal dieser Polizeibehörden rekrutierte sich zu großen Teilen aus dem Heer der vormaligen Mitarbeiter des Reichskriminalpolizeiamtes. Die Bereitschaft der West-Alliierten, die noch kurz zuvor postulierten Prinzipien stark zu relativieren, war einem weiteren Aspekt geschuldet: Im Zuge der sich verschärfenden Blockkonfrontation verlor die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und dessen Protagonisten zunehmend an Bedeutung.

Zur vollen Entfaltung kamen die Seilschaften ehemaliger Beamter des NS-Sicherheitsapparats erst mit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949. Die von den Alliierten installierten kommunalen Polizeistrukturen wurden überwiegend beseitigt. Gleichzeitig begannen alle Bundesländer mit der Aufstellung geschlossener paramilitärischer Bereitschaftspolizeieinheiten. Im Jahr 1951 wurde das BKA gegründet. Bereits seit dem Herbst 1950 verfügte die Bundesrepublik mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Verfassungsschutzämtern auf Landesebene über einen Inlandsgeheimdienst. Der Bundesnachrichtendienst, als Auslandsgeheimdienst, nahm offiziell im Jahr 1956 seine Arbeit auf.

Hitlers Kriminalisten und die Gründung des BKA

Besonders deutlich zeigten sich die personellen und organisatorischen Kontinuitätslinien beim BKA. Als zentrale Figuren fungierten hier der Kriminaloberinspektor Rolf Holle, der seit 1937 der Kripo angehörte und Paul Dickkopf, der während des Zweiten Weltkrieges für den Geheimdienst der Wehrmacht gearbeitet hatte. Bereits im Jahr 1948 entwickelten die beiden, zunächst im Verborgenen, Organisationspläne für eine künftige Bundeskriminalpolizei, die weitgehend jenen des früheren Reichskriminalpolizeiamtes entsprachen. Zudem knüpften sie im politisch-administrativen Bereich Netzwerke und Koalitionen, um die Personalauswahl für die neue Polizeibehörde beeinflussen zu können. Holle und Dickkopf, der in den Jahren zwischen 1965 und 1971 selbst zum Präsidenten des BKA avancierte, agierten äußerst erfolgreich. So gelang es ihnen, zahlreiche Kameraden aus dem gemeinsam in den Jahren 1938/1939 an der Schule der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin-Charlottenburg absolvierten Kommissarlehrgang in Führungspositionen des BKA unterzubringen.

Insgesamt bewarben sich im März 1951 rund 6.700 Personen auf die damals lediglich 231 Planstellen des BKA. Der Kampf um die Führungspositionen im BKA war, so urteilt der Historiker Patrick Wagner, »im Kern eine Auseinandersetzung zwischen Cliquen, Zirkeln und Seilschaften, die auf Kontakten und Freundschaften beruhten, welche in die NS-Zeit zurückreichten«.[2] Es mag kaum verwundern, dass sich von Beginn an eine beträchtliche Zahl ehemalige Funktionsträger der Reichskriminalpolizei in der Behörde tummelte. Von 47 leitenden Beamten des BKA im Jahr 1959 waren fünf im RKPA mit der Einweisung von Sinti und Roma, »Asozialen« und Homosexuellen in die Konzentrationslager befasst gewesen. 15 hatten als Angehörige der berüchtigten Einsatzgruppen an den Massenmorden in Osteuropa und der Sowjetunion teilgenommen. Jeder Dritte war zudem Mitglied der Gestapo gewesen. Auf der Ebene der Landeskriminalämter und bei den lokalen Kripo-Stellen sah die Personalstruktur kaum anders aus. Allein in Nordrhein-Westfalen waren nach Presseangaben, am Ende der 1950er Jahre rund 60 leitende Kripo-Beamte mit einschlägiger SS-Vergangenheit beschäftigt.

Tarnen und Täuschen – SS-Männer im Dienste des Verfassungsschutz

Ähnliche Verhältnisse herrschten bei den Verfassungsschutzämtern. Zwar wurden die ersten Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vorwiegend aus den Entnazifierungs- und Lastenausgleichsbehörden rekrutiert, schon bald aber griff man auch hier auf »bewährte« ehemalige Angehörige der Gestapo und des SD zurück. Noch im Jahr 1963 hatten 16 frühere Gestapomitarbeiter führende Positionen im BfV inne. Einer von ihnen war Erich Wenger, der als Leiter Gruppe »Informationsbeschaffung« innerhalb der Abteilung IV (Spionageabwehr) fungierte. Wenger hatte eine nationalsozialistische Bilderbuchkarriere gemacht. Seit Mai 1933 Angehöriger der SS, war er 1935 zur Berliner Gestapo gekommen. 1939 wechselte er ins RSHA. 1944 führte er in Frankreich ein Kommando, das mit der Bekämpfung französischer Partisanen beauftragt war. In der Kriegsgefangenschaft wechselte Wenger seine Identität und wurde im September 1950 im BfV eingestellt. Erst im Jahr 1954 nahm er wieder seinen richtigen Namen an. Im BfV wusste man über die Verschleierungsstrategien Wengers Bescheid, der keineswegs der einzige war, der unter falscher Identität für den Verfassungsschutz arbeitete. Auf diese Weise hoffte man, die Alliierten, die bis zur Mitte der 1950er Jahre ihr Veto gegen Personalent- →

2| Patrick Wagner: Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus, München 2002, S. 163.

scheidungen der Verfassungsschutzämter einlegen konnten, hinsichtlich der NS-Vergangenheit mancher Geheimdienstler zu täuschen. Durchaus mit Erfolg: Ein ehemaliger Beamter des Verfassungsschutzes beschrieb die vom BfV praktizierten Täuschungsmanöver folgendermaßen: »Die Alliierten [...] wussten nichts von ihrer Existenz. Kamen die Verbindungsoffiziere in das Haus, gab es Alarm, und alles ging auf Tauchstation, in nahe Cafés oder nach Hause. Sie kehrten erst wieder zurück, wenn die Luft rein war«.[3]

3| Zitiert nach: Wagner, Patrick: Ehemalige SS-Männer am »Schilderhäuschen der Demokratie«? Die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz 1963/64, in: Fürmetz/Reinke/Weinhauer: Nachkriegspolizei, S. 169-198, hier S. 172.

Von den »Fremden Heeren Ost« zum Bundesnachrichtendienst

Besondere Kontinuitätslinien zur Zeit des Nationalsozialismus wies auch der BND auf. Dessen organisatorischen Kern bildete die Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) des Oberkommandos des Heeres, die seit 1942 von Reinhard Gehlen geführt wurde. Die FHO hatte während des Zweiten Weltkrieges ein dichtes Spionagenetz in Osteuropa und der Sowjetunion errichtet. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« bot Gehlen die Informationen, die seine Dienststelle über das sowjetische Militärpotential gesammelt hatte, dem US-amerikanischen Geheimdienst CIC an. Dieser zeigte großes Interesse an einer Kooperation mit der Gruppe um Reinhard Gehlen. Finanziert vom CIC, wurde die »Organisation Gehlen« errichtet, die als faktischer deutscher Geheimdienst zunächst den USA zuarbeitete, bevor sie 1956 im BND aufging. Das Personal der Organisation Gehlen wie auch des BND entstammte in erster Linie der FHO. Dennoch waren auf den Führungsebenen des Bundesnachrichtendienstes während der 1950er Jahre von 50 leitenden Offizieren, mindestens sechs ehemalige Angehörige des SS und des SD. Die Dunkelziffer lag vermutlich um einiges höher, da es besonders beim BND gängige Praxis war, frühere Mitarbeiter des NS-Sicherheitsapparates unter falschem Namen zu beschäftigen.

Bruchlinien

Die unübersehbare Präsenz ehemaliger nationalsozialistischer Funktionseliten in den Sicherheitsbehörden der frühen Bundesrepublik kann im Rückblick nur als eine beispiellose »moralische Katastrophe« (Dieter Schenk) bezeichnet werden. Erklärungsbedürftig bleibt indes, weshalb sich Polizei und Geheimdienste trotz ihrer personellen Renazifizierung zu institutionellen Stützen des demokratischen Verfassungsstaates entwickeln konnten. Vor allem vier Aspekte sind hier zu nennen.

Erstens war eine zumindest formale Anerkennung der rechtstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik für die durch die NS-Zeit schwer belasteten Mitarbeiter von Polizei, Verfassungsschutzämtern und BND unumgänglich, wollten sie nicht die Aufmerksamkeit der alliierten Kontrollinstanzen oder der Justiz auf sich ziehen.

Zweitens schwelte innerhalb der Belegschaften von Polizei und Geheimdiensten ein Generationenkonflikt. Die Seilschaften der alten Kameraden, wie etwa die »Charlottenburger« im BKA oder die ehemaligen Gestapo- und SD-Angehörigen im BfV, sorgten bei Beamten, die ihre Laufbahn erst in der Nachkriegszeit begonnen hatten, für erheblichen Unmut. Die früheren Kriminalisten und Geheimdienstler des NS-Staates galten als autoritär und arrogant. Zudem blockierten sie über Jahre hinweg die Karrieren ihrer jüngeren Kollegen. Das Verhältnis zwischen beiden Generationen war demnach eher durch Konkurrenz als durch Konsens geprägt.

Drittens zeichneten sich in der Bundesrepublik seit dem Ende der 1950er Jahre erste Umrisse einer entstehenden kritischen Öffentlichkeit ab. Die »Spiegel-Affäre« im Herbst 1962 sowie illegale Abhöraktionen des BfV, die in den Jahren 1963/64 bekannt wurden, entwickelten sich zu politischen Skandalen, bei denen die zweifelhaften Praktiken der Sicherheitsbehörden ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückten. Der legendär gewordene Rechtfertigungsversuch von Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU), die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes könnten nicht »den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unterm Arm« herumlaufen, warf weitere Fragen nach dem demokratischen Selbstverständnis des BfV auf. Die Medien begannen, sich stärker als bisher für die Präsenz ehemaliger NS-Beamter in den Sicherheitsbehörden zu interessieren. So wurde bekannt, dass der für die Ermittlungen gegen den Spiegel zuständige stellvertretende Leiter der Sicherungsgruppe Bonn des BKA, Theo Saevecke, als SS-Hauptsturmführer in den Jahren 1943/44 an der Deportation italienischer Juden sowie an Geiselerschießungen beteiligt gewesen war. Großes Aufsehen erregte auch der Prozess gegen Georg Heuser im Jahr 1963. Der Chef des Landeskriminalamtes von Rheinland-Pfalz, der während des Zweiten Weltkriegs die Gestapo in Minsk kommandiert hatte, musste sich vor dem Landgericht Koblenz wegen der Ermordung von mindestens 30.000 Menschen verantwor-



ten und wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Viertens rückte seit dem Ende der 1950er Jahre der Typ des nationalsozialistischen »Schreibtischtäters« stärker ins öffentliche Bewusstsein. Der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem im Jahr 1961 sowie die Ermittlungstätigkeit der 1958 gegründeten Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen verdeutlichten, dass es einer erheblichen Zahl nationalsozialistischer Funktionseliten bedurft hatte, um die Vernichtungsmaschinerie am Laufen zu halten. Als Protagonisten dieses Tätertyps galten besonders die SS-, SD- und Gestapo-Beamten der mittleren Führungsebene. Die Feststellung, dass sich genau dieser Personenkreis in den Belegschaften der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden wieder hatte etablieren können, löste in der Öffentlichkeit zunehmend kritische Reaktionen aus und beschränkte die Handlungsspielräume der alten Kameraden.

Der Preis der »Resozialisierung«

Die »Resozialisierung« (Patrick Wagner) der ehemaligen Kriminalisten und Geheimdienstler des NS-Regimes in der frühen Bundesrepublik forderte nicht nur in moralischer, sondern auch in politischer Hinsicht einen hohen Preis. In den Behörden konservierten sich über Jahrzehnte hinweg Ressentiments und Feindbilder, die in der Zeit des Nationalsozialismus (teilweise auch schon davor) geprägt worden waren. Die Kriminalpolizei, besonders das BKA, hielt bis weit in die 1960er Jahre an den Vorstellungen vom »geborenen Berufsverbrecher« fest. Ausgehend von diesen kriminalbiologischen Auffassungen forderten führende Vertreter des BKA in den 1950er Jahren wiederholt präventivpolizeiliche Kompetenzen, wie sie zur Zeit des Nationalsozialismus existiert hatten. Ebenso bestand die von den Kriminalpolizeibehörden seit dem Kaiserreich vorgenommene rassistische Stigmatisierung von Sinti und Roma als »Asoziale« bis in die jüngste Vergangenheit weiter.

Ein Aufgabenfeld, in dem Polizei und Geheimdienste in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik hingegen äußerst zurückhaltend oder überhaupt nicht tätig wurden, war die Strafverfolgung von NS-Tätern. Bei den Landeskriminalämtern, die gewöhnlich mit der Fahndung nach NS-Verbrechern beauftragt wurden, galten die zuständigen Beamten, die oftmals gegen ihre eigenen Kollegen ermitteln mussten, lange Zeit als »Verräter« und »Nestbeschmutzer«. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die meisten Verfahren schon in einem frühen Stadium im Sande verliefen. Auch die Geheimdienste schützten flüchtige NS-Täter. Der BND war bereits seit 1958 über den Aufenthaltsort Adolf Eichmanns in Argentinien informiert, blieb aber untätig. Einer der engsten Mitarbeiter Eichmanns im RSHA, der hochrangige Gestapo-Beamte Alois Brunner, arbeitete sogar für die Organisation Gehlen, mit deren Hilfe er schließlich 1954 in Syrien untertauchen konnte.

Die »braunen Wurzeln« (Dieter Schenk) des Bundeskriminalamtes, der meisten Landeskriminalämter, des BND wie auch der Verfassungsschutzämter werden in der offiziösen Geschichtsschreibung dieser Behörden weitgehend ignoriert. Bereits im Jahr 2002 hatte die Bundesregierung lapidar festgestellt, die »Organisation Gehlen« sei »keine deutsche Einrichtung« gewesen. Ähnlich knapp viel die Reaktion auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS) hinsichtlich der Entstehungsgeschichte des BKA aus. In der Antwort der Bundesregierung vom Dezember 2001 heißt es: »Das Bundeskriminalamt hat keine nationalsozialistische Vergangenheit. Es ist im Jahre 1951 gegründet worden.« Für das BKA ist diese Legende trotz aller amtlichen Verschleierungsstrategien materialreich widerlegt worden. Auch der Verfassungsschutz und der BND werden sich langfristig kaum mehr hinter spitzfindigen Schutzbehauptungen der Bundesregierung oder restriktiv ausgelegten Archivgesetzen verstecken können. ■

Literatur:
- Henze, Saskia/Knigge, Johann: Stets zu Diensten. Der BND zwischen faschistischen Wurzeln und neuer Weltordnung, Hamburg/Münster 1997.
- Linck, Stephan: »To exploit this product of German genius... is surely good business.« Zur Personalpolitik der britischen Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Kriminalpolizei nach 1945, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinhauer (Hg.): Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945-1969, Hamburg 2001, S. 105-127.
- Paul, Gerhard: »... zwinkerte man mit den Augen und schwieg« Schweigekartell und Weißwäschersyndikat im hohen Norden oder: Wie aus NS-Tätern und ihren Gehilfen Nachbarn und Kollegen wurden, in: ders.: Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001, S. 346-389.
- Schenk, Dieter: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001.
- Wagner, Patrick: Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus, München 2002.
- Wagner, Patrick: Ehemalige SS-Männer am »Schilderhäuschen der Demokratie«? Die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz 1963/64, in: Fürmetz/Reinke/Weinhauer: Nachkriegspolizei, S. 169-198.

Wegsperren oder Sozialisieren?

Föderalismusreform: Der Strafvollzug wird künftig noch mehr zum Tummelplatz von Ideologen und Populisten

Man hat nicht zwingend unrecht, wenn alle anderen anderer Meinung sind. Doch sollte man seine Argumente dann wohl erwägen. Die Regierungskoalition und die Mehrheit der Bundesländer haben dies bei der Frage, ob nach der Föderalismusreform auch das Strafvollzugsrecht aus der Zuständigkeit des Bundes genommen werden sollte, nicht getan.

Gastbeitrag von Dr. Mario Cebulla

Dr. Mario Cebulla ist Richter am Landgericht und Bundesvorstandsmitglied der Neuen Richtervereinigung (NRV).

Künftig werden die Länder jeweils eigene Erwachsenen- und Jugendstrafvollzugsgesetze erlassen. Die einzige Begründung dafür war eine mechanische: Einmal geschnürte Pakete könne man nicht wieder lösen. Das aber ist weder zutreffend noch ist es ein Argument.

Und dabei hatten alle, restlos alle von dem Vorhaben abgeraten: ehemalige Justizministerinnen und Justizminister ebenso wie die Verbände der Vollzugsbediensteten, alle namhaften Professorinnen und Professoren für Strafrecht und Kriminologie, Gewerkschaften, freie Initiativen und Kirchen, die Anwaltsverbände, die Neue Richtervereinigung und der Deutsche Richterbund. Von allen und allem unbeeindruckt änderten die politischen Paketpacker das Grundgesetz und mit ihm letztlich die seit Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes (StVG) am 1. Januar 1977 in der Bundesrepublik geltende Rechtslage. Und jetzt?

Jetzt ist zunächst ein »Wettlauf der Schäbigkeit« zu befürchten, warnt Frieder Dünkel, Professor an der Greifswalder Universität und einer der führenden Kriminologen in Deutschland. Die Länder werden die neuen Handlungsspielräume für weitere Einsparungen im Strafvollzug nutzen. Sparmaßnahmen jedoch, die über die bereits begonnenen Rationalisierungen im Verwaltungsbereich hinausgehen, sind ohne Qualitätseinbußen nicht zu haben. Auch denkt man derzeit in Thüringen und Nordrhein-Westfalen darüber nach, dem Beispiel Hessens zu folgen, das Teilbereiche der Justizvollzugsanstalt Hünfeld privatisiert hat und auf diesem Wege dort eine Kostensenkung von bis zu 15 Prozent erwartet. Kurzfristig jedenfalls. Denn ob unzureichend ausgebildete private Wachdienste einen Beitrag zur Resozialisierung der Häftlinge beitragen können, wie es bislang durch die hoch qualifizierten Vollzugsbeamten geschieht, ist mehr als fraglich. Zudem geht mit jeder Auslagerung Gestaltungsspielraum verloren: Wer etwa Gefängnisküchen privat betreiben lässt, verliert zugleich dringend benötigte Ausbildungsplätze für junge Gefangene. Kurzfristige Einsparungen verschließen nur allzu oft den Blick auf die langfristigen Folgen und Folgekosten: Nur soweit eine erfolgreiche Resozialisierung stattfindet, führt der Vollzug zur Vermeidung von Folgekosten, mit denen Rückfalltäter die Gesellschaft belasten. Von den sonstigen Folgen der Rückfallkriminalität ganz zu schweigen. Frieder Dünkel meint deshalb, dass sich die Privatisierungsidee im Strafvollzug in Deutschland auf Dauer nicht durchsetzen wird. Hoffentlich nicht nur ein frommer Wunsch.

Kostenreduzierung bis zur Grenze der Verfassungswidrigkeit oder darüber hinaus

Denn weitere Einsparungen, soviel ist sicher, wird es im Strafvollzug geben. Vielleicht noch flankiert von Einsparungen bei der Beamtenbesoldung - auch diese liegt neuerdings im Verantwortungsbereich der Länder. Nicht von ungefähr wurde in den letzten Wochen u.a. der Einsatz der soge-

nannten elektronischen Fußfessel allein unter Kostengesichtspunkten diskutiert. Empirische Untersuchungen zur Anwendung dieser Vollzugsform kamen ebensowenig zur Sprache wie Bedenken etwa zum Datenschutz, die ihr gegenüber durchaus bestehen. Gerade vor dem Hintergrund notorisch leerer Kassen werden die Länder versuchen, ihre Justizhaushalte, die sich ansonsten durch Einnahmen im wesentlichen selbst tragen, weitestgehend von Vollzugskosten zu befreien. Dann werden auch Hemmungen fallen, Kostenreduzierungen bis zur Grenze der Verfassungswidrigkeit oder gar darüber hinaus zu versuchen. Dass ein menschenwürdiger Strafvollzug grundsätzlich eine nächtliche Einzelunterbringung der Häftlinge erfordert, steht bereits zur Debatte. Kaum, dass die Föderalismusreform beschlossen war, machte der Justizsenator aus Hamburg den Vorstoß, die Mehrfachbelegung gesetzlich als Regelfall verankern zu wollen. Und das ist nur der Anfang. Dass der Stammtisch und seine Medien auch besonnene Justizpolitiker bedrängen können, fürchtet auch Friedhelm Sanker vom Bund der Strafvollzugsbediensteten in NRW: Nichts sei im Strafvollzug so schlimm wie das Ohr am Stammtisch. Voraussichtlich werden künftig die Grenzen der Einspar-Begehrlichkeiten in jedem Einzelfalle von den Verfassungsgerichten gezogen werden müssen. Das Ansehen der Justiz wird dadurch nicht gewinnen.

Bereits begonnen hat der beinahe schon ideologische Kampf um die Vollzugsphilosophie. Bayern und Baden-Württemberg haben als erste Länder Gesetzesentwürfe zum Ersatz für das noch bundesweit geltende StVG vorgelegt. »Um konzeptionelle Pflöcke einzuschlagen«, wie Frieder Dünkel mutmaßt. Und richtig: Die Zielsetzung des Strafvollzugs wird in den beiden Entwürfen nachhaltig verändert. Gab es im bisherigen StVG nur ein Vollzugsziel, nämlich die Resozialisierung des Straftäters, soll nun gleichberechtigt die Sicherheit daneben treten. Das verblüfft vielleicht auf den ersten Blick: Meint man doch, der Strafvollzug diene stets der Sicherheit der Bevölkerung; was sollte an den Entwürfen der Südländer also neu sein? Tatsächlich ist es jedoch ein erheblicher Paradigmenwechsel. Wo vorher im Zweifel zugunsten der Resozialisierung durchaus auch ein – ohnehin niemals auszuschließendes – Risiko eingegangen werden musste, wenn etwa über die Frage eines offenen Vollzugs zu entscheiden war, wird fortan der Resozialisierungsgedanke im Zweifel zurückstehen. Das hat auch auf sämtliche weiteren grundsätzlichen Fragen des Strafvollzugs Auswirkungen. Seine bisherige Ausrichtung auf eine nachhaltige Resozialisierung wird entfallen. Allein: Sie beförderte qualifizierte und – weltweit anerkannte und nachgeahmte – Vollzugskonzepte. Im Strafvollzug soll Sozialtherapie erfolgen, braucht es Aus- und Fortbildung ebenso wie – spätestens gegen Ende der Strafzeit – Vollzugslockerungen zum Einüben von Normalität. Es gehört zum empirisch gesicherten Wissen, dass solcherart gestalteter Strafvollzug die Rückfallgefahr erheblich verringert, also erfolgreich Sicherheit schafft. Dies gilt sogar für sogenannte Karrieretäter, also für vielfach und schwer Vorbestrafte. Bezogen auf die Rückfallwahrscheinlichkeit ohne Behandlung ver-



→

→ mag eine sozialtherapeutische Behandlung im Strafvollzug auch bei diesen das Rückfallrisiko um mehr als 50 Prozent zu senken, wie kriminologische Untersuchungen in den 1990er Jahren nachgewiesen haben. Ein Verwahrvollzug hingegen, wie er bei einer zunehmend einseitig auf Sicherheit ausgerichteten Vollzugskonzeption stattfinden wird, täuscht Sicherheit nur vor.

Fehlerhafte Politik ist das eigentliche Sicherheitsrisiko

Die Auswirkungen der unterschiedlichen Vollzugskonzepte lassen sich bereits beobachten: Tatsächlich ist es ein Unterschied, ob ein Häftling in Bayern oder in NRW einsitzt. Während sich 2004 im Süden gerade einmal 7,8 Prozent der erwachsenen Strafgefangenen im offenen Vollzug befanden, waren dies im Norden 31 Prozent. Also mehr als dreimal so viele und zwar ohne negative Konsequenzen. Straftaten oder Fluchtversuche während der Vollzugslockerungen stellten die Ausnahme dar. Vergleichbares gilt für sonstige Vollzugslockerungen wie Beurlaubungen, Aus- und Freigänge. Und dennoch haben Hessen und Hamburg unter der konservativen Regierungspolitik der ehemaligen Justizminister Wagner und Kusch von dem ehemals liberalen Vollzugskonzept Abschied genommen und bereits 2004 die Vollzugslockerungen um mehr als die Hälfte gekürzt. In Hamburg soll dies auch unter dem neuen Justizsenator Lüdemann und zudem auf landesgesetzlicher Grundlage fortgesetzt werden: Der geschlossene Vollzug soll – anders als im bisherigen Strafvollzugsgesetz – der Regelfall werden, Hafturlaub die Ausnahme sein und an den Gesundheitskosten sollen sich die Häftlinge künftig selbst beteiligen. Letzteres unabhängig davon, dass Gefangene in der Regel nur selten über ausreichend Geldmittel verfügen. Diese Politik, meint Frieder Dünkel, die angesichts mangelnder Entlassungsvorbereitung mit großer Wahrscheinlichkeit zu höheren Rückfallquoten führen wird, sei das eigentliche Sicherheitsrisiko.

Auf die Verfassungswidrigkeit einer nicht mehr bundeseinheitlichen Gesetzeslage im Strafvollzug hat der in Leipzig lehrende Strafrechtsprofessor Manfred Seebode hingewiesen. Bereits jetzt gibt es Rechtsanwälte, die Häftlinge erfolgreich beim sogenannten Vollzugs-Hopping beraten. Es ist nicht allzu kompliziert, sich zum Vollzug ein bestimmtes Bundesland auszusuchen. Und naheliegenderweise wählt man jenes mit dem liberalsten Strafvollzug. Was die Betroffenen schon praktizieren, kommt dank Manfred Seebode nun auch in der Wissenschaft an: Zwar gibt es in Deutschland ein für jedermann geltendes Strafgesetzbuch, aber keinesfalls für jedermann gleich belastende Strafen. Das von den Befürwortern der Reform geprägte Unwort vom »Föderalismuswettbewerb« bekommt dadurch einen ganz anderen Inhalt. Und dieser verstößt gegen das verfassungsrechtliche Gebot, dass Strafen gesetzlich bestimmt sein müssen: Weder der urteilende Richter noch der Verurteilte bestimmen über die Strafvollstreckung, beide wissen nicht sicher, in welchem Bundesland die Verbüßung erfolgen wird, welches Vollzugsgesetz mit welchen Vollzugslockerungen oder Strafzeitreduzierungen zur Anwendung kommen wird. Eine bestimmte Strafe ist bei 16 Vollzugsgesetzen und der Möglichkeit des Länderwechsels kaum denkbar. Andersherum verlangt das Strafgesetzbuch vom Richter bei der Bestimmung der Strafe, dass dieser die Auswirkungen der Strafverbüßung auf den Straftäter berücksichtige. Auch das dürfte ohne eine einheitliche Vollzugsordnung und bei einem weiteren Auseinanderdriften der Vollzugspraxis in den Bundesländern unmöglich sein.

Die Praxis weiß längst, wie erheblich die qualitativen Abweichungen bei 16 Landesgesetzen sein können: Beim Maßregelvollzug, also etwa bei der Unterbringung in psychiatrischen Krankenhäusern und Entziehungsanstalten, lässt sich dies unschwer seit langem studieren. Denn der Maßregelvollzug lag stets im Verantwortungsbereich der Länder. Um eine weitere Zerfaserung der Rechtslage in Deutschland zu vermeiden und eine möglichst hohe Qualität beizubehalten, haben Berlin und Thüringen Anfang August 2006 vereinbart, gemeinsam mit zehn Bundesländern zumindest Jugendstrafvollzugsgesetze so weit wie möglich anzugleichen. Die SPD-geführten Justizministerien haben dazu am 22. August 2006 in Berlin beschlossen, bereits Mitte 2007 einen Entwurf vorzulegen. Gelänge dies, läge darin zumindest vom Terminplan her ein gutes Omen. Das Bundesverfassungsgericht hat vom Gesetzgeber nämlich im Mai 2006 gefordert, spätestens zum Ende 2007 den Jugendstrafvollzug gesetzlich zu regeln. Zu begrüßen ist auch, dass sich die Länderinitiative auf den Jugendstrafvollzug beschränken will: Erklärtermaßen, um dem dort tragenden Erziehungsgedanken genügend Aufmerksamkeit zu widmen. Und zumindest im Falle von Berlin, um zunächst die Rechtslage beim Erwachsenenstrafvollzug und damit die derzeit hohe Qualität unangetastet zu lassen. So wichtig aber die parteiübergreifende Initiative auch ist: Sie wird die aufgezeigten Gefahren nicht vermeiden können, wenn es nicht gelingt, die vollzugsideologischen Gräben zu überbrücken.

Nachdem bereits manche ohne Scham von einem »Feindstrafrecht« sprechen, sollten wir nicht auch im Strafvollzug mühsam erreichte Qualitätsstandards zugunsten vermeintlicher Einsparungen und zu populistischen oder ideologischen Zwecken aufgeben. Auch daran, wie eine Gesellschaft mit ihren schwarzen Schafen umgeht, zeigt sich der Grad ihrer Zivilisation. ■

Der Erstabdruck dieses Artikels erfolgte in leicht gekürzter und redaktionell überarbeiteter Fassung in FREITAG 40/2006.

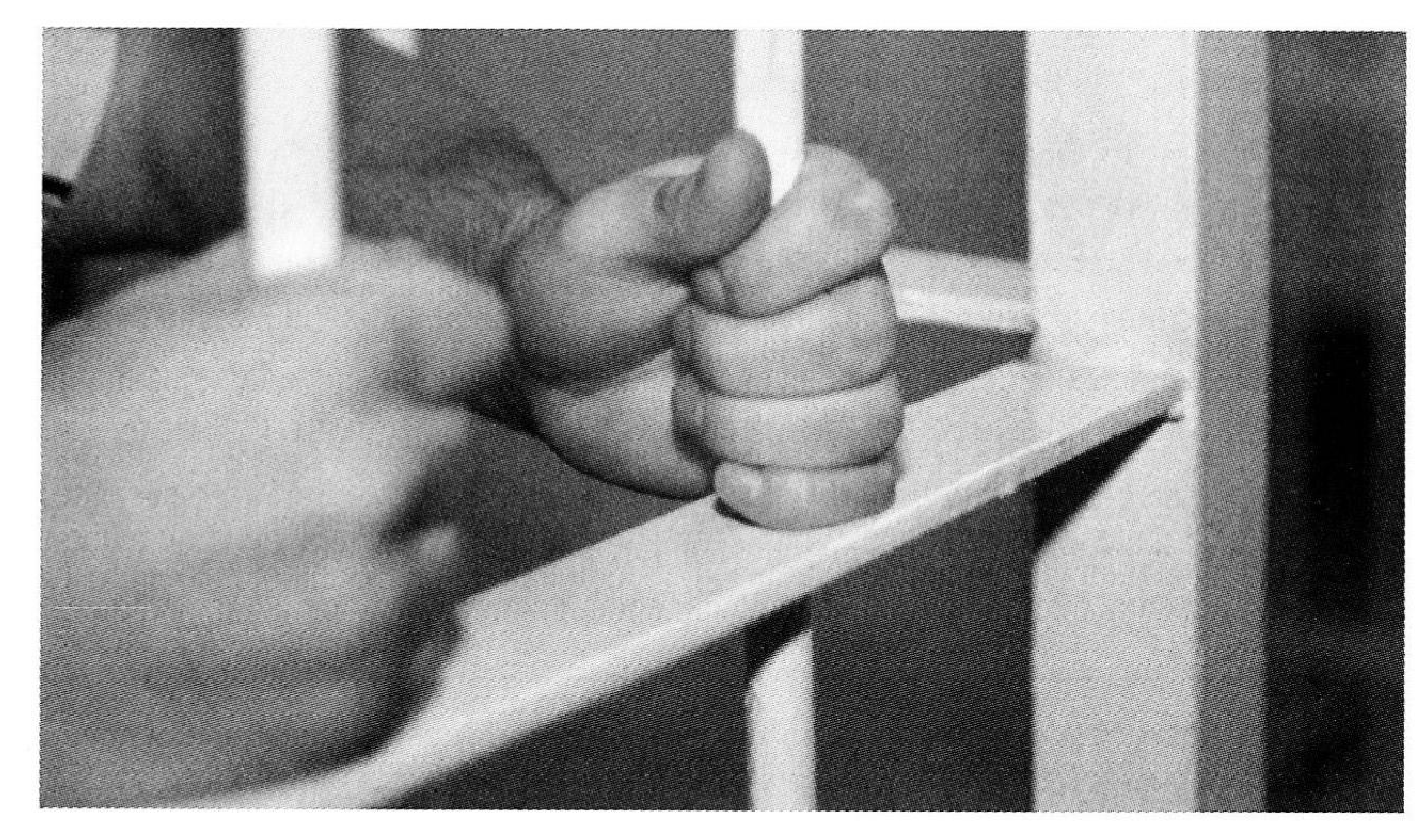
www.freitag.de

Freispruch für »Good Night White Pride« in Berlin

Ein junger Antifaschist wurde vom Vorwurf der Gewaltdarstellung freigesprochen

Mehr Informationen: www.turnitdown.de

Im Mai diesen Jahres wurde ein junger Antifaschist aus Potsdam in Berlin festgenommen, weil er ein T-Shirt mit der Aufschrift »Good Night White Pride« und einem aufgedruckten Bild trug. Der Ausspruch »Good Night White Pride« stammt aus der subkulturellen Hardcore-Szene, einem politischen Ableger der Punk-Musikbewegung. In dieser Hardcore-Szene etablierte sich in den 1990er Jahren eine »Good Night, White Pride« – Bewegung, die sich gegen die Versuche von Neonazis richtete, die Hardcore-Szene zu unterwandern und in ihr Fuß zu fassen. »White Pride« oder »White Power« ist bei Rassisten ein beliebter Ausdruck ihres Überlegenheitsgefühls gegenüber Menschen, die sie für minderwertig halten. Während die meisten BetrachterInnen bei dem Symbol der »Good Night White Pride« – Bewegung eine bildhafte Darstellung des beim Hardcore üblichen Tanzstil sehen, welche die Ablehung der HC-Bewegung gegenüber Neonazis und Rassisten zum Ausdruck bringt, sah die Staatsanwaltschaft Berlin darin eine »verkörperte Darstellung grausamer oder unmenschlicher Gewalt gegen Menschen«. Diese Verfolgung des antirassistischen »Good Night, White Pride« – Symbols reiht sich damit in die aktuelle juristische Verfolgungswelle gegen Anti-Nazi-Symbolen ein. So wurde der Besitzer eines Musikversandes wegen des Verkaufs von durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuzen in Stuttgart verurteilt. Auf vielen antifaschistischen Demonstrationen, wie in Berlin, Leipzig oder Hamburg wurden an die hundert NazigegnerInnen wegen des Tragens von zerschlagenen Hakenkreuzen, dem »Good Night White Pride« – Symbol oder anderen antifaschistischen Darstellungen verhaftet und angezeigt. Der betroffene Jugendliche aus Potsdam zeigte sich über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens entsetzt und erhob Beschwerde gegen die dem Ermittlungsverfahren vorausgehende Beschlagnahme. Das Verfahren durchlief mehrere Instanzen. Am 26. August 2006 entschied das Landgericht Berlin: »Die Gewaltdarstellung muss entweder eine Verherrlichung oder Verharmlosung der grausamen oder unmenschlichen Gewalttätigkeit zum Ausdruck bringen oder durch die Art und Weise der Darstellung selbst die Menschenwürde verletzen, etwa indem sie Personen oder Gruppen als menschenunwert erscheinen lässt. Diesen Anforderungen genügt der hier fragliche Aufdruck, der in stilisierter Form eine Kampfszene zwischen zwei Personen zeigt, nicht«. Und weiter: »Eine Billigung grausamer oder unmenschlicher, mithin exzessiver Gewalttätigkeit als Kampfmittel ist der hier fraglichen Abbildung auch unter Berücksichtigung zwischen dem Text und der bildlichen Darstellung nicht zu entnehmen« – der Angeklagte wurde von allen Vorwürfen freigesprochen. Alles andere wäre auch absurd gewesen, denn schon das Kinderprogramm der meisten Fernsehsender enthält mehr Szenen, die Gewalt verherrlichen, als die Darstellung auf dem »Good Night, White Pride« Symbol. ■



IN MEHREREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN FANDEN IN LETZTER ZEIT WAHLEN ODER PLEBISZITE STATT, BEI DENEN RECHTSPOPULISTISCHE UND RASSISTISCHE PARTEIEN UND POSITIONEN FÜR AUFSEHEN SORGTEN. EXEMPLARISCH LIEFERN WIR HIER BESTANDSAUFNAHMEN AUS ÖSTERREICH, SCHWEDEN UND DER SCHWEIZ.

»Dritte Republik«

von Heribert Schiedel, Wien

Bei den Wahlen am 1. Oktober 2006 hat sich das parteiförmige Ressentiment mit 15prozentiger Zustimmung endgültig als fixe Größe in der österreichischen Politlandschaft etabliert. Zudem konnte das völkische Milieu in den sechs Jahren freiheitlicher Regierungsbeteiligung in personeller wie in ideologischer Hinsicht enorme Geländegewinne verzeichnen. Vor allem im staatsnahen und universitären Bereich fassten sie verstärkt Fuß. Die Normalisierung von Rassismus und Antisemitismus wurde weiter beschleunigt. Und im Windschatten dieser rasanten Hegemonieverschiebung nach rechts konnte die Neonaziszene weitgehend unbehelligt am Ausbau ihrer Strukturen arbeiten. Insbesondere in Oberösterreich und Vorarlberg etablierten sich mit dem Bund freier Jugend (BfJ) und einer Sektion von Blood & Honour aktive Neonazi-Gruppen mit besten internationalen Kontakten. Daneben hat Gottfried Küssel seinen Führungsanspruch in der Szene erneuert und durchgesetzt: Der vormalige Führer der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front hat aus seinen Fehlern gelernt und setzt nun auf Konspirativität. Er versammelt in seinem Umfeld ausgewählte Kader aus verschiedenen Milieus, verzichtet aber auf offene Agitation. Dazu nützt man entsprechend dem alten »Frontkonzept« die legalen Strukturen, wie sie hierzulande in Form der FPÖ und ihres korporierten Vorfeldes bestehen.

[1] Extreme Rechte aller Couleur pilgern zum Grab des NS-Heroen Walter Nowotny auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Nach der Abspaltung der Haider-Truppe BZÖ ist zudem die Grenze zwischen FPÖ und Neonazi-Szene noch durchlässiger geworden. Dies kann alljährlich Anfang November auch am Wiener Zentralfriedhof beobachtet werden: Auf Einladung eines Vereins im FPÖ-Vorfeld pilgern Burschenschafter, Neonaziskins, freiheitliche Politiker und »alte Kämpfer« zum Grab des NS-Heroen Walter Nowotny. Maßgeblich organisiert wird diese Feier seit 2003 von Clemens Otten, der es mittlerweile zum Generalsekretär des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ) gebracht hat. Im April 2002 war Otten noch unter den Organisatoren der Neonazi-Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung in Wien. Angesichts derartiger Verbindungen hat der bayrische Neonazi Phillip Hasselbach wohl Recht, wenn er, wie im Frühjahr 2005 im Forum des Wikingerversands, meint, dass sich in der FPÖ »nicht wenige Nationalsozialisten (tummeln)« würden. Hasselbach, der von sich behauptet, über Kontakte zu jungfreiheitlichen Kadern zu verfügen, weiter: »In der FPÖ-Jugend (...) sind sogar führende Funktionäre im Bundesvorstand intern als Nationalsozialisten bekannt, die auch in den entsprechenden Kreisen verkehren«.

Österreich ist schleichend und in vielerlei Hinsicht zur »Dritten Republik« geworden, daran wird auch eine große Koalition nicht viel ändern. Zumal die extreme Rechte anhaltende Salonfähigkeit erreicht hat. So verharmlost nun auch SPÖ-Fraktionsführer Josef Cap den FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache als »demokratisch gewähltes Mitglied des Nationalrates«. An dieser Unbedenklichkeitsbescheinigung konnte auch der Fakt nichts ändern, dass Strache und seine 20 KameradInnen – gerade mal zwei Frauen verstärken die Burschenschafter – anlässlich der konstituierenden Sitzung im Parlament die blaue Kornblume, das Erkennungszeichen der zwischen 1933 und `38 verbotenen NSDAP, im Knopfloch trugen.

Rassisten in den Räten

von Mikael Ekman, Mitarbeiter des schwedischen Antifamagazins Expo, für Antifa-Net

Xenophobie war im diesjährigen schwedischen Wahlkampf das bestimmende Thema. Im Windschatten des Kampfes zwischen der Allianz und dem linken Bündnis konnten die rassistischen Schwedischen Demokraten (Sverigedemokraterna, SD) ein Rekord-Wahlergebnis verbuchen. Sie verfünffachten ihre Sitze in den Kommunalräten Schwedens – von 50 auf über 250 Sitze. Sie haben nun Sitze in ungefähr 130 Kommunalräten, hun-

dert mehr als vor der Wahl. Bei der letzten Wahl im Jahr 2002 hatten sie 50 Sitze in 30 Kommunalräten erlangt. Bei Redaktionsschluss des AIB stand die genaue Sitzverteilung noch nicht endgültig fest, aber es ist klar, dass die SD das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren haben. Weiterhin haben die SD Sitze in den Regionalparlamenten von Skane, Blekinge und Örebro erlangt. Die Wissenschaftlerin Ulla Ekström von Essen, die zu den SD forscht und ihre Aktivitäten in den Rathäusern seit der Wahl von 2002 beobachtet hat, führt das Erstarken auf die Positionen der SD zum Thema Einwanderung zurück: »Die Ergebnisse sind nicht anders zu interpretieren, da Einwanderung ihr einziges Thema ist«. Traditionell sind die SD vor allem in Südschweden erfolgreich gewesen. Diese Tendenz gab es auch bei der diesjährigen Wahl. Am erfolgreichsten waren die SD mit 22 Prozent der Stimmen in Landskrona, wo sie nun drittstärkste Partei nach der Liberalen Partei sind. In Malmö wurden sie viertstärkste Partei. In vielen Rathäusern können sie nun die Koalitionsbildung beeinflussen. Auch in anderen Regionen, in denen sie vorher keine Sitze hatten, sind sie nun vertreten, Beispiele sind Göteborg, Uppsala, Örebro, Norrköping und Karlstad. »Es gibt Widerstände und Unmut über die Integrationspolitik. Dies und eine erhöhte Akzeptanz der SD als legitime Partei sind die Gründe ihres Erfolgs«, so Ella Ekström von Essen. In einigen Kommunen haben die SD sogar mehr Sitze gewonnen, als sie Kandidaten aufgestellt hatten. Im Wahlkreis Lindesberg beispielsweise wurden sie gewählt, obwohl sie keinen Kandidaten nominiert hatten. Auch bei den Nationalwahlen legten sie zu: Waren es bei den vorangegangenen Wahlen noch 1,4 Prozent, verbesserten sie sich dieses Jahr auf knapp drei Prozent. Es ist zu erwarten, dass sie ihre Ziele für die Nationalwahl 2010 weit höher stecken.

Die Mär von der humanitären Tradition

von der Antifa Bern

Mit wuchtiger Mehrheit haben die Schweizer Stimmberechtigten am 24. September 2006 das schärfere Asyl- und Ausländergesetz gutgeheissen – und damit eine der restriktivsten Asylgesetzgebungen in Europa überhaupt. Klar ist: Die oft und gerne bemühte »humanitäre Tradition« des Landes ist nichts mehr als leeres Geschwätz.

Die vor allem von der Linken, den Hilfswerken, den Kirchen, aber auch von der Kulturprominenz – Stichwort »Rock down Asylgesetz« – als unmenschlich hart und völkerrechtswidrig bekämpfte Revision des Asyl- und Ausländergesetz passierte mit einer satten Zwei-Drittel-Mehrheit. Kein einziger Kanton hat die Vorlage abgelehnt. Ein Jahr vor den landesweiten Wahlen hat das von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) angeführte bürgerliche Lager damit einen überwältigenden Abstimmungssieg eingefahren – ganz nach dem Gusto von Justizminister und SVP-Boss Christoph Blocher.

Der Fremdenhass – ein konstanter Parameter der Schweizer Politik

Das neue Asyl- und Ausländergesetz fügt sich nahtlos ein in die »Tradition der Verschärfung«. Seit den 1980er Jahren kennt die Asyldebatte hierzulande nur noch eine Richtung: Rechte von Migrantinnen und Migranten abbauen.

Für den Historiker Hans-Ulrich Jost bringt das deutliche Verdikt vom 24. September eine Konstante der Schweizer Politik wieder ans Licht: »Die SVP wertet – mit einer modernen Strategie von Politik-Management – lediglich das alte Erbe der Schweiz wieder auf, die Xenophobie. Fremdenhass wird kombiniert mit einigen aktuellen Problemen, etwa der Globalisierung, Modernisierungsängsten oder den steigenden Kosten im Gesundheitswesen«. Trotzdem hält sich bis heute hartnäckig das Bild einer besonderen »humanitären Tradition« der Schweiz – eine Selbstbeweihräucherung, die auf tönernen Füssen steht: Die offizielle Flüchtlingspolitik ist, so zeigt der Blick zurück, stets von Opportunität, Kalkül und Eigeninteressen geprägt gewesen.

Bereits ab 1. Januar 2007 in Kraft

Die Landesregierung schlägt ein forsches Tempo an: Die neuen Zwangsmassnahmen im Asylrecht treten bereits am 1. Januar 2007 in Kraft. Zukünftig gilt: Die Asylbehörden können Asylsuchende ohne Bleiberecht für drei Tage festhalten, um ihre Identität und Nationalität festzustellen. Die Vorbereitungshaft wird auf maximal sechs Monate verlängert, die Abschiebehaft auf maximal 18 Monate. Neu dazu kommt die Durchsetzungshaft (bis zu neun Monaten), um die Ausreise zu erzwingen. Und wer nicht innerhalb von 48 Stunden nach der Ankunft Reise- oder Identitätspapiere abgibt, kann vom Asylverfahren ausgeschlossen werden. Ab 2008 wird zudem die Sozialhilfe für abgewiesene Asylsuchende gestrichen.

Ist es erstaunlich, dass das neue Regelwerk Europas extreme Rechte begeistert? Die Schweiz sei das Vorbild für Europa, sagte etwa Jean-Marie Le Pen, der Chef des französischen Front National, bei der Einwanderungsdebatte am 27. September 2006 im Europaparlament. In Belgien lobte Filip Dewinter, Führer des fremdenfeindlichen und separatistischen »Vlaams Belang«, das neue Asylgesetz: Alle Völker sollten bei sich zuhause bleiben. Österreichs »Freiheitliche« warben gar mit dem Konterfei von Christoph Blocher – der SVP-Bundesrat sei »voll auf FPÖ-Kurs«, attestierte ihm die extrem rechte Partei in einer halbseitigen Zeitungsanzeige. ■

Anti-Migrations-Kampagne

Einwanderung als US-Wahlkampfthema

Die republikanische Partei von Präsident Georg W. Bush verlor bei den Zwischenwahlen 2006 die Kontrolle über das Repräsentantenhaus sowie den Senat. Wut über die Korruption und die Verzweiflung über die Situation im Irak brachte eine große Anzahl von unabhängigen Wählern dazu, sich in diesem Falle für Kandidaten der demokratischen Partei zu entscheiden. Gleichzeitig erzielten die Republikaner sehr unterschiedliche Resultate mit einem Thema, von dem sie dachten, dass es besonders ihre Stammwähler ansprechen würde: Einwanderung.

Von Devin Burghart für Antifa-Net

Obwohl neue Zuwanderer aus Osteuropa, Südostasien und Afrika einen beträchtlichen Anteil der migrantischen Bevölkerung in den USA ausmachen, sind es die braunhäutigen, spanischsprechenden Migranten aus Mexiko und Mittelamerika, über die sich die weiße anglophone Mehrheit am meisten echauffiert. Ihrer Ansicht nach, sind Migranten mit gültigen Papieren und solche ohne Papiere ein und dieselbe Gruppe.

Die wachsende Anti-Migrations-Bewegung rekrutiert sich zwar aus den verschiedensten politischen Spektren, wird jedoch gesteuert von einer Gruppe weißer Nationalisten. Von nationalsozialistischen Kadern, über weiße Bürgergruppen bis hin zu neuen Bürgerwehren, wie die so genannte Minuteman Civil Defense Cops, hat die alte Politik der weißen Vormachtstellung neuen Einfluss in der Republikanischen Partei sowie im bürgerlichen Diskurs gefunden.

700 Meilen Grenzzaun

Bereits 2004 planten die republikanischen Strategen gezielte Verbalattacken auf Migranten, um ihre politische Basis anzustacheln. Die Republikaner griffen die Demokraten öffentlich für ihre zu nachlässige Grenzpolitik und die Unterstützung der Amnestie an. Im Endspurt zu den Wahlen inszenierten republikanische Abgeordnete eine Reihe von Kampfabstimmungen im Kongress, wie die vorverlegte Abstimmung über den Bau, nicht die Finanzierung, eines 700 Meilen langen Grenzzaunes zwischen den USA und Mexiko. Werbespots der entsprechenden Kampagne zeigten im September und Oktober 2006 düstere Bilder von braunhäutigen Menschen, die sich durch Zäune zwängen im Fernsehen. In den Spots wurde behauptet, dass Kandidaten der Demokraten illegalen Einwanderern besondere Vergünstigungen zuteil werden ließen, Amnestie für Gesetzesbrecher forderten und warnten deshalb vor einer Invasion illegaler Ausländer. Unglücklicherweise antworteten die Demokraten auf diese Angriffe nicht mit einer prinzipiellen Verteidigung der Menschenrechte für Migranten. Trotzdem demonstrierten im Frühjahr Millionen von Menschen in vielen Städten der USA gegen Gesetze, die Menschen ohne Papiere zu Schwerverbrechern machen würden.

Die anschließende Organisierung und die Kampagne zur Wählerregiestierung waren Teil des zivilgesellschaftlichen Erwachens in der Latino-Community und resultierte aus eben diesen Angriffen. Die Republikanische Anti-Migrations-Kampagne trieb die Latino-Wähler in die Arme der Demokraten. Umfrageergebnissen zufolge hatte Bush 2004 noch 44 Prozent der der Latinostimmen für sich gewinnen können. In diesem Jahr wählten die Latinos zumeist die Demokraten. 17,8 Prozent der Latinos fällten ihre Wahlentscheidung in diesem Jahr aufgrund der Zuwanderungspolitik, verglichen mit 3,4 Prozent im Jahr 2004.

Als im November 2006 gewählt wurde, erhielten Kandidaten, die sich gegen Zuwanderung ausgesprochen hatten ein geteiltes Echo. Umfragen und Analysen, die vor den Wahlen durchgeführt wurden, zufolge war illegale Zuwanderung weniger wichtig für die Wähler, als beispielsweise die Situation im Irak, der Terrorismus oder die Wirtschaft.

Arizona, ein Bundesstaat, der an Mexiko grenzt, verdeutlichte die Dualität der Wahlergebnisse am stärksten. Im Wettlauf um den US-Senat wurde der ehemalige Staatssenator Randy Graf zum Vorzeigeprominenten der Anti-Migrations-Bewegung. Als lautstarkes Mitglied der Minutemen-Bürgerwehr, aber auch als Berater der Gruppe Protect Arizona Now (PAN), die im Jahre 2004 eine Kampagne für die Durchführung einer Volksabstimmung gegen Einwanderung anführte. Als Berater der PAN fungierte außerdem ein selbsternannter weißer »Se-

1| Buchanan ist ein extrem rechter TV-Kommentator und mehrfacher Präsidentschaftskandidat, der seiner früheren Partei, den Republikanern, vorwirft, mit ihren konservativen Prinzipien gebrochen zu haben.

paratist«, der dem redaktionellen Beirat des Rundbriefs des weißen nationalistischen Council of Conservative Citizens und der rassistischen und antisemitischen Publikation The Occidental Quarterly angehört. Während der Kampagne der PAN bemühte sich Graf um die Hardliner der Bewegung, indem er sich über seine Minutemen-Mitgliedschaft hinwegsetzte und die Wiederinkraftsetzung eines US-Deportationsprogramms aus den 1950er Jahren forderte. Er erhielt finanzielle Rückendeckung von Gruppen wie den Minutemen und Anti-Immigrationskommitees. Während der republikanischen Vorwahlen schlug Graf einen von der Parteispitze unterstützten Kandidaten. Im November verlor er allerdings gegen seinen demokratischen Kontrahenten.

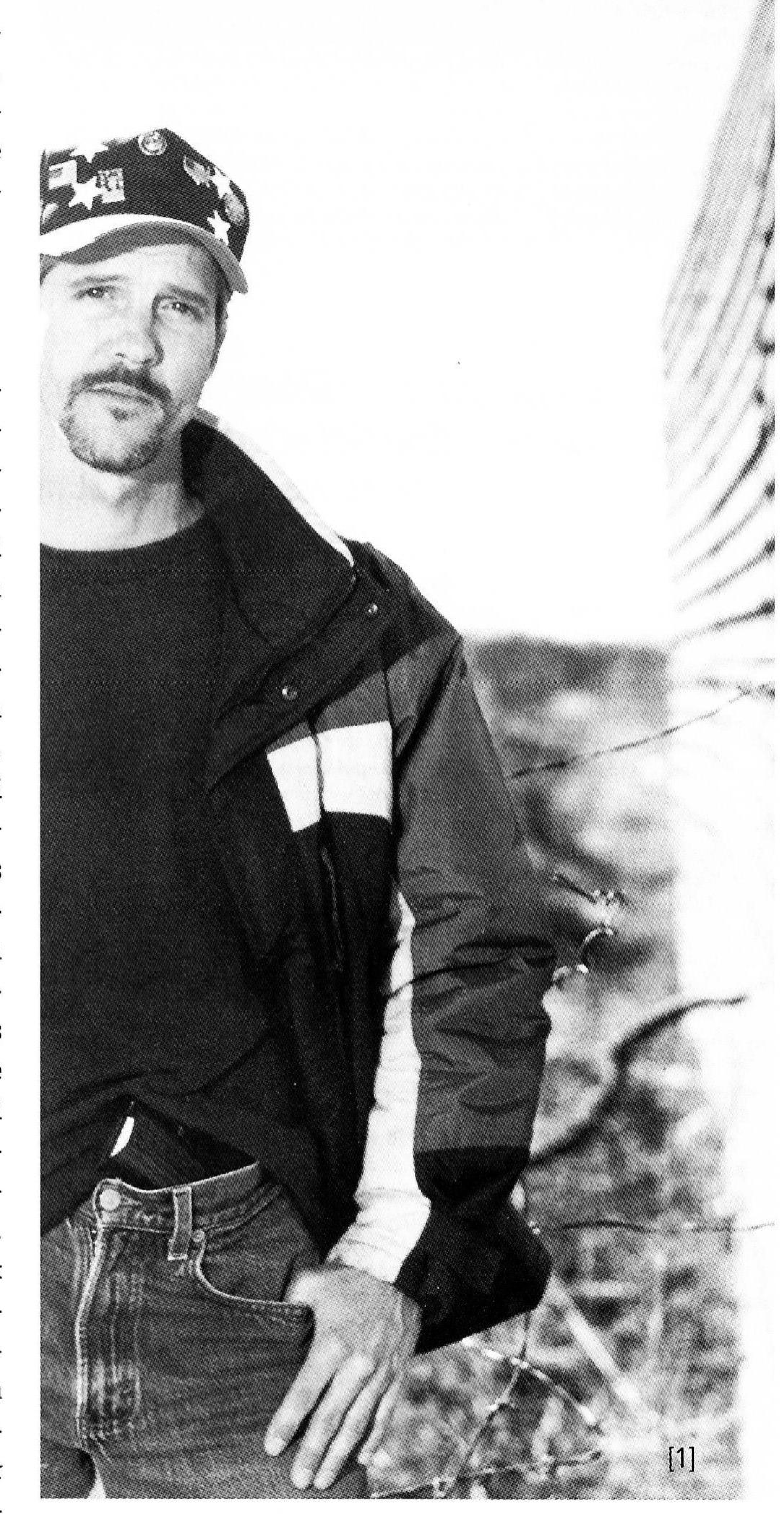
Auch J.D. Hayworth, sechsmaliger Kongressabgeordneter, verpasste seine Wiederwahl. Er wollte auf den Zug der Anti-Immigrationsbewegung aufspringen und veröffentlichte ein Buch mit dem Titel »Koste es was es wolle: Illegale Einwanderung, Grenzsicherheit und der Krieg gegen den Terror«. Er forderte einen dreijährigen totalen Einwanderungsstopp für Mexikaner. Wie Graf wurde er von Anti-Einwanderungsgruppen und den Minutemen unterstützt. Während der gleichen Zeit wurden in Arizona bei Volksabstimmungen die Rechte illegaler Einwanderer massiv beschnitten und Englisch zur offiziellen Amtssprache gemacht. Jeder dieser Beschlüsse wurde mit über 70 Prozent der Stimmen angenommen, obwohl keine Partei sich im Vorhinein offiziell für den Volksentscheid engagiert hatte.

Der Republikaner Tom Tancredo, Leiter des sogenannten Kongressauschusses zur Einwanderungsreform, wurde im Amt bestätigt. Tancredo hat als neuer Vertreter des rechten Rands der Republikaner die Rolle von Pat Buchanan[1] eingenommen. Im Jahr 2005 hatte sein Auschuss 104 Mitglieder. Neunzig dieser Kongressmitglieder wurden wiedergewählt, zwei offene Sitze im Kongress gingen an Kandidaten der Einwanderungsgegner. Damit ist der Anti-Immigrationssausschuss wohl der größte ideologische Auschuss im nun mehrheitlich demokratischen Kongress.

Bewaffnete Bürgerwehren bekommen Stimmen

Die Minutemen begannen ihre Aktionen im April 2005 mit 200 Mitgliedern, die auf Hochsitzen oder auf »Patrouillen« am Grenzabschnitt in Arizona samt großkalibriger Gewehren und waffenbestückter Jeeps Ausschau nach Illegalen hielten. Infolge wochenlanger intensiver Berichterstattung wuchs der Einfluss der weißen nationalistischen Bürgerwehr enorm. Obwohl sie sich mittlerweile in zwei große Fraktionen gespalten haben – das Minutemen Projekt (MMP) und das Minutemen Zivilschutz Korps (MCDC) - haben sie inzwischen 67 Abteilungen in 25 Staaten und über 40.000 Beitragszahler. Der wachsende Einfluss macht sich bemerkbar – wurde die Gruppe anfangs vom Präsidenten und anderen Politikern abfällig als »Bürgerwehr« bezeichnet, werden die Minutemen heute fieberhaft umworben. Der MCDC-Vorsitzende Chris Simcox hielt während des Endspurts der Senatswahlen eine Wahlrede mit dem republikanischen Senator George Allen in Virginia, der MMP-Führer Jim Gilchrist (zu den Kongresswahlen war er als unabhängiger Kandidat angetreten) unterstützte den republikanischen Kandidaten John Hostettler in Indiana.

Obwohl ihre Grenzpatrouillen im Jahr 2006 allmählich im Sande verliefen, formten sie zwei politische Aktionskommittees zur finanziellen Unterstützung von Wahlkandidaten. In dieser Wahlperiode brachten sie knapp 700.000 $ auf. Die Minutemen bestimmen die Tagesordnung der Bewegung. Sie haben sich als »echte Opposition« etabliert. Wie auch andere rechte Lobbies haben sie es geschafft, beide großen Parteien in ihre Richtung zu ziehen. Die Vorstellung der weißen Nationalisten, eines Zaunes gegen die »Invasion« der Dunkelhäutigen, ist nicht länger allein dem Ku Klux Klan vorbehalten, sondern in den politischen Mainstream eingegangen. Zahlreiche Gesetzesentwürfe gegen Migranten werden 2007 eingebracht werden. Es werden sogar schon Rufe nach »Tancredo for President '08« laut. ■



[1] Der MCDC-Vorsitzende Chris Simcox posiert mit seiner Waffe im Hosenbund an einem Grenzzaun.

»Für Gott, Volk und Vaterländer«

Die Noua Dreapta aus Rumänien präsentiert sich auf europäischen Bühnen

»Unsere Feinde operieren auf globaler Ebene. Nur der moderne, europäische, christliche Nationalismus wird die Antwort auf den Imperialismus des 21. Jahrhunderts sein« ergänzte Swen Moritz Geblescu die Debatte um freimaurerisch-jüdische Verschwörungen auf dem Bundesparteitag der NPD am 11. November 2006 in Berlin.

Geblescu gehört der extrem rechten rumänischen Noua Dreapta (Neue Rechte) an und repräsentiert die Organisation auf den Treffen europäischer Nationalisten. Während sich die deutschen Kameraden über ihre »geschwächte, verarmte und von Imigranten überfüllte« Heimat sorgten, proklamierte er in Berlin den bevorstehenden Untergang der rumänischen Nation. »In 50 Jahren werden in Rumänien mehr Zigeuner leben als Rumänen«, befürchtet Geblescu.

Rassismus, Homophobie, christliche Moral und Antiamerikanismus machen die Noua Drepta (ND) zu einem strategischen Partner in der Europäischen Nationalen Front (ENF). Neben der NPD, der italienischen Forza Nuova, La Falange aus Spanien und der griechischen Patriotiki Summahia ist die ND das einzige osteuropäische Mitglied in der ENF, welche sich als nationalistischer Zusammenschluss in einem »Europa der Vaterländer« versteht.

Alte und neue Legionäre

Das Christliche Forum Noua Dreapta gründete sich anlässlich des 100. Geburtstages des rumänischen Faschisten Corneliu Z. Codreanu am 13. September 1999 und ist seit 2000 als Nichtregierungsorganisation registriert. Ihre Kader, damals Anfang 20, rekrutierten junge Aktivisten aus dem ideologischen Umfeld der Legion Erzengel Michael. Die Legion, 1923 von Codreanu gegründet und bekannter unter dem Namen Eiserne Garde, wurde in den 1930er Jahren zu einer besonders von Bauern und Studenten getragenen ultranationalistischen und militant antisemitischen Massenbewegung. Nach der Machtübernahme 1940 riefen die Legionäre gemeinsam mit Militärdiktator Ion Antonescu den »national-legionären Staat« aus und errichteten ein faschistisches Regime nach deutschem Vorbild. Schon nach einem halben Jahr kam es zum Putschversuch gegen Antonescu. Die so genannte »Rebellion der Legionäre« war begleitet von Terror und Verwüstung in den jüdischen Vierteln Bukarests. Über hundert Juden fielen dem Hass der Eisernen Garde und ihrer Anhänger zum Opfer. Nach dem Scheitern des Putsches verhalfen SS-Kontakte den Protagonisten zur Flucht nach Deutschland und später nach Spanien. Dort hatte die Legion auf Seiten Francos gegen die Spanische Republik gekämpft. Die Nester der Eisernen Garde existierten sowohl im westeuropäischen Exil, als auch im Rumänien Ceausescus und erlebten nach 1989 ihr politisches Comeback mit der Verherrlichung alter Legionärs-Anhänger als nationale Avantgarde und den schon früher beliebten jüdisch-bolschewistischen Verschwörungstheorien.

Zwischen Frömmigkeit und »White Power«

Mit Kampagnen gegen Abtreibung, religiöse Minderheiten oder den Import westlicher Kultur findet die ND Sympathien bei der tief im christlich-orthodoxen Glauben verwurzelten rumänischen Bevölkerung. Die Ablehnung der durchaus populären Manele-Popmusik als unrumänisch, da von Roma erfunden, unterstützen auch alternative Jugendliche. Mit der Mobilisierung gegen die GayParade 2005 und 2006 in Bukarest erreichte die Noua Dreapta ein breites mediales Interesse. Gemeinsame Fernsehauftritte mit Kirchenvertretern brachten große öffentliche Aufmerksamkeit. Schließlich versammelten sich im Jahr 2006 mehrere hundert Menschen unter dem ND-Slogan »Gegen Homosexualität – für Normalität« auf der Strasse.

Bukarester Antifaschisten gehen zurzeit von bis zu 500 militanten Anhängern in der Hauptstadt aus und verweisen auf die zunehmende Gewaltbereitschaft der nationalistischen Christen. Am 10. November 2006 organisierte ein Bündnis linker Gruppen einen Aktionstag für Solidarität und gegen Diskriminierung. Bei dieser ersten Antifa-Demonstration in Bukarest unter dem Motto »Normalität – Nein Danke« kam es ebenfalls zu Übergriffen rechter Hooligans und ND-Anhänger. Eine Woche später wurde ein antifaschistisches Konzert in Timisoara überfallen. Mit den Worten »Wer ist hier die Antifa?« stürmte der Vorsitzende der Noua Dreapta Timisoara Goran Mrakici mit einer Gruppe von 15 bis 20 Hooligans den Konzertraum. Mehrere Personen wurden verletzt. Seit zwei Jahren ziert das Keltenkreuz – ebenfalls Symbol der ND – die Fanschals des Timisoaraner Fußballvereins. Die ND Timisoara formierte sich 2003 vorwiegend aus rechten Skinheads. Im selben Jahr veröffentlichte das Blood & Honour nahe stehende Neonaziskin-Fanzine Vointa (Willenskraft) ein Interview mit der Noua Dreapta Timisoara, in welchem die Gruppe die ND als einzige wahrhaft nationalistische Organisation Rumäniens anpreist und zum Eintritt auffordert.

Kamerad und Kameradchen – die deutsch-rumänische Beziehungen

In fast jeder Stadt durch kleine Gruppen vertreten, versucht die ND ein breites subkulturelles Spektrum zu erreichen. Der Vorsitzende Tudor Ionescu spielt in der nationalistischen Rockband Brigada de Asalt (Sturmbrigade), kandidierte aber auch während der Kommunalwahlen im Juni 2004 auf der Liste der Christlich Nationalen Demokratischen Partei (PNDC), was deren Stimmenanteil verdreifachte.

Die politischen Strategien der ND ähneln zunehmend denen der deutschen NPD. Flugblattaktionen auf Schulhöfen und die Proklamation einer revolutionären nationalistischen Jugend erinnern an die Taktik der deutschen Partner.

Diese Kontakte bauten zwei Rumänen während ihres Studiums in Deutschland auf: Claudiu Mihutiu und Swen Moritz Geblescu. Mihutiu, der Generalsekretär der ND, studierte in Mannheim. In den vergangenen Jahren lernte er auf Veranstaltungen der NPD Udo Voigt, Horst Mahler, Peter Marx, Jürgen Schwab und Gordon Reinholz kennen. Für das diesjährige Sommerlager der ND in Rumänien und nachfolgende Veranstaltungen der ENF wie dem Workcamp der Forza Nuova wurde Mihutiu wegen eines Arbeitsunfalls entschuldigt. An seine Stelle trat Geblescu, ebenfalls ehemaliger Student in Deutschland an der Ludwig-Maximilian-Universität München. Er diente zwei Jahre in der Bundeswehr und ist Offizier in Reserve. Derzeit arbeitet er als Geschäftsführer für die Von Kummant Dialog-Marketing GBR mit Sitz in Neuried/München und eine Callcenter-Filiale in Bukarest. Bei dem von Altermedia Rumänien unter dem Motto »EU= UdSSR« organisierten Kongress »Eurosceptic« in Timisoara trat Geblescu erstmals öffentlich für die ND auf.

Als Ion Geblescu veröffentlichte er in der Jungen Freiheit 41/06 ein Interview mit dem Holocaustleugner und ND-Sympatisanten Ion Coja, in welchem Coja die erste Regierung Rumäniens nach 1990 als KGB-Agenten bezeichnet und für die unterbliebene Vereinigung Rumäniens mit der Republik Moldawien verantwortlich macht. »Die Vereinigung mit dem Mutterland ist genauso notwendig und richtig, wie die Wiedervereinigung Deutschlands« argumentiert Coja. Die Idee Großrumäniens vereinigt die rumänischen Rechte unter dem Motto »Bessarabien – rumänischer Boden«.

Der Professor für Literaturwissenschaften an der Universität Bukarest ist Präsident der Bukarester Filiale der nationalistischen Bewegung »Vatra Romaneasca« (Rumänische Heimstätte). Auf deren Tagung zu »Rumänismus und Antirumänismus« am 24. November 2006 forderte Coja eine Internationale der Nationalisten. Auch die Einbeziehung rechter Populisten wie Vadim Tudor von der Großrumänienpartei und Gigi Becali von der Partei der Neuen Generation wurde assoziiert.



[1] Ein Aufmarsch der »Legionäre« zum Todestag des rumänischen Faschisten Corneliu Z. Codreanu.

Fazit

Der politische Einfluss der Noua Dreapta in Rumänien ist bislang, ob des zerstrittenen Lagers der rumänischen Rechten, zu vernachlässigen. Im Falle einer Überwindung dieser Konkurrenz hätte die nationalistisch-christliche Rechte jedoch immenses politisches Potential. Besonders angesichts des EU-Beitritts am 1. Januar 2007 könnten Ressentiments aufgegriffen und politisch instrumentalisiert werden. Die Noua Dreapta könnte mit ihrer europäischen Vernetzung und der jungen Basis eine starke Position in einem solchen Bündnis einnehmen. ■

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden: Die Jahre der Vernichtung 1939 – 1945;
CH. Beck Verlag: München 2006
870 S., 39,90 EUR



Unter den in den 1990er Jahren erschienen Gesamtdarstellungen des Holocausts ragt Saul Friedländers »Das Dritte Reich und die Juden« ob seiner narrativen Dichte und seiner Emphatie für die Opfer heraus. Nun liegt in deutscher Übersetzung auch der zweite Band vor: Die Jahre der Vernichtung.

Bereits der 1999 erschiene erste Band des israelisch-amerikanischen Holocaustforschers Saul Friedländer wurde weit über die Fachöffentlichkeit hinaus rezeipiert und gelobt. Wie bekannt, skizziert Friedländer darin seine These, Hitlers Antisemitismus weise neben seiner völkischen Radikalisierung ein eschatologisches Moment auf, das die Motivlage für die Vernichtung der europäischen Juden bilde. Dieser Erlösungsantisemitismus Hitlers sei im Verlaufe der NS-Herrschaft von einer Mehrheit der Deutschen geteilt worden. Im zweiten Band erneuert Friedländer diese These, und sucht sie mit dem Prozess der Radikalisierung der antisemitischen Maßnahmen des NS-Staates nach 1938 zu untermauern. Mehr noch: ausführlich zitiert Friedländer aus Hitlers Ansprachen um zu belegen, dass der Antisemitismus sein Dreh- und Angelpunkt jedes Elements der NS-Politik gewesen. Soweit so schlüssig.

Doch dieser für Friedländer zentrale hermeneutische Zugang zum Verständnis des Holocausts gerät an seine Grenzen, wo es um die Ursachen der Bereitschaft von Bevölkerungen und Bürokratie der von Deutschland besetzten Staaten bei der Durchsetzung der Vernichtungspolitik geht. Denn hier sind wohl andere ideologische Motivationen von Kollaboration wirkungsmächtig. Zwar betont Friedländer die gesamteuropäische Krise der liberalen Demokratien in den 1930/40, doch die länderspezifischen Antisemitismen, auf welche sich die Besatzungsmacht bei der weitgehend reibungslosen Umsetzung ihrer antijüdichen Maßnahmen zählen konnte, bleiben unterbelichtet. Es war eben nicht nur das repressive Element der Besatzungsmacht, der es GESTAPO und Wehrmacht ermöglichte, ihre Ziele zu erreichen. Ohne die Kollaboration der Bevölkerungen der besetzten Staaten Europas wäre die Deportation der jüdischen Menschen aus diesen Ländern nicht möglich gewesen.

Bereits in der Einleitungs konstatiert der Autor, keine Gruppe der deutschen Gesellschaft und keine ihrer Institutionen habe der Ausgrenzungs- und schließlich der Vernichtungspolitik aktiv widerstanden. Er exemplifiziert dies am Beispiel der Haltung der beiden großen deutschen Kirchen, die geprägt durch ihren christlichen Antijudaismus unfähig waren, der völkischen Radikalisierung des Antisemitismus zu entgehen. Gleiches gelte für die konservativen Eliten des Staates und der Armee, zu deren ideologischen Kernbestand der Antisemitimus zählte, die der NS-Ideologie eine verlässliche Basis für ihre Vernichtungspolitik bot. ■

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Soziologische Hausmitteilung
Hamburger Institut für Sozialforschung (hrsg.)
Mittelweg 36
zweimonatlich

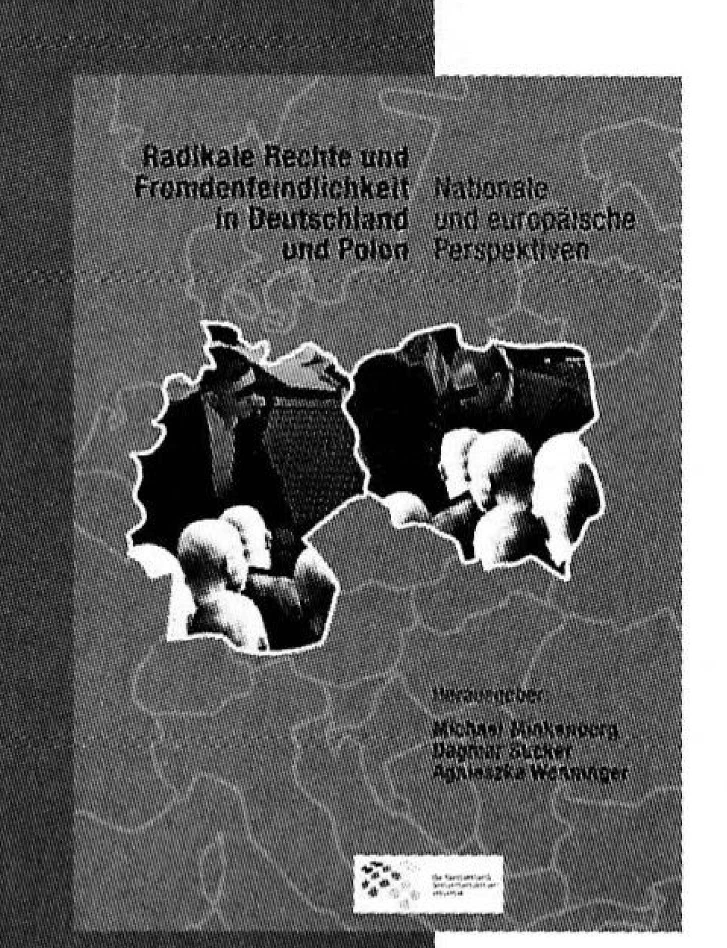


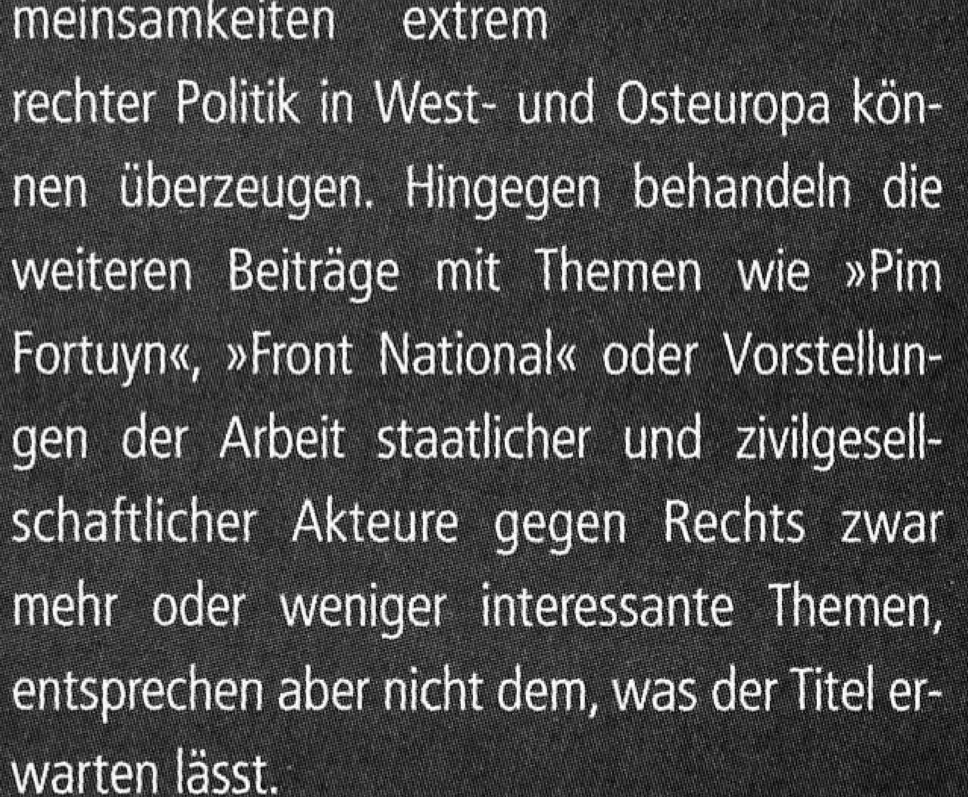
Die Zeitschrift Mittelweg 36 wurde zu Beginn der 1990er Jahre als Publikationsorgan der wissenschaftlichen Diskurse im Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) gegründet. In den im Verlauf der 1990er Jahre erschienen Jahrgängen lässt sich die wissenschaftliche und politische Entwicklung des Reemtsma Instituts gut nachvollziehen. Breiten Raum nahm die Debatte um die vielfältigen Facetten der vom Institut verantworteten sogenannten Wehrmachtsausstellung ein. So lässt sich in Mittelweg 36 indirekt die Geschichte der Ausstellung und die Kontroversen um sie nachlesen. So präsentierte Michael Wildt hier seine bestechenden Analysen zur völkischen Ideologie des Nationalsozialismus.
Ein zweiter wichitger Forschungsstrang des HIS, der sich in Mittelweg 36 spiegelt, ist der der Geschichte der alten Bundesrepublik. Hier sind vor allem die HIS Autoren Heinz Bude und Wolfgang Kraushaar zu nennen, die je auf ihre Weise die Geschichte der Bundesrepublik in immer neuen Varianten als eine demokratische Erfolgs- und Aufstiegsgeschichte zu beschreiben suchen.
Insbesondere in der von Kraushaar verantworteten Rubrik »Aus der Protestchronik« und seine Beiträge zur Geschichte der altbundesrepublikanischen Linken lassen den Versuch des HIS erkennen, die Deutungshoheit über linke Geschichte zu gewinnen. Hier stehen ernstzunehmende Hinweise auf fatale linke Politiken, neben in denunzinatorische Absicht geschriebenen Abrechnungen.
Wiederkehrendes Thema in Mittelweg 36 ist die Frage nach antropologischen Archetypen, die individuelle und kollektive Gewaltausübung in Form von Terrorismus, Bürgerkrieg und Krieg ermöglicht. Die interdisziplinären Zugriffe auf diese Fragestellungen verlassen der enge Korsett der Politikwissenschaft, führen jedoch in ihrer Essenz manchmal auch in die Irre. Dem Thema Stalinismus widmet man sich in der Zeitschrift mit Sachkenntnis der Quellenlage und Dynamiken des kommunistischen Weltsystems.
Die Qualität von Mittelweg 36 besteht darin, dass der Leser kein Spartenblatt für Spezialisten in den Händen hält, sondern eine breit angelegte Revue politischer und soziologischer Fragestellungen des 20 und 21 Jahrhunderts. Naturgemäss ist das zweimonatlich erscheinende Blatt als wissenschaftliche Hausmitteilung des HIS zu lesen, deren exlinke Vergangenheit man nachtrauern kann, deren liberale Ausrichtung man jedoch mit Gewinn lesen soll. ■

»Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen.« (1.211)

Von Rainer Brahms

Anders als der Titel vermuten lässt, beschäftigen sich nur vier Beiträge des Sammelbands mit den beiden Ländern. Bedauerlich, ist gerade die Reihe der Publikationen zur extremen Rechten in Osteuropa doch recht begrenzt. Hervorzuheben ist Michaela Grüns und Katharina Stankiewiczs Analyse der Parteien »Liga der polnischen Familien« (LPR) und »Samoobrona« (»Selbstverteidigung«) sowie der Bewegungsorganisation »Radio Maryjas«. Auch Dieter Seegers Überblick zur extremen Rechten in Osteuropa und Michael Minkenbergs kurze Skizze der Unterschiede und Gemeinsamkeiten extrem rechter Politik in West- und Osteuropa können überzeugen. Hingegen behandeln die weiteren Beiträge mit Themen wie »Pim Fortuyn«, »Front National« oder Vorstellungen der Arbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure gegen Rechts zwar mehr oder weniger interessante Themen, entsprechen aber nicht dem, was der Titel erwarten lässt.

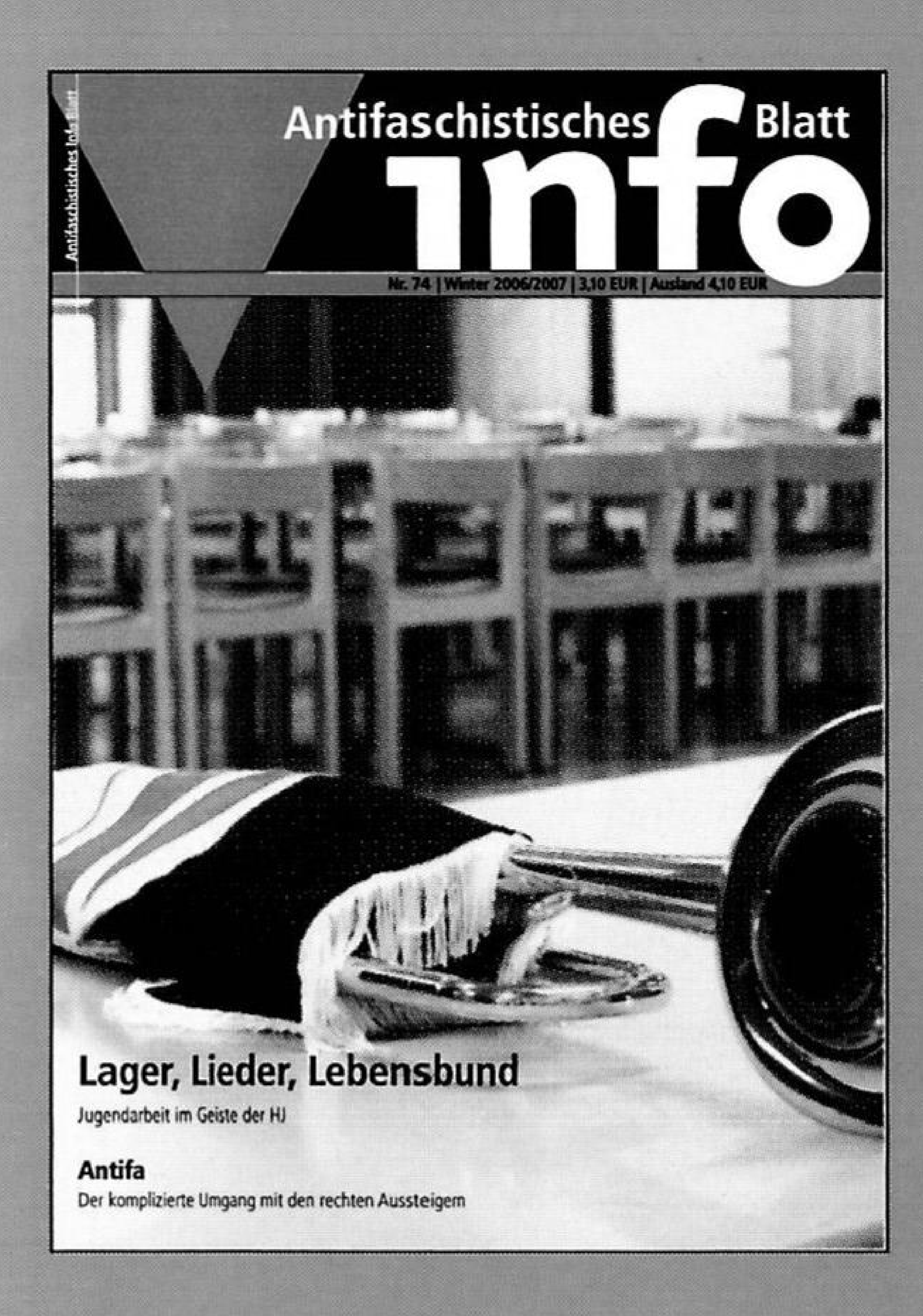




Michael Minkenberg, Dagmar Sucker, Agnieszka Wenninger (Hg.)
»Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven«
Bonn 2006, 303 S.
ISBN 3-8206-0152-X

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
19. Jahrgang
Nummer 74 | 1.2007

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

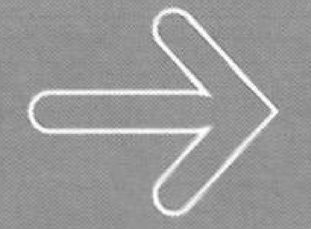
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

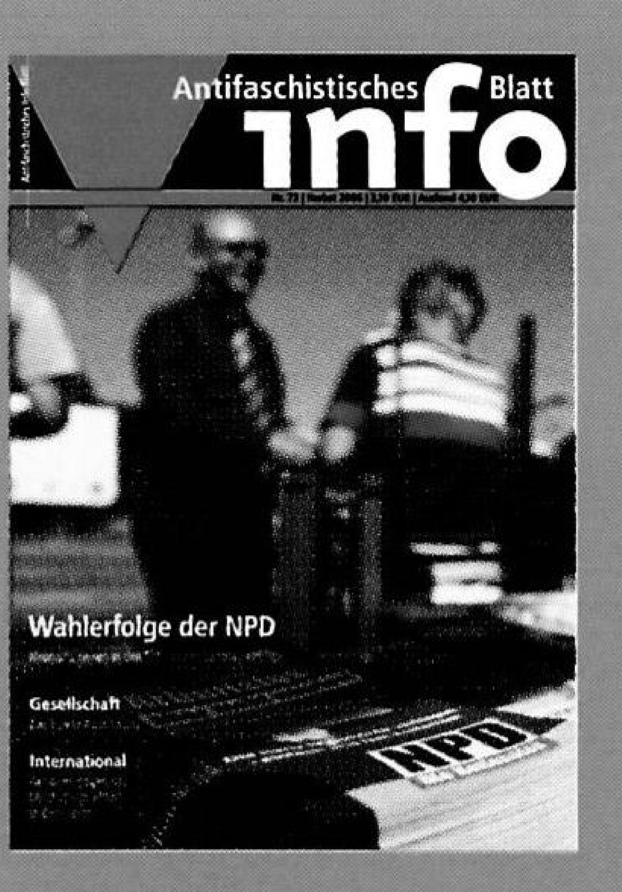
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

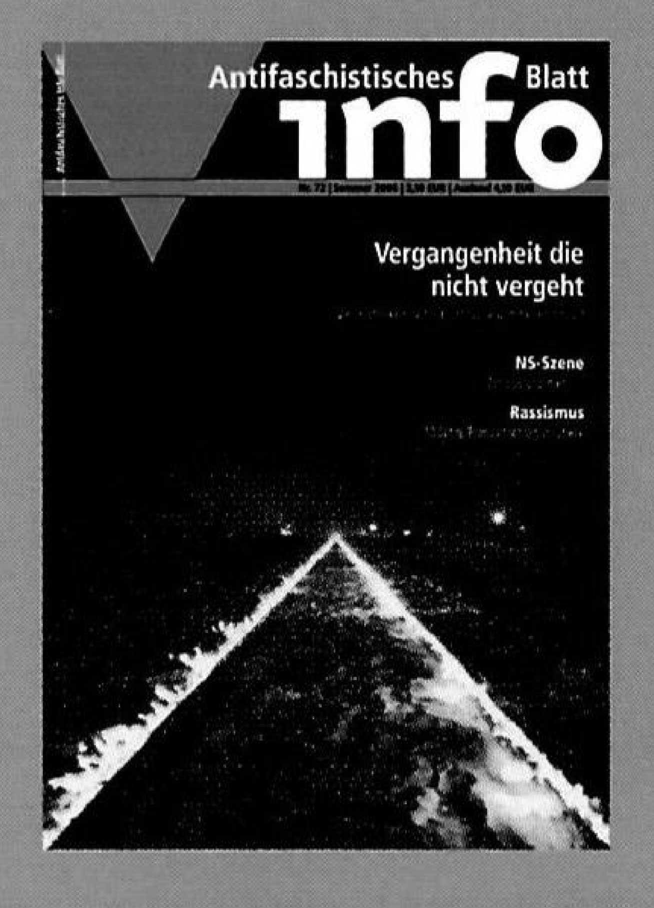
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 73
Wahlerfolge der NPD; die Breker-Ausstellung; Redwatch – Mordaufruf im Internet



AIB 72
Vergangenheit die nicht vergehen will. Der Historikerstreit – Ernst Nolte und der Holocaust

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

ZSK - DIE LIVE DVD/CD

DVD MIT MEHR ALS 120MIN FILM INKLUSIVE BANDDOKUMENTATION UND LIVEKONZERT. AUDIO-CD MIT 45MIN MUSIK UND SECHS BISHER UNVERÖFFENTLICHTEN SONGS.

10 Jahre ZSK: mehr als 300 Konzerte in neun verschiedenen Ländern. Touren mit Anti-Flag, Bad Religion, Die Toten Hosen, Donots und The (International) Noise Conspiracy. Schweisstreibende Live–Auftritte. Unzählige Stunden auf den Strassen Europas. Und jede Menge Punkrock, Spass und Politik. ★★★







WENN SO VIELE SCHWEIGEN-TOUR 2007

08.02.2007 KÖLN - PRIME CLUB
09.02.2007 SCHWEINFURT - ALTER STATTBAHNHOF
10.02.2007 (AT) KIRCHBACH - MZ-HALLE
23.02.2007 BIELEFELD - KAMP
24.02.2007 LINDAU - CLUB VAUDEVILLE
02.03.2007 (AT) WIEN - ARENA
03.03.2007 (CZ) PRAG - 007 CLUB
09.03.2007 WIESBADEN - KULTURPALAST
10.03.2007 DORTMUND - FZW
16.03.2007 HANNOVER - CHEZ HEINZ
17.03.2007 MÜNCHEN - FEIERWERK
23.03.2007 LÜBECK - RIDER'S CAFÉ
24.03.2007 HAMBURG - KNUST
TICKETHOTLINE: 01805 / 969 000 444 (12 CT./MIN.)



JETZT BESTELLEN UNTER WWW.SKATEPUNKS.DE

Mehr als 60.000 kostenlose DVDs und 125.000 Schülerzeitungen gegen Rechts haben wir bereits verteilt.

Und wir machen weiter!

KEIN BOCK auf NAZIS



MIT DABEI: DIE ÄRZTE, DIE TOTEN HOSEN, MUFF POTTER, ZSK, DONOTS, MADSEN, CULCHA CANDELA, JULIA HUMMER

Unterstützt die Kampagne damit wir noch mehr DVDs pressen lassen können. Es liegt an Euch! Jetzt Shirts, Buttons und Poster bestellen. Ganz einfach unter www.KeinBockAufNazis.de

Zu jeder Bestellung gibt es eine „Kein Bock Auf Nazis"-DVD gratis dazu.